

Herausgegeben vom Kulturbüro Sachsen e.V.

ELTERNARBEIT IM SPANNUNGSFELD RECHTSEXTREMISMUS.

Erfahrungen und Perspektiven.



Recall

Mit Eltern gegen rechts!

Im Projekt „RECALL - Mit Eltern gegen rechts“ werden methodische Ansätze von Elternarbeit, die gegen Rechtsextremismus wirken, für die Alltagspraxis von Elternberaterinnen und Elternberatern entwickelt. Der Zugang zu den Eltern erfolgt niedrigschwellig über aufsuchende Angebote sowie über Verweisungen durch Partnerinstitutionen. Darüber hinaus bietet Recall für Mitarbeitende in pädagogischen Berufen Weiterbildungen zum Thema Rechtsextremismus / Elternarbeit an.

„RECALL - Mit Eltern gegen rechts“ ist ein Kooperationsprojekt des Verbundes Sozialpädagogischer Projekte Dresden e.V. mit dem Kulturbüro Sachsen e.V. und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband / Landesverband Sachsen e.V. Es wird gefördert durch das Bundesprogramm „VIELFALT TUT GUT.“ und durch den Freistaat Sachsen.



Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ und durch den Freistaat Sachsen.

Mit dem auf Dauer angelegten Programm „VIELFALT TUT GUT.“ verstärkt die Bundesregierung den Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in Deutschland. Ziel ist es, Vielfalt, Toleranz und Demokratie als zentrale Werte der Gesellschaft zu festigen und vor allem Kinder und Jugendliche früh für diese grundlegenden Regeln eines friedlichen und demokratischen Zusammenlebens zu gewinnen.

ELTERNARBEIT IM SPANNUNGSFELD RECHTSEXTREMISMUS.

Erfahrungen und Perspektiven.

IMPRESSUM

Elternarbeit im Spannungsfeld Rechtsextremismus.
Erfahrungen und Perspektiven.

Herausgeber: Kulturbüro Sachsen e.V., Bautzner Str. 45, 01099 Dresden
www.kulturbuero-sachsen.de

Layout: www.mitzomedia.de

Redaktionsschluss: 30. Juli 2010

Redaktion: Alexandra Klei/Michael Nattke

Auflage: 500 Stück

Erscheinungsjahr: 2010

Die elektronische Version können Sie im Internet herunterladen unter: www.kulturbuero-sachsen.de

ISBN: 978-3-00-032092-7

V.i.S.d.P.: Grit Hanneforth, Geschäftsführerin des Kulturbüro Sachsen e.V., Bautzner Str. 45,
01099 Dresden

INHALT

- 4** **GRIT HANNEFORTH , HARTMUT MANN, SIGRID MÖSER**
Einleitung
- 11** **ANDREAS SPEIT**
Erlebniswelt Neonazismus
- 18** **BIRGIT ROMMELSPACHER**
Warum ausgerechnet die rechtsextreme Szene?
- 28** **CHRISTINE SCHMID**
Das Zusammenspiel von Eltern und Gleichaltrigen bei der
Herausbildung von politischer Gewaltbereitschaft bei
Jugendlichen
- 41** **KATI LANG**
Kindeswohl im Spannungsfeld von (neo)nazistischen Familien
und staatlichem Fürsorgeanspruch
- 52** **ELTERNBERATER_INNEN DES RECALL-PROJEKTES**
„Mein Sohn ist eigentlich ein guter Mensch...“
- 66** Unterstützungsanfrage einer Mutter
- 68** **KATARINA REICHMANN**
Familien in Aufruhr – Ende eines normalen Familienlebens?
- 76** **MICHAEL NATTKE**
Soziale Arbeit mit Tätersystemen
- 87** **RECALL-TEAM**
The Lessons Learned.
- 93 Autor_innenverzeichnis
- 95 Organisationen

EINLEITUNG

Das Interesse an gelebter und lebendiger Demokratie, an Offenheit und Akzeptanz für Menschen anderer ethnischer und kultureller Herkunft sowie die Abgrenzung gegen die menschenverachtende Doktrin des Nationalsozialismus sind keine Selbstverständlichkeiten. Sie müssen aktiv vertreten und im politischen Handeln ausdrücklich gefördert werden.

So wurde mit dem Einzug der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) in den sächsischen Landtag im Jahr 2004 weithin sichtbar, dass es im Freistaat Sachsen in der Bevölkerung wahlrelevante Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungen gibt. Das fand seine Bestätigung bei den Landtagswahlen im September 2009.

Die im Wahlverhalten deutlich werdende Affinität zu rechtsextremen Einstellungen kam auch im gestiegenen Zustimmungspotential bei den Kreistagswahlen 2008 und den Kommunalwahlen 2009 zum Ausdruck. Mit über 120 Mandaten sitzt die NPD in Kommunalparlamenten, Kreistagen und im Sächsischen Landtag.

Die Mandatsträger der NPD werden in Sachsen durch Kameradschaften, JN Strukturen¹, autonome Nationalisten, Unternehmern und Internetplattformen gestützt und getragen. Das bedeutet nicht, dass die Umfeldorganisationen vorbehaltlos die Politik der NPD unterstützen, deren Wertvorstellungen von Rassismus, Nationalismus, Chauvinismus, Homophobie, Islamophobie, aber teilen sie.

Aus zahlreichen Untersuchungen und Studien der vergangenen Jahre² wissen wir heute, dass die Zustimmung zu rechtsextremen Weltbildern kein allein auf Jugendliche und junge Heranwachsende beschränktes Problem ist. Bei jungen Menschen

1 Die Junge Nationaldemokraten sind Verbindungsglied zwischen NPD und den freien Kräften.

2 Decker, Brähler (2006). S. 157; Stichs, (2006). S. 36

zeigt sich, was Erwachsene an Wertvorstellungen vermitteln. So entsteht in der Öffentlichkeit oft der Eindruck, dass der Schwerpunkt rechtsextremer Einstellungen bei jungen Menschen liegt. Die Lösung des Problems wird in der Folge bei der Auseinandersetzung mit jungen rechtsorientierten Menschen gesucht.

Rechtsextreme Einstellungen werden bei jungen Menschen eher sichtbar, da sie aktionsorientierter sind, sich öffentlich äußern und vor Straf- und Gewalttaten, mit denen sie ihre Überzeugungen ausdrücken, nicht zurückschrecken.

Das Projekt „Recall – mit Eltern gegen Rechts“ ist ein Beratungsangebot für Eltern, die Fragen zum rechtsaffinen Verhalten oder zu rechtsextremen Aktivitäten ihrer Kinder haben. Es stärkt sie bei ihrer Suche nach Antworten und Handlungsoptionen.

Mit der Frage, wo diese Eltern fachkompetent beraten werden können, beschäftigten sich die Mitarbeiter_innen des Kulturbüro Sachsen e.V. und seiner Mobilen Beratungsteams seit 2005. Mobile Beratungsarbeit für Institutionen ermöglicht nur begrenzt die Beratung zur persönlichen Situation von Eltern und zu ihren Erziehungsaufgaben. So brachten Anfragen aus diesem Personenkreis den Träger schnell an die Grenzen des Leistbaren. Die Erziehungsberatungsstellen in Sachsen, die professionelle Eltern- und Familienberatung anbieten, waren dagegen mit dieser speziellen Problemlage wenig vertraut. Es erwies sich als Glücksfall, dass das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Jahr 2007 mit dem Programm „Vielfalt tut gut“ auch Modellprojekte zur Elternberatung unterstützen wollte. Mit dem Verbund Sozialpädagogischer Projekte e.V. in Dresden konnte ein Partner gefunden werden, der Erfahrungen in der Eltern –und Familienberatung hatte und bereit war, dafür sein Beratungsangebot zu erweitern. Durch das Know how des Kulturbüro Sachsen e.V., zur Situation des Rechtsextremismus sowie seinen Kontakten und Erfahrungen bei der Fortbildung von Beraterinnen und Beratern, war die Fachlichkeit des Projektes gesichert. Der Paritätische, Landesverband Sachsen e. V. mit 480 Mitgliedsorganisationen, von denen viele auch in der Kinder- und Jugendhilfe tätig sind, konnte als dritter Partner für eine Übertragung von Projektergebnissen gewonnen werden.

Nicht allein die Fördermittel des Bundes sondern auch die staatliche Förderung aus Mitteln des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz ermöglichten die dreijährige Durchführung des Projektes. Auf diese Weise wurde das Engagement freier Träger für eine lebendige Demokratie und für eine weltoffene Haltung von Erziehenden aus staatlichen Mitteln unterstützt und in Form des Modellprojektes „Recall – Mit Eltern gegen rechts!“ ermöglicht.

Das Modellprojekt endet im September 2010. Was sind die Ergebnisse?

Die praktische Erprobung von Information und Beratung für Eltern wurde modellhaft an einem Standort in Dresden eingebunden und in einer Begegnungsstätte für Eltern entwickelt. Um die dabei entstandene Praxis der Beratung auf andere Standorte zu übertragen, wurde ein Weiterbildungsprogramm für Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe sowie in pädagogischen Handlungsfeldern entwickelt und in drei Durchgängen als modulare Fortbildung erprobt.

Im Projekt selbst wurden bisher 70 Eltern in Dresden und an verschiedenen Orten in Sachsen beraten. Die Erfahrungen zeigen, dass Eltern fast in jedem Fall zu spät zur Beratung kommen: Sie suchen (und finden) Beratung oftmals erst, wenn der Problemdruck groß ist. Eltern nehmen die Angebote in Anspruch, wenn sie befürchten, dass ihrem Kind aufgrund der rechtsextremen Einstellungen Nachteile im Berufsleben erwachsen und/oder, dass ihr Kind straffällig werden könnte. In den meisten Fällen ging dem eine jahrelange Verfestigung von Einstellungen und ein Hineinwandern in die rechtsextreme Szene voraus.³ Die Eltern intervenierten innerhalb ihrer Familie nicht bzw. nicht ausreichend und fühlen sich überfordert. Schließlich suchten einige Eltern die Beratung auf, nachdem ihr Handeln gegen die rechtsextremen Aktivitäten ihres Kindes zu massiven innerfamiliären Konflikten führte.

Das Modellprojekt konnte bisher die Beratung innerhalb des Verbund Sozialpädagogischer Projekte e. V. dauerhaft etablieren. Darüber hinaus entstand ein weiteres Beratungsangebot bei einer Familienberatungsstelle in Pirna.

Das Projekt „Recall – mit Eltern gegen Rechts“ wurde von der wissenschaftlichen Begleitung des Programms „Vielfalt tut gut“ sehr positiv bewertet⁴. Das Bundesprogramm läuft aus und die drastischen Jugendhilfekürzungen in Sachsen bedeuten das Ende des Projektes, trotz positiver inhaltlicher Bewertung.

Für die modulare Fortbildung „Chancen und Grenzen pädagogischer Arbeit im Spannungsfeld Rechtsextremismus“ konnten 21 Fachkräften bei neun Trägern gewonnen werden. Mit dem letzten Durchlauf des Curriculums im Mai 2010 ist es gelungen, das Angebot in den Hochschulrahmen einzubinden. Das Fortbildungsinstitut „sofi“ der Evangelischen Hochschule für soziale Arbeit in Dresden, nahm es in sein Fortbildungsprogramm auf.

3 Vgl. dazu: Speit, Andreas in diesem Band.

4 Basis: interne Zwischenauswertung. Die komplette Evaluation wird Ende des Jahres vorliegen.

Welche Arbeitsfelder wurden im Rahmen des Projektes entwickelt?

Die Beratung von Eltern stand im Mittelpunkt. Dabei wurde deutlich, dass sie einen hohen Informationsbedarf haben. Die Eltern- bzw. die Familienbildung nahm demzufolge einen großen Raum ein.

In erster Linie ging es um die Stärkung der Eltern, um eine Festigung ihrer Positionen gegenüber den von ihnen kritisch gesehenen bzw. abgelehnten Entwicklungen ihrer Kinder.

Der Titel unserer Zwischendokumentation „Mein Kind ist eigentlich ein sehr guter Mensch...“⁵ drückt das Dilemma aus, in dem sich Eltern befinden: Einerseits ist das Kind ihr Kind und wird von ihnen geliebt. Andererseits hat es Einstellungen angenommen, die von ihnen kritisch gesehen werden. Ziel der Elternberatung und -bildung ist es, die Eltern zu stärken und ihnen neue Handlungsoptionen zu eröffnen. Es soll ihnen ermöglicht werden, ihr Kind (wieder) als mit ihnen emotional verbundenen Menschen erleben zu können. Dabei sollen sie die Fähigkeiten entwickeln, sich von seinen Haltungen abzugrenzen und dies auch zu vermitteln.

Ein weiteres wichtiges Arbeitsfeld des Projektes „Recall – Mit Eltern gegen rechts!“ war die Übertragung der modellhaft in Dresden entwickelten Ansätze der Elternarbeit auf Sachsen. Dabei stützte sich das Recall-Projekt auf bereits bestehende, professionelle Beratungsstrukturen und hat diese für die spezielle Problemstellung sensibilisiert. Das wurde zum einen über eine breite Öffentlichkeitsarbeit in Form von Projektdokumentation, Pressearbeit, Pressekonferenzen, Tagungen zur Projekt- und Ergebnispräsentation, Workshops zur Vorstellung des Weiterbildungscurriculums sowie Publikationen in Fachzeitschriften erreicht.

Zum anderen wurde vom Kulturbüro Sachsen e.V. ein modulares Fortbildungsangebot in Form von drei aufeinander abgestimmten, jeweils dreitägigen Modulen entwickelt und umgesetzt.

Das erste Modul vermittelte grundlegende Kenntnisse zu Strukturen und Inhalten des Rechtsextremismus. Das zweite Modul fokussierte die aktuellen Auftritts- und Wirkungsformen von Szenarien der „Neuen Rechten“ bis zu Neonazis in Sachsen. Das dritte Modul beschäftigte sich mit Gegenstrategien zu menschenfeindlichen Weltbildern und Strukturen sowie den sich daraus ergebenden Herausforderungen für die Erziehungs- und Beratungspraxis.

5 Zum download im Internet unter: www.kulturbuero-sachsen.de/downloads

Alle drei Module nutzten die Erfahrungen der Teilnehmer_innen mit rechtsexternen Erscheinungsformen und bearbeiteten die Fragestellung anhand konkreter Praxissituationen.⁶

Neben Öffentlichkeitsarbeit und Weiterbildung wurden die Berater_innen bei den ersten Beratungen durch ein Coaching begleitet. Dieses fungierte als Reflexionsraum für die Mitarbeiter_innen und gab ihnen so Sicherheit in den Gesprächen.

Ein weiteres Arbeitsfeld war die Vernetzung. Bei ihr ging es um die Herstellung einer belastbaren Verbindung zwischen Beratungsstellen, Trägern und Institutionen. Als Kommunikationsknotenpunkte hatten sie Kenntnis vom Projekt und konnten eingehende Anfrage weiterleiten. Dazu gehörten die Wohlfahrtsverbände, die Mobile Beratungsteams des Kulturbüro Sachsen e.V., sächsische Fort- und Ausbildungsstellen, Schulen, der Landeselternrat, Polizeidienststellen, Sozialarbeiter_innen in offenen Jugendtreffs, die mobile Jugendarbeit und die Allgemeinen Sozialen Dienste der Jugendämter. Sie alle waren Multiplikatoren, um Eltern mit dem Beratungsangebot zu erreichen. Da Eltern sehr spät eine Beratung aufsuchen, war eine breite Kenntnis des Angebots bei den pädagogischen Fachkräften in Sachsen notwendig. Nur so konnte die Verweisung von Eltern an die qualifizierten Beratungsstellen frühzeitig möglich werden.

Die Evaluation sicherte die Qualität der Beratung und des gesamten Modellprojektes.

Dazu gehörten sowohl die interne fallbezogene, als auch die externe Evaluation. Teambezogene Supervisionen ermöglichten es den Berater_innen, ihre praktischen Erfahrungen zu überprüfen und auch mit Drucksituationen und Bedrohungsszenarien umzugehen.

Fazit zum Modellprojekt „Recall – mit Eltern gegen Rechts“

Der Beratungsansatz aus dem Bundesmodellprojekt wird nach gegenwärtigem Kenntnisstand ab Anfang 2011 in Sachsen an zwei Standorten in Dresden und Pirna angeboten werden.

Damit konnte das Ziel, flächendeckend mindestens 5 Beratungsstellen zu etablieren,

6 Die detaillierten Module sind im Internet unter www.recall-sachsen.de [gesehen am 05.07.2010] nachzulesen.

nicht vollständig erreicht werden. Mit einer Nachlaufzeit des Projektes von ca. 2 Jahren ab 2011 ist es aus heutiger Perspektive möglich, ein landesweit wahrnehmbares Angebot der Elternberatung und Familienbildung zu schaffen.

Was kann mit einer Nachlaufzeit von zwei Jahren und der Einrichtung einer Koordinierungsstelle ab 2011 im Freistaat Sachsen erreicht werden?

1. Die Einbettung des Beratungsangebotes in die Kinder- und Jugendhilfe wird mit geringem Aufwand möglich, indem eine Netzwerkstelle Anfragen der Eltern an kompetente Beratungsstellen verweist. Damit erreicht das Projekt eine Verstetigung in der Fläche ab dem Jahr 2012.
2. Es wird mindestens fünf sächsische Beratungsstellen, die Beratung für Eltern mit rechtsextremen oder –affinen Kindern anbieten geben, kombiniert mit einer aufsuchende Beratung für Eltern.
3. Der niederschwellige Zugang zu Eltern über bestehende Angebote und Kontaktstellen bleibt bestehen und wird durch die Arbeit der Netzwerkstelle auf Kindertageseinrichtungen und Schulen ausgeweitet.
4. Das erworbene know how der Beratungsstellen für Eltern mit rechtsextremen und rechtsaffinen Kindern/Jugendlichen wird erhalten und durch die Begleitung von weitergebildeten Multiplikator_innen und Leitung verstetigt.
5. Nach der train-the-trainer-Methode können weitere, in diesem speziellen Thema professionalisierte, Beratungsstellen entstehen.
6. Die curriculare Fortbildung wird in das Programm sächsischer Hochschulen (wie derzeit an der Evangelischen Fachhochschule für Soziale Arbeit) eingebunden und als Basiswissen an sozialpädagogische Fachkräfte vermittelt.

Dieses Projekt kann in Sachsen nachhaltig dazu beitragen, dass sich Eltern bei der Auseinandersetzung mit rechtsaffinen oder –extremen Einstellungen ihrer Kinder und damit in schwierigen Familiensituationen nicht allein gelassen fühlen.

1 Vgl. Hempel (2008), Lobermeier (2006), Peltz (2006).

2 Becker (2008).

Inhalt der Abschlussdokumentation

Andreas Speit (Hamburg) wird in seinem Text einen Überblick über die Ausdifferenziertheit der aktuellen Neonazi-Szene und die daraus resultierenden Konsequenzen geben.

Im Beitrag von **Prof. Birgit Rommelsbacher** (Berlin) wird den Fragen zu den Ursachen und Einstiegsgründen in die rechte Szene für junge Menschen nachgegangen. Dabei wird auch die Rolle von Elternhaus und Schule beleuchtet.

Dr. Christine Schmid (Göttingen) beschäftigt sich mit der Rolle der Familie und der Peer-Groups bei der Ausbildung ausländerfeindlicher Einstellungen und politischer Gewaltbereitschaft von Jugendlichen und belegt, dass rechtsextreme Erscheinungen in erster Linie ein Problem der Erwachsenenengeneration sind.

Kati Lang (Dresden) untersucht, ob Rechtsextremismus der Kindwohlgefährdung zuzurechnen ist. Wenn ja, was bedeutet das für Eltern und das Handeln von Staat und Gesellschaft?

Die **Elternberater_innen im Projekt Recall** (Dresden) beschreiben Settings ihrer Arbeit und schildern exemplarisch an einem Fall ihren Beratungsalltag.

Katarina Reichmann (Berlin) weitet den Fokus des hier vorgestellten Projektes und vergleicht unterschiedliche Ansätze der Elternarbeit im Spannungsfeld Rechtsextremismus.

Michael Nattke (Dresden) stellt die Chancen und Grenzen sozialer Arbeit mit Tätersystemen im Spannungsfeld Rechtsextremismus am Beispiel des Modellprojektes vor.

„Was ist zu tun, um ein Elternberatungsprojekt im Spannungsfeld Rechtsextremismus vollständig scheitern zu lassen?“ ist der Titel eines Textes für alle, die ein ähnliches Elternberatungsprojekt zum Umgang mit rechtsextremen oder rechtsaffinen Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen entwickeln wollen.

ERLEBNISWELT NEONAZISMUS

Auf dem Bahnhofsplatz sind die Straßenlaternen angegangen. Lange haben Anna B. und Fabian K. erzählt. Nicht zum ersten Mal war man im Osten der Republik in einem Cafe zusammen gekommen, um sich über ihre Zeit als „Neonazi“ zu unterhalten. Mit 13 Jahren hatte sich Anna B. der örtlichen Neonaziszene angeschlossen. Fabian K. wendete sich ihr mit 14 Jahren zu. Heute, mit 20 Jahren, sind sie raus. „Scheiße, das ist ja mein halbes Leben gewesen“, fasst Anna B. irgendwann in dem Gespräch ihren Werdegang zusammen. „Falscher Weg, verschwendete Zeit“, sagt Fabian K. und betont: „Ich weiß, dass klingt jetzt nach den gängigen Aussteigeraussagen, aber so ist es eben.“ Von einer losen Neonaziclique gingen sie zu den Freien Kameradschaften, brachten sich bei der „Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)“ ein und bauten die Autonomen Nationalisten mit auf. Mitgelaufen? „Nein, eine einfache Mitläuferin war ich nicht, da will ich mich jetzt nicht rausreden“, sagt Anna B. „Ich habe Märsche vorbereitet, die Kameraden verbindlich zusammentelefoniert, Busse bestellt, Flugblätterverteilungen geplant und versucht, Frauengruppen aufzubauen.“ Auch Fabian K. will sich nicht hinter „bloß mitgemacht“ verstecken: „Ich wusste, was ich tat und ich wollte es.“ So unterschiedlich ihre familiären Hintergründe sind – Anna B. ist in einem Heim groß geworden, Fabian K. in einer intakten Familie – so gemeinsam war ihr erster Kontakt zu Szene: Nicht über die direkte politische Ansprache, sondern durch private kulturelle Angebote.¹

Längst bieten in der Bundesrepublik parteitreue Kader der NPD, militante Neonazis, gewaltbereite Skinheads, aggressive Rechtsrock-Musiker und völkische Rechtsextreme eine breite rechte Erlebniswelt an. Erstmals nach 1945 ist die bundesrepublikanische Gesellschaft nicht bloß von parteiförmigen Erscheinungsformen des Neonazismus herausgefordert. Im vorpolitischen Raum richtet die Szene Aktionen aus. Das Angebot reicht von Konzerten und Partys, über Fahrten und Volkstanz, bis zu

1 Speit (2009).

Open-Air-Events und Fußballturnieren. Auch eigene Modemarken, Labels, Versandgeschäfte und Szeneläden bestehen. Rund um die Uhr, 24 Stunden, kann der geneigte Interessierte sich in der Szene bewegen. In der „nationalen Bewegung“ geht das Politische ins Private über und schafft eine nachhaltige Integration sowie Identifikation mit ihr.² „Über meinen damaligen Freund kam ich zu der Szene. Wir gingen immer zu Partys der Szene, hängen ab, feierten“, sagt Anna B. „Im Internet stieß ich auf Rechtsrock, lud mir die Schulhof-CD der NPD runter, fand die Musik gut“, erzählt Fabian K. Später schrieb er im Internet eine Adresse an. Keine zwei Wochen später meldete sich ein Kader bei ihm und sie trafen sich.

Die Straßenlaternen leuchten leicht in den Raum. Hier im Norden der Republik berichtet Frank F. in einem Tagungshaus ausführlich über seine „Neonazizeit“. „Über die Musik kam ich zur Szene“, sagt Frank F., der er sich mit 17 Jahren anschloss. „Rechtsrock fand ich einfach gut.“ Ein Zufall beschleunigte seinen Weg von der NPD zu den Autonomen Nationalisten. Im Bus auf dem Nachhauseweg traf er Neonaziskinheads: „Viele Kisten Bier hatten die mit, machten Party“, sagt Frank F., der das Abitur und eine Ausbildung abschloss.³ Schon in den Liedern gefiel ihm, dass Bands immer „die Kameradschaft“ beschworen. Auch Fabian K. betonte: „Wir sind eine Gemeinschaft, wir stehen zusammen, kämpfen zusammen gegen die Anderen, das gefiel mir.“ Anna B. pflichtet ihm bei: „Ich suchte da wohl auch Halt, klar.“ Oft sagen Aussteiger_innen, dass das Zusammensein, das gemeinschaftliche Erleben ihre Motivation war, sich der Szene anzuschließen.

In der Szene von Kameradschaften und NPD wissen die Kader_in, dass das Gefühl, in eine enge Gemeinschaft von Gleichgesinnten eingebunden zu sein, ein Faktor ist, warum Jugendliche und junge Erwachsene zu ihnen kommen, sich ihnen anschließen. Bei Aktionen und in Publikationen betonen sie auch die „echte Kameradschaft“ und den „wahren Zusammenhalt“, die nur in ihren „festen Reihen“ gelebt und erlebt werden könnten. So wirbt die Kameradschaft Kurpfalz auf ihrer Website 2010 ausführlich: „In unseren Reihen sind Freundschaft, Zusammenhalt, Kameradschaft und Gemeinschaft nicht bloß leere Worte. Wir leben, fühlen und handeln danach. Kamerad und Freund zu sein, ist der Geist, der unsere Gruppe leitet.“⁴

Eine andere Motivation, räumen allerdings Frank F., Anna B. und Fabian K. auch ein, sei die Weltanschauung. „Ich wollte Politik für Deutschland machen, mich gegen Überfremdung wehren“, betont Frank F. Anna B. hebt hervor: „Ich fand die Sprüche

2 Ausführlich: Röpke / Speit (Hg.) (2005).

3 Vgl. Speit (2010).

4 Vgl. im Internet: www.ks-kurpfalz.de/ [gesehen am 10. April 2010].

gegen Ausländer völlig richtig. Deutsche zuerst, wir schützen Volk und Vaterland. Bratwurst statt Döner. Ja, ich weiß, das klingt peinlich, aber ich lebte das.“ Auch Fabian K. gesteht: „Was soll ich beschönigen? Ich fand die Aussagen richtig. Die Texte der Lieder passten.“

In der Bundesrepublik gibt es an die 180 Rechtsrockbands und 20 Liedermacher_innen. Rechtsrock ist zu „dem ideologischen Transmitter für die Szene“ geworden, betonen die Rechtsrockexperten Jan Rabbe und Christian Dornbusch. „Musik ist das ideale Mittel, Jugendlichen den Nationalsozialismus näher zu bringen. Besser als dies in politische Veranstaltungen gemacht werden kann, kann damit Ideologie transportiert werden“, erklärte der verstorbene Übervater des Rechtsrock, Ian Stuart Donaldson aus England. Seine Band „Skrewdriver“, sagen Raabe und Dornbusch, gilt als „Begründer des Genres“. Die Intention benannte auch „Landser“: Das Wichtigste an der Musik sei, so die Band um Michael Regener, „dass man sie sich täglich reinziehen kann, ohne dass es langweilig wird.“⁴⁵ 2003 verbot das Berliner Kammergericht die Band als kriminelle Vereinigung. Hatte die Band doch deutlich gesungen: „Kunst ist eine Waffe für gewaltbereite Musikanten“. 2010 ist Regener, Nickname „Lunikoff“, der Star der Szene. Schon während des Prozesses der zum Verbot führte gründete er eine neue Band: „Die Lunikoff Verschwörung“. Offener Hass und Hetze gegen jüdische Menschen, „die da oben“ und Menschen mit Migrationshintergrund werden aus Sorge vor erneuter Strafverfolgung nun milder intoniert, aber nicht weniger eindeutig: „Mundschutz und Schienbeinschoner gehören zu unserer Garderobe“, singt „Lunikoff“ in dem Song „Jungs für’s Grobe“ auf der CD „Die Lunikoff Verschwörung“. In dem Lied „Der Deutsche Sturm“ der CD heißt es: „Wir lieben unser Land, aber wir hassen diesen Staat. Ihr werdet sie noch aufgehen sehn, unsre Saat und dann gibt es keine Gnade, unser Hass ist viel zu groß.“ Gern grölt er auch: „Wenn es den feinen Herrschaften in ihren Villen graust, dann kommt mit Karacho Rock’n’Rollcaust. Die Lunikoff Verschwörung, die Kapelle ohne Gnade.“

Am 11. Juli 2009 spielte „Lunikoff“ beim Konzert „Rock für Deutschland“ im thüringischen Gera. Bei strahlendem Sonnenschein grölten 4.000 Fans mit, als die Band auftrat. „Klar solche großen Konzerte, das hat schon was, so was dürfte man wohl nicht so schnell vergessen“, sagt Fabian K., der zu diesem Zeitpunkt bereits aus der Szene raus war. Er weiß aber auch, dass schon Konzerte, zu denen meist bis zu 200 Kameraden_innen zusammenkommen, „unglaublich puschen“. Die Konzerte werden meist klandestin vorbereitet und ausgerichtet. Die Szene will nicht von staatlichen Organen oder gar antifaschistischen Initiativen gestört werden, wenn sie vielleicht

5 Zitiert nach: Dornbusch / Rabe (2005), S. 71.

den Kultsong „Das Lied“ der Göttinger Band „Agitator“ um Oliver Keudel anstimmt. Der Song ist inkriminiert, singt Keudel doch offen: „Ich bin stolz ein Nazi zu sein.“ Um zu einem solchen Konzert zu gelangen, sind die Kameraden_innen oft den ganzen Tag unterwegs. Meist kann zu einer bestimmten Uhrzeit eine Handynummer angerufen werden, über die ein Schließungspunkt zu erfahren ist. Von dort geht es dann weiter. Diese Sicherheitsmaßnahmen, erzählen Aussteiger_innen, schweißen zusammen. Gehörten sie doch später zu den „Auserwählten“, die das Konzert erleben konnten. Auf der Fahrt würde schon gefeiert, Rechtsrock gehört, Bier getrunken. Nur der Fahrer, der nüchtern bleiben muss, sei „etwas gekniffen“, heißt es. An die 150 Konzerte finden, oft als Privatveranstaltung oder Geburtstagsfeiern getarnt, jährlich statt.

Die NPD um den Bundesvorsitzenden Udo Voigt hat längst die Wirkung und Anziehungskraft des Rechtsrock erkannt. Kaum ein Wahlkampf, bei dem die Partei keine Gratis-Sampler für Erst- und Jungwähler herausgibt. Auf Parteiveranstaltungen werden gerne Stars des Rechtsrock für Auftritte gewonnen. Zum Pressefest der NPD-Monatszeitung „Deutsche Stimme“ im Jahr 2006 in Dresden-Pappritz (Sachsen) zog die Programm Mischung von Politrunden, Volkstanz, Bullenreiten und Rechtsrockkonzert über 7.000 Besucher_innen an. Volkstanz, ist das nicht bloß etwas für die älteren Jahrgänge der Szene? „Nein“, weiß Fabian K. Zwar war das für ihn nie etwas, aber, „manche in der Szene, auch jüngere, finden die Pflege des Volkstanz politisch gut, quasi eine Form der Pflege des eigenen Brauchtums.“ Er weiß von Treffen, bei denen auch ganze Familien – jung und alt – zum „Tanzen“ zusammen kamen. 2010 plant die NPD erneut ein Pressefest. Wieder sind Parteiredner wie Voigt und Rechtsrockbands wie „Brutal Attack“ angekündigt. Im sächsischen Quitzdorf am See bei Görlitz soll das Fest am 7. August mit einem großen Rahmenprogramm von Verkaufständen bis Bastelecke stattfinden.

Doch nicht nur bei Veranstaltungen können Rechte alles kaufen, was zum „rechtssein“ gehört: An die 90 Versandunternehmen bieten – zumeist im Internet – ihr Programm an. Per Mausclick können zum Beispiel beim „W & B Versand“ des NPD-Bundesvorstandsmitglieds und Freien Kameradschaftskaders Thorsten Heise Rechtsrock, „Germanenspielzeug“, Bekleidung, „Germanischer Schmuck“, Wein, Schuhe aber auch Teleskopschlagstöcke und mit Quarzsand gefüllte Lederhandschuhe gekauft werden. Auch der „Deutsche Stimme Verlag“ in Riesa (Sachsen) hat das Marktpotential längst erkannt: Auf über 100 Katalogseiten werden alljährlich Bücher, DVDs, Panzermodelle, Fahnen, Tonträger und Bekleidungen angeboten. In dem Gebäude in der sächsischen Stadt kann in einem Ladengeschäft das breite Angebot gleich angeschaut werden. Bundesweit bieten an die 45 derartiger Szeneläden ihre Waren direkt an. Im Norden wirbt „Streetwear Tostedt“ nicht zu un-

recht mit dem Slogan „Norddeutschlands größter Szeneladen“ zu sein. In der niedersächsischen Gemeinde betreibt Stefan Silar seit Jahren erfolgreich das Geschäft mit Rechtsrock und Bekleidung erfolgreich. „Klar, zu solchen Läden fährt man oft auch gleich mit Kameraden zusammen hin, ist doch ne nette Angelegenheit“, erinnert sich Fabian K. Diese Läden sind nicht bloß Verkaufsgeschäfte, sondern auch zugleich Kommunikationsräume. Beim shoppen kann man gleich Gleichgesinnte treffen, Szenetratsch und -infos austauschen, oder einfach nur „abhängen“. In Regionen, wo die rechte Szene Räumen – neben den Shops auch Tätowierungsstudios oder Clubs – unterhält, festigt sie sich nicht nur, sie dehnt sich und strahlt aus. „Die Nazis pilgern regelrecht zu dem Laden.“ sagt ein Mitglied der Christlichen Jugend Tostedt (CJT). „In dem Ort stört das niemanden“, betont ein Angehöriger der örtlichen Jugendfeuerwehr. In der Stadt bestehen zwei Kameradschaften, die „Gladiator Germania“ und der „Nationaler Widerstand Tostedt“. Wiederholt griffen Mitglieder dieser Gruppen nichtrechte Jugendliche an. So drangen Rechte in Häuser und Wohnungen von Jugendlichen ein, die sich gegen Rechts engagieren und schlugen brutal zu. Wegen schwersten Verbrechen wird ermittelt.⁶

Gern spricht es Fabian K. nicht aus, aber er griff ebenso in seiner Region nichtrechte Jugendliche an: „Ich war mal dabei, wo wir eine Antifa-Aktion aufmischen wollten.“ Die gemeinsame Tat, auch das ist ein gemeinschaftliches Erlebnis. Vorsichtig sucht Frank F. hier nach Worten. Er selbst kam immer mit einem Fotoapparat zu Aktionen, um Gegendemonstrant_innen abzulichten. „Diese Gewalt“ in der Szene räumt Fabian K. ein, „hatte für mich was.“ Dabei spielte nicht zuletzt das martialische Agieren eine wichtige Rolle: „Wirklich, wenn man mit 4.000 Leuten durch die Straße marschiert, fühlt man sich stark“, sagt er.

Nach Aufmärschen oder Flugblattverteilungen bemühte sich Anna B. gleich um weitere gemeinschaftliche Erlebnisse. Nichts großes, meint sie, einfach bloß kleine Grillpartys, damit man eben weiter zusammen sein kann. Überhaupt, betont sie, man muss sich das nicht alles so „groß“ vorstellen. Eine Kiste Bier in der Wohnung eines Kameraden, schon könne man einfach weiter zusammen sein. „Nach der Schule, nach der Arbeit, war ich nur noch in der Bewegung unterwegs“, betont sie. Empirische Studien offenbaren, dass Anna B. nicht als Einzige erlebte, wie die Szene für sie zur „sozialen und politischen Heimat“ – zu einer „Ersatzfamilie“ – wurde. Ein Versprechen, das wiederholt Fabian K., anzog: „Wir sind eine Gemeinschaft. Kameradschaft.“

Die alte Kleidung der ehemaligen Gesinnung haben die drei Jugendlichen aus den Schränken geräumt. Glatze, Bomberjacke und Springerstiefel waren schon zu „ih-

6 Speit (Mai 2010) und Speit (Juni 2010).

rer Zeit“ in der Szene kaum noch chic. In den vergangenen Jahren sind verschiedene Modemarken von der Szene für die Szene entstanden: „Erik & Sons“, „Masterrace“ und „Consdaple“ sind drei beliebte Marken. Zudem werden T-Shirts mit expliziten Szenebotschaften, wie „Todesstrafe für Kindermörder!“ angeboten.

2003 fingen Anhänger der Freien Kameradschaften langsam an, den Style und Chic der linken Szene, vor allem den der Autonomen, zu kopieren. Ganz in schwarz mit Basecape, Kapuzenjacke und teils mit Baggy Pants treten nun auch Teile der „Braunen“ auf. Fabian K., Anna B. und Frank F. bemühten sich, diese sich als „Autonome Nationalisten“ bezeichnende Szene mit voranzutreiben. Hier hört man gern Hardcore, ruft „Fuck the system“ und trägt Piercings, Spitzbärte und Tubes. „Die im Alltag unauffällige und schicke Kleidung wird erst bei Aufmärschen zur Gewalt ästhetisierende Uniform“, betont Jan Raabe.⁷

Die NPD ist dieser Szene zu moderat, was sie aber nicht davon abhält, die Partei bei Wahlen und Aufmärschen zu unterstützen. Ideologische Differenzen? „Also wenn ich ehrlich bin: Im Kern nicht“, meint Fabian K. „Man kommt ja auch bei Sonnenwendfeiern zusammen“ ergänzt Anna B.

Im Alltag pflegt die Szene gern die vermeintlich ureigenen heidnisch-germanischen Brauchtümer. Religiöse Motive sind allgegenwärtig: Bei Veranstaltungen der NPD tragen Gäste Odins Konterfei auf T-Shirts, zu Aufmärschen der Freien Kameradschaften kommen Teilnehmer_innen mit Thorshammer-Tattoos, bei Sonnenwendfeiern erfahren Besucher_innen die „ureigenen“ Energien und bei Rechtsrockkonzerten beschwören Bands und Fans die „urgermanische“ Kraft. Im niedersächsischen Eschede, nahe Celle, richtet die Szene auf dem Bauernhof eines Gesinnungskameraden regelmäßig Sonnenwendfeiern aus. Die Brauchtumpflege ist eng mit der Weltanschauung verwoben. So verkündet zur Sonnenwende etwa Dennis Bührig von der „Kameradschaft 73 Celle“ die Hoffnung, dass die „Glut“ des Feuers „neue Kraft“ entstehen lassen möge, „für jene Taten, die unser Volk wieder zu dem erwachsen lassen, das es einstmals war.“ Anna B. räumt ein: „Diese Feste fand ich gut.“ Heute betont sie aber sogleich: „Wie konnte ich nur, wie war ich verblendet.“ Wie fühlt man sich nach dem Ausstieg aus der Szene? „Einsam, gerade am Anfang, als wir raus waren“, sagt Fabian K. Immer sei man „für die Sache“ unterwegs gewesen, sprach mit diesem und jenem, betont Anna B. und dann „war das Telefon still.“ Das Raus aus der rechten Erlebniswelt fiel Frank F. auch wegen den Bindungen und den Events schwer. Er hofft heute: „Vielleicht habe ich meine Zukunft noch nicht ganz verbaut.“

7 Vgl. Raabe, Jan. (2009). S. 28.

Literatur

Dornbusch Christian / Rabe Jan (2005). „Rechtsrock fürs Vaterland“. In: Röpke Andrea / Speit Andreas (Hg.): *Braune Kameradschaften. Die militanten Neonazis im Schatten der NPD*, 2. aktualisierte Auflage, Berlin 2005.

Raabe Jan Mit Hardcore-Sound zur „Revolution“. In: Peters Jürgen/ Schulte Christoph (Hg.) *„Autonome Nationalisten“*, Münster.

Röpke Andrea / Speit Andreas (Hg.) (2005): *Braune Kameradschaften. Die militanten Neonazis im Schatten der NPD*, 2., aktualisierte Auflage, Berlin 2005.

Röpke Andrea / Speit Andreas (Hg.) (2005): *Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft, Berlin, 2009*, 2. aktualisierte Auflage, Berlin.

Speit Andreas: Schwerer Ausstieg. taz, 18. März 2009.

Speit Andreas Die braunen Jahre sind vorbei. taz, 11. September 2010.

Speit Andreas : Furcht vor neuem Neonazizentrum. taz, 18. Juni 2010

Speit Andreas : Nazis? Nicht bei uns. taz, 27. Mai 2010.

www.ks-kurpfalz.de/ 10. April 2010

WARUM AUSGERECHNET DIE RECHTSEXTREME SZENE?

Ursachen und Einstiegsgründe junger Menschen sowie die Rolle von Eltern und Schule

Wenn Jugendliche in die rechte Szene geraten, sind ihre Eltern davon oft völlig über-rumpelt, hätten sie es doch nie für möglich gehalten, dass so etwas auch in ihrer Familie passieren kann. Sie suchen verzweifelt nach Gründen und schreiben sich oft selbst die Schuld zu. Die Forschungen zu diesem Thema zeigen jedoch, dass die Familie selten die Hauptursache dafür ist, sondern viele Gründe auch außerhalb der Familie zu suchen sind¹.

Peer group: Kameradschaft, Anerkennung und Gewalt

Die Motive der Einzelnen, sich der rechten Szene anzuschließen, sind sehr unterschiedlich. Dennoch kann man Schwerpunkte in der Motivlage ausmachen: So gibt es Jugendliche, die vor allem aus sozialen Gründen in die rechte Szene geraten. Es sind die Jugendlichen, die schwer Freunde finden und so leicht zu *Außenseitern* werden. Sie haben wenig soziale *Anerkennung* und suchen sich dann eine Gruppe, in der die *Kameradschaft* eine grosse Bedeutung hat: Jeder steht für jeden ein, man gehört zu einem großen Ganzen. Man unternimmt viel, hat spannende Erlebnisse - Action und Thrill. Diese Jugendlichen suchen in der Gruppe Halt, Orientierung und Kontakt. Das ist das Hauptmotiv. Trotzdem könnte man fragen, warum ausgerechnet eine rechtsextreme Gruppe? Es gibt so viele andere Jugendgruppen, wo sich auch Gemeinschaft, Freunde und Orientierung finden können. Warum gehen sie zu den Rechten?

1 Im Folgenden stütze ich mich vor allem auf meine Untersuchung: "Der Hass hat uns geeint. Junge Rechtsextreme und ihr Ausstieg aus der Szene." Frankfurt: Campus (2006), bei der ich Interviews und Biographien von Rechtsextremen analysiert habe, die aus der Szene ausgestiegen sind.

Ich denke, ein wesentlicher Unterschied zwischen einer rechtsextremen und anderen Gruppierung ist der, dass man alleine durch die „richtige“ Herkunft und die „richtige“ Hautfarbe schon dazu gehört; mehr noch, man gehört zur Elite, zur Vorhut der Gesellschaft, die für eine „große“ Sache kämpft. So wird man selbst wichtig und mächtig. Um dies zu veranschaulichen, möchte ich Ihnen ein Zitat von Jörg Fischer vorlesen. Er ist Aussteiger aus dem Fränkischen und hat seine Biographie aufgeschrieben. Er beschreibt dabei, wie er sehr jung von der NPD angeworben wurde und schon nach kurzer Zeit in die höheren Ränge aufstieg. Die Anerkennung durch die Älteren tat ihm dabei sehr gut, da er bisher bei ihnen nicht viel gegolten hatte. Besonders aber beeindruckte ihn das Erleben von Gemeinschaft und Größe wie er dies anlässlich seines ersten Deutschland-Treffens der NPD schildert: *Ich nahm am Treffen einer mächtigen verschworenen Gemeinschaft teil, einer Elite, die umgeben war von Feinden. Die Selbstinszenierung der Partei, ihr Hang zur mystischen Überhöhung ergriff mich ganz und gar.* Und dann berichtete er weiter: *Durch Fanfarenzüge, dem Aufzug von Fahnengruppen, durch Fackelzüge, Musik und Reden ehemaliger SS-Angehöriger, durch all diese rituellen Beschwörungen der Vergangenheit* erlebt er, wie er schreibt, *einen Rausch kollektiver Ekstase.*

Allein durch seine Teilnahme wird der Einzelne groß und bedeutend. Also hier sieht man, dass das *Machtmotiv* eine starke Faszination ausüben kann.

Dann gibt es eine andere Gruppe, die vor allem aus dem *gewalttätigen Milieu* stammt. Das sind Jugendliche, die zu Hause oft auch Gewalt erfahren haben und die von klein auf gelernt haben, wenn sie nicht selbst zuschlagen, werde sie Opfer der Anderen. Hier ist die Gewalt zunächst notwendig, um sich überhaupt in diesem Milieu behaupten zu können. Aber im Laufe der Zeit kann sich diese Gewalt verselbständigen und zu einer Lebensform werden. Man kennt gar nichts anderes mehr, als Konflikte mit den Fäusten auszutragen. Man lernt es gar nicht anders und gewöhnt sich an die Gewalt. Und es kann weitergehen, dass man sich nicht nur daran gewöhnt, sondern sie geradezu genießt. Dazu ein Zitat von Kent Lindahl, einem Aussteiger aus Schweden, der auch lange Jahre in der rechten Szene und außerordentlich gewalttätig war. Er schreibt, nachdem er auf dem Bahnhof einen schwarzen Musiker zusammengeschlagen hat, dass das für ihn ein ganz besonderes Erlebnis war: *Was ich in dem Augenblick empfand, ein absolutes Glück, Euphorie, Machtrausch, Siegestaumel, als ob man plötzlich lebte, als ob man unverwundbar und unschlagbar wäre.* Lindahl rasiert sich anschließend die Haare ab und wird zum Skinhead. Er schreibt: *Das war, als ob ich innerlich wachsen würde. Im Laufe der Jahre bin ich bestimmt drei Meter groß geworden. Ich wuchs jedes Mal, wenn ich mich prügelte und gewann einige Zen-*

timer. Die Gewalt, die ursprünglich zur Selbstverteidigung notwendig war, wird hier zur Quelle für Selbstbestätigung und Größenfantasien. Dabei wird die abschließende Demütigung bei Prügeleien für ihn, wie er schreibt, furchtbar wichtig: *Das war die endgültige Markierung der Verachtung der Schwachen.*

Nun auch hier kann man fragen: Warum unbedingt rechte Gewalt. Gewalt gibt es allenthalben. Sie kann ja durchaus unspezifisch sein. Es bedarf erst der Ideologie, damit diese Gewalt politisch aufgeladen wird, so etwa wenn man sich einredet, dass die Gewalt gegenüber „Ausländern“ notwendig sei, um das „eigene“ Volk zu schützen.

Wenn wir uns die Geschichte von Lindahl näher ansehen, so können wir feststellen, dass es kein Zufall war, dass er schließlich in der rechten Szene gelandet ist, sondern dass es dazu durchaus eine Vorgeschichte in seiner Kindheit gab. Er beschreibt, wie gern er schon von klein auf mit Zinnsoldaten, Uniformen und Waffen gespielt hat, wie er sich früh für die Militärgeschichte interessiert hat, und vor allen Dingen war er von der Deutschen Wehrmacht begeistert. Ihr haftete etwas, wie er sagt, *Pompöses und Großartiges* an. Als er später auf die rechte Szene stößt, ist sie für ihn schon in gewisser Weise vertraut: *Ja, es war ein Gefühl gewesen, wie nach Hause zu kommen. Selbst wenn wir nur wenige waren, so war es dennoch so, als hätten wir Macht.*

Also, auch hier ist wieder das *Machtmotiv* ganz wichtig. Sie fühlen sich als Vorkämpfer und Beschützer des Volkes. Damit wird die bereits bestehende Gewalt nicht nur gerechtfertigt, sondern die Jugendlichen werden zu weiterer Gewalt angestachelt.

Protest und Politik

Schließlich hat eine dritte Gruppe wieder andere Motive und kommt aus einem anderen Zusammenhang. Das sind Jugendliche, die frühzeitig gegen ihr Umfeld *protestieren*, die sich absetzen wollen von ihren Eltern, von der Schule etc. Sie beginnen mit kleinen Provokationen, sie übertreten Verbote und brechen Tabus - was ja viele Jugendliche tun. Das heißt wiederum nicht automatisch, dass sie dann bei den Rechtsextremen landen. Die Frage ist vielmehr wie verknüpft sich der Protest mit der rechten Ideologie.

Dafür ist Stefan Bahr ein gutes Beispiel. Er hatte in seiner Klasse in der Pause mit dem Schwamm ein Hakenkreuz an die Tafel gemalt. Das war an der Schule, in der sein Vater Rektor war. Die Aufregung war groß und er wurde sofort zum Nazi abgestempelt. Dementsprechend wurde er ausgegrenzt und dann tatsächlich auch zu einem Nazi.

Nun kann man fragen, ob das das entscheidende Ereignis war, aufgrund dessen er sich dann immer weiter in eine rechte Karriere verstrickt hat. Jedoch auch hier findet man wieder eine Vorgeschichte in der Familie und Kindheit: Seine Großeltern waren Vertriebene und haben beide die Vertreibung als großes Unrecht empfunden. Der Großvater schwärmte immer noch von der Zeit von damals, von der Wehrmacht und wie erfolgreich und mächtig sie gewesen war. Die Eltern hingegen wollten von all dem nichts wissen, weder von dem Vertriebenenenschicksal, geschweige denn von der Nazizeit. Und so war dieser Junge in einem unterschwelligem Spannungsfeld zwischen seinen Eltern und Großeltern gefangen. Dabei hat er natürlich gemerkt, dass wenn er die Position seines Großvaters einnimmt, er seine Eltern leicht provozieren kann. Er hat dann sehr viel über das Thema gelesen und die Familiendynamik genutzt, um sich gegen seine Eltern zu wenden und sich auf die Seite der Großeltern zu schlagen.

Das ist kein Einzelfall. Oft wird in den Familien über die Zeit des Nationalsozialismus geschwiegen, jedoch gibt es oft auch den einen oder anderen in der Verwandtschaft oder im Bekanntenkreis der von der Zeit damals schwärmt, oder sie zumindest zu verteidigen versucht. Auch geraten die Jugendlichen vielfach in Konflikt mit ihrer Familie wenn sie in der Schule von den furchtbarsten Verbrechen hören. Dann fragen sie sich, was stimmt nun eigentlich, das was man in der Schule lernt oder das was einem zu Hause vermittelt wird. In dieser Spannung sagen sich eine Reihe von Jugendlichen: *Jetzt will ich wissen, wie es wirklich war*. Und fangen an, Literatur darüber zu lesen, meistens mit dem Ziel ihre Familie gegenüber der Schule zu verteidigen. Bei dieser dritten Gruppe steht also die politische Auseinandersetzung und das Protestmotiv im Vordergrund.

Gemeinsam ist diesen Jugendlichen oft, und das sage ich mit allem Vorbehalt und in Anführungszeichen, ein „*Idealismus*“. Sie wollen für eine bessere Gesellschaft kämpfen, sie wollen sich bedingungslos für „die Sache“ einsetzen. Die Rechtsextremen sind für sie attraktiv, weil sie konsequent und radikal sind und keine Kompromisse machen. Insofern wundert es nicht, dass es durchaus eine Reihe von Rechten gibt, die die Mitglieder der RAF bewundern. Die Sehnsucht nach Radikalität und Konsequenz ist durchaus typisch für die Jugendphase, da sie sich in der Zeit selbst in der Gesellschaft positionieren und eine eigene Meinung bilden müssen. Und viele der rechten Jugendlichen sind davon überzeugt, dass sie etwas Gutes tun für Volk und Vaterland; dass sie die Bevölkerung vor „Überfremdung“ schützen oder vor dem „Großkapital“ und der „Globalisierung“, indem sie die „Rasse“ rein halten und so Bedrohungen von ihr abwenden; zumindest gilt das für die erste Phase ihres Engagements, und vor

allem auch für diejenigen, die stark politisch motiviert sind.

Es klingt seltsam, wenn man sagt, diese Jugendlichen seien idealistisch, vor allem wenn man die Gewalt, die Verachtung und den Hass sieht, den sie den Anderen gegenüber empfinden. Insofern muss man von einem *gespaltenen Idealismus* sprechen. Alles, was sich auf das „Eigene“ bezieht, das eigene Volk, die eigene Nation, die eigene „Rasse“ wird idealisiert. Alle Anderen jedoch verachten, verfolgen und hassen sie. Deshalb habe ich mein Buch „Der Hass hat uns geeint“ genannt. Kernstück rechter Ideologie ist das systematische Schüren von Hass gegenüber allen, die nicht dazu gehören sollen, so dass die Hemmschwelle von Gewalt immer weiter sinkt. Im Prinzip erhöhen sie sich selbst auf Kosten anderer. Sie müssen Andere unterdrücken, um selber größer zu erscheinen.

Die *Selbstaufwertung auf Kosten Anderer* zeigt sich jedoch nicht nur in der politischen Ideologie der „Herrenmenschen“, sondern auch auf der psychologischen und individuellen Ebene.

Es gibt inzwischen eine ganze Reihe von Untersuchungen zur Frage: Wie unterscheiden sich rechte von nicht-rechten Jugendlichen, wo ist der Unterschied in den Einstellungen, Haltungen, usw.. Eine große Untersuchung, bei der ca. 500 Familien befragt wurden, kam zu dem Ergebnis, dass sie sich vor allem in dem unterscheiden, was der Forscher ein *hierarchische Selbstinteresse* nennt: sich selbst erhöhen, indem man andere herabsetzt. Das Eigeninteresse steht an erster Stelle, koste es was es wolle. Man nimmt keine Rücksicht auf Andere, nimmt sie nicht ernst, oft nicht einmal wahr. *Wer sich von anderen ausnutzen lässt, ist selber schuld, der bekommt kein Mitleid. Wir stünden alle besser da, wenn sich jeder um sich selber kümmert*, das sind Aussagen von diesen Jugendlichen mit einem solchen hierarchischen Selbstinteresse.

Ebenfalls gehäuft kommt in diesen Gruppen die Tendenz vor, die Schuld immer bei Anderen zu suchen. Also, wenn es in der Schule schlecht läuft, dann sind die Lehrer schuld, die sind unfähig; bei gesellschaftlichen Problemen sind es die Politiker, die korrupt sind; immer sind es die Anderen und am Schluss sind es die Juden, die an allem Schuld sind. Man findet immer jemanden, den man zum Sündenbock machen kann und sucht nie die Verantwortung bei sich selbst. Dazu gehört auch die Emphathielosigkeit, also sich nicht in den Anderen hinein versetzen zu können oder zu wollen. Das führt nicht zuletzt auch dazu, dass sie große Schwierigkeiten haben, Konflikte auszugetragen. Die ganzen Spannungen und Ambivalenzen, die man normalerweise aushalten muss, um gut mit anderen Menschen aus zu kommen, diese Fähigkeit ist bei ihnen stark eingeschränkt, was durch die Teilhabe an diesen Gruppen natürlich noch verstärkt wird. Entweder bist du Freund oder Feind. Ich verfolge dich oder ich opfere mich

für dich auf, das ist der Mythos der Kameradschaft. Es gibt nur ein Entweder – Oder. Aufgrund dieser Forschungsergebnisse wird mittlerweile übereinstimmend zentral die Forderung nach *demokratischer Erziehung* in Familie und Schule gestellt, d. h. die Jugendlichen müssen lernen, Konflikte auszuhalten, sie müssen lernen, auch den Anderen wahr- und ernst zu nehmen und fähig werden, Kompromisse zu machen. Gespräche dürfen nicht als Machtkampf oder Meinungskampf erlebt werden, sondern als eine Chance, sich tatsächlich mit dem Anderen auseinanderzusetzen. Damit komme ich zur Rolle von Familie.

Zur Rolle der Familie

Familienklima und Erziehungsstil

Viele Eltern sind der Auffassung, dass sie in erster Linie schuld daran sind, dass ihre Kinder rechtsextrem geworden sind; dass sie ihnen vielleicht zuwenig Zuwendung und Geborgenheit gegeben haben, insbesondere, wenn es in der Familie Konflikte und Scheidungen gab. Vor allem viele Mütter haben Angst, dass das der eigentliche Grund ist. Dazu lässt sich angesichts der Forschungen sagen, dass der Rechtsextremismus keinesfalls auf ein Familienproblem reduziert werden kann: Oft haben Eltern eine sehr gute Beziehung zu ihren Kindern, andere wiederum eine schlechte. Manchmal haben die Jugendlichen zu einem Elternteil, meist der Mutter, eine gute, zum Vater eine schlechte Beziehung. Das Beziehungsklima kann also nicht viel über den Zusammenhang zum Rechtsextremismus sagen.

Aussagekräftiger ist hingegen der *Erziehungsstil*: wenn Eltern mit ihren Kindern autoritär umgehen ist die Wahrscheinlichkeit, dass diese rechtsextrem werden grösser, als wenn in der Familie demokratische Umgangsformen herrschen und wenn, wie oben bereits ausgeführt, die Erziehung von Werten geprägt ist, die Empathie und soziales Verhalten fördern. Mindestens so entscheidend wie der Erziehungsstil scheint jedoch die politische Einstellung der Eltern zu sein.

Politische Einstellungen

So ist es keine Überraschung, dass Eltern die selbst rechtsextrem sind, bei ihren Kindern entsprechende Einstellungsmuster befördern. Das ist jedoch relativ selten der Fall. Wichtiger ist wohl die latente Ebene, also Einstellungen die mehr oder weniger unbewusst rechte Einstellungsmuster unterstützen. Dies wird wohl recht häufig bei den Eltern sein, wenn man bedenkt, dass die Hälfte der Bevölkerung nationalistische und fremdenfeindliche Einstellungen hat, und dass der Alltagsrassismus sehr

weit verbreitet ist. Insofern muss man eher fragen, was eigentlich der Unterschied zwischen der sog. Mitte, also der Mehrheit der Bevölkerung und dem Rand der Gesellschaft ist.

Hier gibt es vor allem zwei Unterschiede: Der eine besteht in der Einstellungen zur *Gewalt*. Gewalt wird von der großen Mehrheit der Bevölkerung grundsätzlich abgelehnt. Gewalt ist für sie weder ein Mittel zur Konfliktaustragung, noch um politische Vorstellungen durchzusetzen. Der zweite Punkt ist der, dass die Menschen in ihren Einstellung nicht eindeutig sind. So stimmen zwar viele z. Bsp. der Aussage zu, dass zu viele „Ausländer“ in Deutschland leben, aber dieselben Leute glauben gleichzeitig, dass angesichts der Globalisierung Einwanderung heutzutage notwendig ist und dass die Grenzen im Prinzip offen sein müssen. Ebenso sind sie überzeugt, dass Prinzipien wie Gerechtigkeit, Gleichheit und Menschenrechte wichtig sind, gleichzeitig aber sehen sie nicht ein, dass Einwander_innen oder gar Asylbewerber_innen die selben Rechte haben sollen, wie sie selbst.

Solche Ambivalenzen und Widersprüche prägen jeden von uns, da jeder zwischen Selbstinteressen und Gerechtigkeitsvorstellungen hin und her gerissen ist. Der Unterschied zwischen der „Mitte“ und dem Rand ist nun der, dass die Rechten diese Ambivalenzen beiseite schieben und einseitig in Richtung Dominanzinteressen auflösen nach dem Motto: „Wir zuerst“. Dadurch versuchen sie die Spannung aufzuheben. Das ist wiederum auch ein Grund, warum der Rechtsextremismus attraktiv ist, nämlich weil er einfache Antworten anbietet und Widersprüche aufzulösen scheint.

Schließlich gibt es aber auch die Eltern, die sich sehr eindeutig gegen den Rechtsextremismus positionieren, nicht nur in Bezug auf ihre eigenen Kinder, sondern auch in ihrem sozialen Umfeld oder auch in der Öffentlichkeit.

Sie setzen sich in der Regel von Anfang an intensiv mit ihren Kindern auseinander. Allerdings keineswegs immer mit Erfolg. Diese Auseinandersetzungen fallen ja meist in eine Phase, in der die Jugendlichen sich gerade von ihren Eltern absetzen wollen. Insofern sind sie für deren Argumente kaum empfänglich, im Gegenteil, oft sind sie Anlass gerade dagegen zu halten.

Je nach politischer Einstellung gehen also die Eltern unterschiedlich mit ihren Kindern um.

Zum Umgang mit den rechten Jugendlichen

Die Rechten selbst berichten vor allem von zwei Reaktionen der Eltern: Das ist einmal das *Schweigen*. So wird in vielen Familien lange weggeschaut, man wartet ab und will es nicht so genau wissen. Auf der anderen Seite steht das *Verbot*. Wenn dann irgendwas passiert, dann heißt es: *Die Stiefel müssen weg, oder die Musik wird hier nicht mehr gehört*. Das führt bei den meisten Jugendlichen dazu, dass sie sich sofort neue besorgen. Ein Jugendlicher erzählte im Interview, dass er zu seinem Vater sagte, nachdem dieser die CDs aus dem Fenster geworfen hatte: *Jetzt hol ich meine Leute. Und da war Schluss, aus. Seitdem war zwischen uns nur noch ein gestörtes Verhältnis. Und ich meine, für mich war es irgendeine Genugtuung, den Ausdruck in seinem Gesicht zu sehen, das fand ich echt gut, der brauchte so was*.

Vor allem kommt es bei Jugendlichen zu Trotzreaktionen, wenn sie spüren, dass es den Eltern mit ihren Verboten nicht um die Sache geht, sondern darum, dass ihre Kinder nicht auffallen, dass man in der Verwandtschaft, der Nachbarschaft oder gar in der Schule merkt, wie sie eingestellt sind. Wenn es den Eltern vor allem um das öffentliche Ansehen geht, dann fühlen sich die Jugendlichen nicht ernst genommen und reagieren nach dem Motto: Jetzt erst recht!

Demgegenüber versucht eine Reihe von Eltern, sich mit ihren Kindern auseinander zu setzen und zwar vor allem diejenigen, die ohnehin dezidiert gegen rechtes Denken eingestellt sind. Allerdings ist auch diesen Gesprächen meist wenig Erfolg beschieden – insbesondere solange die Jugendlichen noch voller Begeisterung für ihre Gruppe sind. Dennoch ist es notwendig, die Beziehung aufrecht zu erhalten, auch wenn die Gruppen alles tun, um die Jugendlichen von ihrer Umwelt abzuschotten. Aber in Zeiten der Krise kann ein solcher Kontakt zu den Eltern entscheidend sein. Es ist ja keineswegs so, dass das Leben in der rechten Szene konfliktfrei wäre. Die Idee der Kameradschaft ist oft trügerisch. Es gibt oft auch viel Hass und Misstrauen und auch Gewalt zwischen den sog. Kameraden. Auch sind sie zunächst oft sehr von ihren Führern begeistert, um dann im Laufe der Zeit festzustellen, dass die im Grunde genommen häufig nur für ihre eigenen Interessen kämpfen und ihre Gefolgsleute für sich ausnutzen. Es gibt nicht diese großartige Gemeinschaft, wo jeder für jeden einsteht, sondern letztlich kämpft oft auch jeder für sich selbst.

3 http://de.wikipedia.org/wiki/Externsteine#Bedeutung_in_der_Esoterik.

4 <http://de.wikipedia.org/wiki/Burschenschaft>.

Außer diesen Konflikten in der Gruppe geraten die Jugendlichen oft auch im Laufe der Zeit in Konflikt mit ihrer Lebensplanung. Durch ihre Aktivitäten vernachlässigen sie die Schule und ihre Ausbildung. Viele werden straffällig, womit sie ihre berufliche Zukunft aber auch Partnerschaft und Familiengründung aufs Spiel setzen. Wenn sie das allmählich realisieren, können die Zweifel am einmal eingeschlagenen Weg immer größer werden. In dieser Situation kann die Beziehung zu den Eltern von ganz entscheidender Bedeutung sein, denn sie ist meist ihre einzige Brücke zur Außenwelt.

Jedoch sind viele Eltern dabei überfordert. Ihnen fällt es schwer, sich mit ihren Kindern inhaltlich auseinanderzusetzen, weil sie sie sich kaum mit dem Thema befasst haben oder aber weil sie ambivalent sind und ihnen unerschwinglich teilweise auch zustimmen. Oft können sie auch die vielen Frustrationen und Rückschläge nicht mehr ertragen. Deshalb suchen sie Hilfe bei Professionellen.

Externe Hilfen

Welche Erfahrungen seine Eltern mit der Suche nach Unterstützung gemacht haben, schildert einer der von mir befragten Aussteiger folgendermassen: *Meine Eltern haben dann auch verschiedene Sachen gemacht. Sie sind zur Polizei gegangen und die Polizei, die hat sie natürlich als Datenquelle benutzt. Aber meine Eltern haben natürlich schnell gemerkt, dass sie von ihnen ja nur verarscht worden sind. Dann sind sie zum Verfassungsschutz... Dann gingen sie zum Jugendamt. Die haben uns zu einer Erziehungsberatungsstelle geschickt und dort saß ich dann vier Stunden in einem Raum eingerichtet mit afrikanischen Holzfiguren, und der hat Räucherstäbchen angezündet und dann sollte ich ihm halt erklären, wo ich politisch stehe, drei oder vier Stunden lang. Das hat mir nichts gebracht, natürlich nicht. Ja, sie hatten viele Tiefschläge.* Sie haben sich bemüht und sind halt immer wieder auf den Bauch gefallen. Man sieht also, dass auch die Professionellen oft nicht auf eine adäquate Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus vorbereitet sind.

Auch die Schule reagiert oft ebenso hilflos wie die Eltern: Die LehrerInnen sagen oft lange Zeit gar nichts und übersehen entsprechende Anzeichen. Wenn jedoch etwas vorfällt reagieren sie rasch mit Verboten. Keiner von denen, mit denen ich gesprochen habe, hat es erlebt, dass man sich in der Schule mit ihm wirklich auseinander gesetzt hätte.

Das Problem scheint vor allem auch zu sein, dass sich die meisten Fachkräfte für das

Problem Rechtsextremismus nicht zuständig fühlen. Es gibt wenige Ausnahmen und das sind vor allem die, sich selbst weitergebildet haben und die durch einschlägige Projekte wie etwa die Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus oder Aussteigerprogramme eigens geschult worden sind.

Solange dies nicht flächendeckend geschieht, wird die wichtigste Quelle der Unterstützung für Eltern, andere Eltern sein. Insofern sind Selbsthilfegruppen von ganz grosser Bedeutung. Hier können sich die Eltern austauschen und entlasten und mit Rat und Tat zur Seite stehen. Allerdings ist es auch dies nicht einfach, insbesondere weil viele Eltern sich gar nicht in diese Gruppen kommen, weil sie sich schämen oder aber versuchen das Problem weiterhin von sich zu schieben und zu leugnen.

DAS ZUSAMMENSPIEL VON ELTERN UND GLEICHALTRIGEN BEI DER HERAUSBILDUNG VON POLITISCHER GEWALTBEREITSCHAFT BEI JUGENDLICHEN

Dem vorliegenden Beitrag liegt die These zugrunde, dass es sich bei der politischen Gewaltbereitschaft von Jugendlichen um eine Form abweichenden Verhaltens handelt, die ähnlichen Entstehungsbedingungen unterliegt, wie allgemein nonkonformes oder illegales Verhalten. In der Regel wird abweichendes Verhalten als ein Phänomen beschrieben, dass sich vor allem unter dem negativen Einfluss von Gleichaltrigen herausbildet. Im Folgenden wird im ersten Schritt ein theoretisches Modell vorgestellt, das im Unterschied dazu das Zusammenspiel von Elternhaus und Gleichaltrigenkontext thematisiert. Dabei wird angenommen, dass es von der Qualität der Eltern-Kind-Beziehung abhängt, welchen Gleichaltrigenkontexten sich Jugendliche zuwenden.

In einem zweiten Schritt soll der empirische Gehalt des beschriebenen Modells mit Blick auf die politische Gewaltbereitschaft von Jugendlichen überprüft werden. Die Grundlage hierfür bilden Ergebnisse verschiedener Analysen, die mit den Daten des Brandenburger Jugendlängsschnitts durchgeführt wurden. Bei der Modellprüfung wird zunächst nicht nach Gewaltbereitschaft im politisch rechten oder linken Kontext unterschieden. Theoretisch rechtfertigen lässt sich dies damit, dass die erhobenen Verhaltensweisen unabhängig davon, ob sie als linke oder rechte Protestaktion verstanden werden, als illegal betrachtet werden müssen – es handelt sich um Sachbeschädigung und um die Schädigung von Personen. Anschließend soll jedoch auch empirisch überprüft werden, ob das Modell in beiden politischen Kontexten gilt.

In einem letzten Schritt werden Konsequenzen beschrieben, die sich aus dem vorgestellten Modell und den Analyseergebnissen für die Eltern im Umgang mit den Jugendlichen ableiten lassen.

1. Ein Modell zur Beschreibung unbeabsichtigter Elterneinflüsse

Das Modell, das im Folgenden vorgestellt wird, stammt von einer schwedischen Arbeitsgruppe, die am „Center for Developmental Research“ an der Universität von Örebro angesiedelt ist.¹ Gemäß diesem Modell können sich Jugendliche nicht ihre Eltern, sehr wohl aber ihre Freund_innen und die damit verbundenen Freizeitkontexte aussuchen. Freizeitkontexte lassen sich dahingehend unterscheiden, inwieweit sie durch Erwachsene strukturiert und beaufsichtigt werden (z.B. Sportvereine, Kirchengruppen, Musik- oder Theatergruppen) oder der Kontrolle durch Erwachsene weitgehend entzogen sind (z.B. Straßengangs, Bands, rumhängen im Einkaufszentrum). Studien haben gezeigt, dass die Teilnahme an strukturierten Freizeitangeboten mit einem höheren Schulerfolg, niedrigeren Schulabbruchquoten, mit einer höheren Lebenszufriedenheit, weniger Depressionen und einer niedrigeren Delinquenz von Jugendlichen einher gehen. Umgekehrt hängen Freizeitbeschäftigungen in unstrukturierten, durch Erwachsene unbeaufsichtigten Kontexten mit häufigeren abweichenden Verhaltensweisen zusammen.² Welche Wahl die Jugendlichen bezüglich ihrer Freizeitkontexte treffen, wird nach Kerr u.a. (2003) vor allem durch die Erfahrungen bestimmt, die die Jugendlichen in der Beziehung zu ihren Eltern machen. Nach Stattin und Kerr (2000) liefert die Forschung zahlreiche Belege für einen positiven Zusammenhang zwischen dem Wissen, das Eltern über die Freizeitaktivitäten ihrer Kinder haben und positiven Entwicklungsergebnissen auf Seiten der Jugendlichen. Sie bezweifeln jedoch, dass dieses Wissen auf die mehr oder weniger gelingenden Kontrollversuche von Eltern zurückzuführen ist. Vielmehr nehmen sie an, dass eine vertrauensvolle Beziehung zwischen Eltern und Jugendlichen der eigentliche Faktor ist, auf den dieses Wissen zurückgeführt werden kann. In einer vertrauensvollen Beziehung öffnen sich die Jugendlichen spontan und freiwillig den Eltern gegenüber und erzählen selbstverständlich mit wem und wo sie ihre Freizeit verbringen.

Werden die Eltern als wenig responsiv, als zurückweisend oder gar als demütigend erlebt, entwickeln die Jugendlichen ihnen gegenüber negative Gefühle. Sie ziehen sich zurück und sprechen den Eltern das Recht ab, sich in ihre Angelegenheiten einzumischen. Die Folge ist, dass elterliche Kontrollversuche als Bevormundung gewertet werden. Negative Gefühle den Eltern gegenüber können nach Kerr u.a. (2003) auf Kontexte übertragen werden, die dem Elternhaus strukturell ähnlich sind. Durch Erwachsene angeleitete und koordinierte Freizeitaktivitäten bilden solche strukturell ähnlichen Kon-

1 Kerr/Hakan/Biesecker/Ferrer-Wreder (2003).

2 ebd.

texte, die aufgrund der negativen Gefühle gegenüber den Eltern von den Jugendlichen eher gemieden werden. Gleichzeitig erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass die Jugendlichen sich stärker unstrukturierten, durch Erwachsene unbeaufsichtigten Freizeitkontexten zuwenden.³

In diesen unstrukturierten Freizeitkontexten treffen die Jugendlichen dann auf andere Gleichaltrige, die die negativen Einstellungen gegenüber Erwachsenen, gegenüber Autorität, Regeln und Struktur teilen. In gemeinsamen Aktivitäten mit diesen „gleichgesinnten“ Jugendlichen kann es zu einem Prozess kommen, den Dishion u.a. (1994) als „deviancy training“ beschrieben haben: eine Verstärkung des unerwünschten Verhaltens durch gegenseitiges Anstacheln und darüber Sprechen.

Kerr u.a. (2003) betonen, dass der beschriebene Prozess weder zwangsläufig die einmal eingeschlagene Richtung beibehalten muss, noch dass die Verantwortung alleine bei den Eltern liegt. Aus theoretischer Sicht ist eine Unterbrechung jederzeit durch die (Wieder-)Herstellung des Vertrauens in der Beziehung zwischen Jugendlichen und Eltern möglich. Praktisch treffen entsprechende Bemühungen jedoch nicht selten auf schwer zu überwindende Hindernisse, beispielsweise auf Erziehungsstrategien, die dem Entwicklungsstand der Jugendlichen nicht angemessen sind, oder auf Erziehungsphilosophien, die inkompatibel sind mit den Persönlichkeiten der Jugendlichen.

2. Überprüfung des Modells für die politische Gewaltbereitschaft

Im folgenden Abschnitt soll das beschriebene Modell zur Erklärung abweichenden Verhaltens bei Jugendlichen auf die politische Gewaltbereitschaft angewandt und auf seinen empirischen Gehalt hin überprüft werden.

2.1 Der Brandenburger Jugendlängsschnitt

Die Grundlage bilden Daten des Brandenburger Jugendlängsschnitts, einer Untersuchung zur politischen Sozialisation von Jugendlichen, die in einer Kooperation der Universität Potsdam mit der Fachhochschule Potsdam durchgeführt und von der

3 In einer 2007 erschienenen, längsschnittlich angelegten Studie konnten Persson, Kerr und Stattin zeigen, dass Jugendliche, die während des Untersuchungszeitraums aus strukturierten Freizeitkontexten in unstrukturierte wechselten, häufiger negative Gefühle gegenüber ihren Eltern äußerten. Sie berichteten außerdem über mehr negative Interaktionen mit ihren Eltern. Darüber hinaus fanden sich Hinweise, dass positivere Gefühle gegenüber den Eltern bei Jugendlichen, die in unstrukturierte Freizeitkontexte wechselten, mit einem weniger stark steigenden abweichenden Verhalten einher gingen. Positivere Gefühle gegenüber den Eltern bildeten demnach einen protektiven Faktor gegen eine Zunahme abweichenden Verhaltens.

Deutschen Forschungsgemeinschaft finanziert wurde.⁴ In der ersten Welle (Erhebung im Frühjahr 1996) nahmen 2.633 Schülerinnen und Schüler verschiedener Schulformen an der Untersuchung teil (52% aus Gymnasien, 48% aus Real- und Gesamtschulen). Zum Befragungszeitpunkt besuchten diese die 10. Klassen und waren im Schnitt etwa 16 Jahre alt. Die zweite Welle wurde ein Jahr später (im Frühjahr 1997) erhoben. Nur in den Gymnasien konnte die Befragung in den Schulen fortgesetzt werden. Die Real- und Gesamtschüler_innen hatten entweder eine Ausbildung begonnen oder waren auf verschiedene weiterführende Schulen gewechselt. Bei diesen Jugendlichen konnte die Befragung nur postalisch fortgeführt werden, was eine hohe Ausfallquote zur Folge hatte. Der Brandenburger Jugendlängsschnitt umfasst zwei weitere Erhebungswellen (Frühjahr 1998 und Herbst 1998), die im vorliegenden Beitrag allerdings nicht weiter berücksichtigt werden.

Die Jugendlichen wurden unter anderem gefragt, mit wem in der Schule sie (eng) befreundet sind. Sofern sich der/die befreundete Mitschüler_in in der Stichprobe identifizieren ließ, wurde der entsprechende Datensatz mit dem der Jugendlichen verbunden (Dyadendatensatz). Auf diese Weise war es möglich, die politische Gewaltbereitschaft und andere Angaben von befreundeten Mitschüler_innen miteinander in Beziehung zu setzen. Darüber hinaus konnten für eine Substichprobe von Jugendlichen über zwei Wellen hinweg ein/e Mitschüler_in für unterschiedliche Dynamiken von Freundschaften identifiziert werden: stabile Freundschaften, sich auflösende Freundschaften sowie sich formierende Freundschaften.

Die politische Gewaltbereitschaft wurde in der vorliegenden Untersuchung anhand der drei Items „Protestparolen sprühen“, „Straßenschilder beschädigen“ und „wenn nötig auch mal zuschlagen“ erhoben. Über eine Itematterie, die Streitpunkte wie das abendliche Ausgehen, die Freund_innen, Unordentlichkeit, Kleidungsstil, Hilfe im Haushalt, private Pläne sowie Streit über Kleinigkeiten beinhaltete, wurde das Ausmaß an Alltagskonflikten mit den Eltern erfasst. Außerdem wurden die Jugendlichen gefragt, inwieweit sie das Gefühl haben, von ihren „Eltern wie kleine Kinder“ behandelt zu werden (Bevormundung durch die Eltern). Anhand eines Instruments, das mehrere Personen(gruppen) umfasste, sollten die Jugendlichen einschätzen, wie wichtig die Eltern (Vater und Mutter) sowie die Freundesgruppe zurzeit für ihr Leben sind. Darüber hinaus wurde ermittelt, ob und in welcher Intensität sie einer informellen Gleichaltrigenclique angehören. Schließlich wurde über eine Itematterie, die Aussagen wie „Ich habe mir gegenüber eine positive Einstellung“, „Mein Leben verläuft auf der richtigen Bahn“ und „Ich bin fähig, Dinge ebenso gut wie die meisten anderen Menschen zu tun“ enthielt, ihre allgemeine Lebenszufriedenheit erfragt.

4 Oswald/ Kuhn/ Rebenstorf/Schmid (1999) sowie Weiss/Brauer/Isermann (2000).

2.2 Die Qualität der Eltern-Kind-Beziehung und die Wahl des Gleichaltrigenkontextes

Gemäß dem Modell von Kerr u.a. (2003) führt eine negative Qualität der Eltern-Kind-Beziehung zu einer stärkeren Hinwendung zu unstrukturierten Gleichaltrigenkontexten. Für unsere Untersuchung lässt sich zunächst einmal festhalten, dass häufigere Konflikte mit den Eltern mit einem erhöhten Gefühl der Bevormundung und der Einschätzung einer geringeren Wichtigkeit der Eltern einher gingen. Außerdem zeigte sich ein Zusammenhang mit einer geringeren Lebenszufriedenheit der Jugendlichen (vgl. Tabelle 1). Häufige Konflikte im Alltag scheinen demnach einen validen Indikator für eine emotional negative Beziehung zu den Eltern zu bilden.

Für die Hinwendung zu unstrukturierten Freizeitkontexten bildet die Cliquesbindung einen guten Indikator. Tatsächlich ergab sich in unserer Untersuchung eine positive Korrelation zwischen der Häufigkeit von Konflikten mit den Eltern und der Intensität der Cliquesbindung. Zudem zeigte sich eine niedrige, aber ebenfalls positive Korrelation zwischen der Häufigkeit von Konflikten mit den Eltern und der Einschätzung der Freundesgruppe als wichtig (vgl. Tabelle 1). Beide Zusammenhänge bestätigen die These, dass eine emotional negative Beziehung zu den Eltern eine stärkere Hinwendung zu unstrukturierten Gleichaltrigenkontexten nach sich ziehen kann.

Tabelle 1

Zusammenhänge (Korrelationen) zwischen den Variablen des Eltern- und des Gleichaltrigenkontextes, unter Einbezug der Lebenszufriedenheit und der politischen Gewaltbereitschaft der Jugendlichen (Brandenburger Jugendlängsschnitt, 1. Messzeitpunkt, N = 2366)

	Alltagskonflikte mit Eltern	Politische Gewaltbereitschaft der Jugendlichen
<i>Elternkontext</i>		
Alltagskonflikte mit Eltern	-	.24***
Bevormundung durch Eltern	.42***	.07***
Wichtigkeit der Eltern	-.25***	-.14***
Lebenszufriedenheit der Jugendlichen	-.21***	-.05**
<i>Gleichaltrigenkontext</i>		
Cliquesbindung	.17***	.22***
Wichtigkeit Freundesgruppe	.08***	.11***
Politische Gewaltbereitschaft der Freunde	.10***	.41***

*** p < .001, ** p < .01

2.3 Die Qualität des Eltern- und des Gleichaltrigenkontextes und die politische Gewaltbereitschaft

Sofern es sich bei der politischen Gewaltbereitschaft tatsächlich um eine Form abweichenden Verhaltens handelt, sind dieselben Zusammenhänge mit Merkmalen des Gleichaltrigenkontextes zu erwarten, wie sie sich üblicherweise beim abweichenden Verhalten zeigen. Demnach sollte die politische Gewaltbereitschaft mit einer Vorliebe für unstrukturierte Freizeitkontexte verbunden sein sowie einem Einfluss von Gleichaltrigen unterliegen. Gemäß dem Modell von Kerr u.a. (2003) sollte die politische Gewaltbereitschaft außerdem mit negativen Gefühlen den Eltern gegenüber einher gehen.

Tabelle 1 zeigt, dass die politische Gewaltbereitschaft der Jugendlichen wie erwartet eine positive Korrelation mit den Konflikten mit den Eltern aufwies. Auch die Korrelationen mit der Einschätzung der Wichtigkeit der Eltern und dem Gefühl der Bevormundung waren signifikant. Demnach wiesen die politisch gewaltbereiten Jugendlichen in unserer Untersuchung, ähnlich wie deviante Jugendliche im Allgemeinen, eine stärker belastete Beziehung zu ihren Eltern auf.

Mit Bezug auf den Gleichaltrigenkontext zeigte sich in unserer Untersuchung eine signifikante Korrelation zwischen der politischen Gewaltbereitschaft und der Cliquenbindung der Jugendlichen. Etwas schwächer, aber ebenfalls signifikant, fiel die Korrelation mit der Einschätzung der Wichtigkeit der Freundesgruppe aus. Somit bestätigt sich in unserer Untersuchung ebenfalls der postulierte Zusammenhang zwischen politischer Gewaltbereitschaft und einer stärkeren Hinwendung der Jugendlichen zu unstrukturierten Freizeitkontexten.

Tabelle 1 weist außerdem eine mittel hohe Korrelation zwischen der politischen Gewaltbereitschaft der Jugendlichen und derjenigen ihrer Freund_innen aus. Politisch gewaltbereite Jugendliche hatten demnach überzufällig häufig (enge) Freund_innen, die diese Verhaltensdisposition teilten. Hier bestätigt sich eine weitere Annahme des Modells von Kerr u.a. (2003), nämlich dass deviante Jugendliche in unstrukturierten Freizeitkontexten auf gleichgesinnte Jugendliche treffen.

2.4 Politische Gewaltbereitschaft und Devianztraining

Aus einer Übereinstimmung in der politischen Gewaltbereitschaft unter befreundeten Jugendlichen kann allerdings noch nicht geschlossen werden, dass sich die Freund_innen in ihrer Handlungsbereitschaft auch gegenseitig beeinflussen. Übereinstimmungen in (engen) Freundschaften könnten allein dadurch zustande kommen, dass sich Jugendliche mit ähnlichen Handlungsbereitschaften suchen und finden, es sich mithin um einen Selektions- und nicht um einen Sozialisierungseffekt handelt.

Inwieweit die Jugendlichen sich im Falle der politischen Gewaltbereitschaft gegenseitig beeinflussen, wurde in der vorliegenden Untersuchung auf der Grundlage einer Sub-

stichprobe geprüft. Über zwei Messzeitpunkte hinweg wurde jeweils die Entwicklung der Übereinstimmungen in stabilen Freundschaften mit derjenigen in sich auflösenden sowie in sich neu formierenden Freundschaften verglichen (Tabelle 2)⁵. Es zeigte sich, dass die Korrelationen in stabilen Freundschaften zunahmen, in sich neu formierenden Freundschaften in etwa gleich blieben und in sich auflösenden Freundschaften abnahmen.

Die Zunahme der Korrelation in stabilen Freundschaften weist darauf hin, dass die befreundeten Gleichaltrigen sich mit der Zeit ähnlicher wurden. Dies kann als ein Effekt gegenseitiger Beeinflussung interpretiert werden. Jugendliche, die einen großen Teil ihrer Freizeit miteinander verbringen, tauschen sich offenbar darüber aus, welche Aktivitäten ihrer Meinung nach tragbar sind und welche nicht.

Die Abnahme der Korrelation in Freundschaften, die sich über die zwei Messzeitpunkte hinweg auflösten, zeigt, dass diese Jugendlichen sich mit der Zeit unähnlicher wurden. Ob Veränderungen in den Verhaltensdispositionen einen Grund für den Bruch der Freundschaft oder nur eine Folge der Beendigung des Vertrauensverhältnisses darstellen, kann auf der Grundlage der vorliegenden Daten nicht geklärt werden. In jedem Falle aber deutet sich an, dass die Haltung gegenüber politischer Gewalt in der noch bestehenden Freundschaft einen gewissen Stellenwert hatte.

Tabelle 2

Übereinstimmungen (Korrelationen) in der politischen Gewaltbereitschaft für unterschiedliche Dynamiken von Freundschaften

	1. Messzeitpunkt	2. Messzeitpunkt	Z-Wert
stabile Freundschaften ¹ (N = 165)	.23**	.36**	1.89*
sich formierende Freundschaften ² (N = 182)	-.17*	.25**	n.s.
sich auflösende Freundschaften ³ (N = 175)	.47**	.18*	4.32**

** $p < .01$, * $p < .05$; Z-Werte wurden berechnet, um die Unterschiede der Korrelationen zwischen 1. und 2. Messzeitpunkt auf Signifikanz zu prüfen. 1) Die Jugendlichen waren zu beiden Messzeitpunkten befreundet; 2) die Jugendlichen waren zum 1. Messzeitpunkt noch nicht befreundet; 3) die Jugendlichen waren zum 2. Messzeitpunkt nicht mehr befreundet.

5 Vgl. auch Schmid (2007).

Keine Veränderung in den Übereinstimmungen zeigte sich in Freundschaften, die sich über die zwei Messzeitpunkte hinweg neu formierten. Interessant ist hier jedoch, dass schon zum ersten Messzeitpunkt, also vor dem Beginn der Freundschaften, eine gewisse Übereinstimmung zwischen den Jugendlichen und den späteren Freund_innen bestand. Dieser Befund macht deutlich, dass ein Teil der Übereinstimmung bei der politischen Gewaltbereitschaft nicht auf einer gegenseitigen Beeinflussung (Sozialisation), sondern auf der Selektion der Freund_innen beruht.

Insgesamt bleibt anzumerken, dass die dargestellte Analyse keine Anhaltspunkte dafür liefert, in welche Richtung sich die politische Gewaltbereitschaft der Jugendlichen entwickelte. Insofern erlaubt sie auch keine Aussage darüber, ob es sich bei der gefundenen gegenseitigen Beeinflussung befreundeter Gleichaltriger um ein „Devianztraining“ im Sinne einer Zunahme abweichenden Verhaltens handelt. Die gegenseitige Beeinflussung könnte sich auch in Form einer Abnahme oder einer Stagnation der politischen Gewaltbereitschaft niedergeschlagen haben (vgl. hierzu auch die Ausführungen zu den längsschnittlichen Analysen).

2.5 Der Einfluss von Eltern vs. Gleichaltrigen bei der Herausbildung politischer Gewaltbereitschaft

Die im Vorangegangenen beschriebenen Analysen dienten der Überprüfung einiger theoretisch postulierter Prozesse im Zusammenspiel zwischen Elternhaus und Gleichaltrigen bei der Herausbildung von politischer Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen. Sie lassen jedoch noch keine Schlussfolgerungen darüber zu, welcher relative Anteil den Eltern im Verhältnis zu den Gleichaltrigen in dem Erklärungsmodell insgesamt zukommt. Hierzu bedarf es einer Analyse, in der die entsprechenden Korrelationen jeweils wechselseitig kontrolliert werden.

Zu diesem Zweck wurde eine multiple Regression berechnet, anhand der das Modell nicht nur in der Gesamtstichprobe, sondern außerdem getrennt für linke und rechte Jugendliche überprüft wurde. Tabelle 3 dokumentiert die Ergebnisse. Querschnittlich und unter Kontrolle von Geschlecht und besuchter Schulform, ergab sich ein deutlicher und signifikanter Effekt der Alltagskonflikte mit den Eltern sowie ein nur schwacher Effekt der Einschätzung der Wichtigkeit der Eltern auf die politische Gewaltbereitschaft der Jugendlichen. Einen ebenfalls deutlichen und signifikanten Effekt hatte die Cliquesbindung, einen nur schwachen dagegen die Einschätzung der Wichtigkeit der Freundesgruppe. Den stärksten Effekt insgesamt hatte die politische Gewaltbereitschaft der Freunde.

In den getrennt für linke und rechte Jugendliche⁶ durchgeführten Analysen zeigten sich keine nennenswerten Unterschiede. In beiden Gruppen wurde die politische Gewaltbereitschaft vor allem durch die Alltagskonflikte mit den Eltern, durch die Cliquenbindung sowie die politische Gewaltbereitschaft der Freund_innen vorhergesagt. Die Annahme, dass das Modell im politisch rechten wie im linken Kontext angewendet werden kann, erweist sich somit nicht nur als theoretisch plausibel, sondern wurde auch empirisch bestätigt.

Tabelle 3

Multiple Regression (Beta-Gewichte) der politischen Gewaltbereitschaft der Jugendlichen auf Variablen des Eltern- und des Gleichaltrigenkontextes (Brandenburger Jugendlängsschnitt, 1. Messzeitpunkt; N = 2366)

	Gesamt	Links (N = 1271)+	Rechts (N = 1049)+
Geschlecht (weiblich vs. männlich)	-.15***	-.14***	-.15***
Besuchter Schultyp (Gymnasium vs. andere)	-.08***	-.11***	-.07*
<i>Elternkontext</i>			
Alltagskonflikte mit Eltern	.16***	.14***	.20***
Bevormundung durch Eltern		-.03	-.00
Wichtigkeit der Eltern	-.09***	-.10***	-.06*
<i>Gleichaltrigenkontext</i>			
Cliquenbindung	.12***	.09***	.12***
Wichtigkeit Freundesgruppe	.08***	.07*	.10***
Politische Gewaltbereitschaft der Freunde	.32***	.35***	.30***
R2	.26	.26	.26

*** p < .001, ** p < .01, + Die politische Selbsteinschätzung der Jugendlichen wurde anhand einer 10-stufigen Links-Rechts-Skala erhoben. Jugendliche, die sich exakt in der Mitte einstuften, sowie Jugendliche, die keine Angaben machten, wurden aus der Analyse ausgeschlossen.

Einschränkend muss angemerkt werden, dass querschnittliche Analysen keine kausalen Interpretationen beispielsweise derart erlauben, dass die Konflikte mit den Eltern oder eine starke Cliquenbindung die politische Gewaltbereitschaft der Jugendlichen

6 Die Links-Rechts-Orientierung der Jugendlichen wurde anhand einer 10-stufigen Skala erhoben, auf der die Jugendlichen sich selbst einschätzen sollten. Etwas über die Hälfte der Jugendlichen schätze sich als „links“ ein, der Rest als „rechts“. Einige wenige Jugendliche wurden aus der getrennten Analyse ausgeschlossen, weil sie entweder keine Angaben machten oder ihr Kreuz direkt in die Mitte der Skala setzten, obwohl keine mittlere Kategorie vorgesehen war.

erhöhen. Es könnte sich genauso gut umgekehrt verhalten, nämlich dass die nonkonformen oder illegalen Aktivitäten der Jugendlichen für mehr Konflikte mit den Eltern sorgten oder die Hinwendung zu Cliques Gleichaltriger erhöhten. Zudem könnte der hohe Erklärungswert der politischen Gewaltbereitschaft der Freund_innen nicht nur einem sozialisatorischen Einfluss, sondern zu einem guten Teil auch einer Selektion der Freund_innen geschuldet sein. Die weiter oben berichteten Befunde sprechen für diese Interpretation.

Der Frage nach kausal interpretierbaren Effekten kann anhand von längsschnittlichen Regressionsanalysen nachgegangen werden. In den im Folgenden dargestellten Analysen bildete die politische Gewaltbereitschaft zum zweiten Messzeitpunkt die abhängige Größe. Neben dem Geschlecht und der besuchten Schulform der Jugendlichen wurde für die politische Gewaltbereitschaft zum ersten Messzeitpunkt kontrolliert. Diese Kontrolle bewirkt, dass nur die Veränderungen zwischen den zwei Messzeitpunkten vorhergesagt, sowie gleichzeitig die Effekte aller möglichen relevanten Drittgrößen auspartialisiert werden. Letzteres bildet den Grund dafür, dass den Effekten in längsschnittlich durchgeführten Analysen eine kausale Prädiktionskraft zugesprochen werden kann.

Das Ergebnis (vgl. Tabelle 4) zeigt zunächst einmal, dass sich die politische Gewaltbereitschaft bei weiblichen und männlichen Jugendlichen unterschiedlich entwickelte. Sie nahm bei den männlichen Jugendlichen, von einem höheren Niveau ausgehend, etwas stärker ab.⁷ Darüber hinaus zeigte lediglich die Variable Alltagskonflikte mit den Eltern einen signifikanten Effekt auf die Veränderungen zwischen den zwei Messzeitpunkten. Je höher die Alltagskonflikte mit den Eltern waren, desto geringer fiel die Abnahme der politischen Gewaltbereitschaft im Alter zwischen 16 und 17 Jahren aus.

Dieses Ergebnis unterstreicht die These von Kerr u.a. (2003), demnach der emotionalen Qualität der Eltern-Kind-Beziehung bei der Ausbildung (wie beim Abbau) abweichender Verhaltensweisen eine kritische Bedeutung zukommt. Allerdings konnte bei einer getrennten Berechnung des längsschnittlichen Modells für rechte und linke Jugendliche die Prädiktionskraft der Alltagskonflikte mit den Eltern nur für die Gruppe der linken Jugendlichen bestätigt werden. In der Gruppe der rechten Jugendlichen erwies sich keine der einbezogenen Variablen als signifikant, auch nicht die des Gleichaltrigenkontextes (vgl. Tabelle 4).

7 Gemäß den Ergebnissen repräsentativer Jugenduntersuchungen erreicht die politische Gewaltbereitschaft im Alter von etwa 16 Jahren einen Höhepunkt und nimmt danach allmählich wieder ab. Vgl. Schneider (1995); Fischer (1997). Diese Entwicklung zeigte sich auch in unserer eigenen Untersuchung, vgl. Oswald/Kuhn/Rebenstorf/Schmid(1999); Weiss/Brauer/Isermann (2000).

Dazu muss angemerkt werden, dass auch die längsschnittlichen Analysen Einschränkungen unterliegen. Zum einen kann die zugrunde liegende Stichprobe nur noch als bedingt aussagekräftig gelten, da es insbesondere bei den Jugendlichen, welche die niedrigeren Schulzweige besuchten, zu hohen Ausfällen kam. Zum zweiten können kausale längsschnittliche Analysen lediglich diejenigen Effekte abbilden, die innerhalb des Untersuchungszeitraumes auch zum Wirken kamen, im vorliegenden Fall innerhalb eines Jahres im Alter zwischen 16 und 17 Jahren. Querschnittliche Analysen bilden im Unterschied dazu Zusammenhänge ab, die als das Ergebnis der gesamten vorausgegangenen Entwicklungsdynamik betrachtet werden können. In dieser Hinsicht können querschnittliche Analysen also informativer sein, auch wenn sie keine kausalen Interpretationen erlauben.

Tabelle 4

Multiple Regression (Beta-Gewichte) der politischen Gewaltbereitschaft der Jugendlichen zum 2. Messzeitpunkt auf Variablen des Eltern- und des Gleichaltrigenkontextes zum 1. Messzeitpunkt (Brandenburger Jugendlängsschnitt; N = 1454, 65% Gymnasium, 35% andere Schulformen)

	Gesamt	Links (N = 705)++	Rechts (N = 502)++
Geschlecht (weiblich vs. männlich)	-.11***	-.13***	-.15***
Besuchter Schultyp (Gymnasium vs. andere)	.02	.04	.03
Politische Gewaltbereitschaft der Jugendlichen zum 1. Messzeitpunkt	.55***	.60***	.50***
<i>Elternkontext</i>			
Alltagskonflikte mit Eltern	.06*	.11**	-.00
Bevormundung durch Eltern	.01	.02	-.00
Wichtigkeit der Eltern	-.02	-.01	-.06
<i>Gleichaltrigenkontext</i>			
Cliquenbindung	.03	.01	.05
Wichtigkeit Freundesgruppe	.02	.02	.02
Politische Gewaltbereitschaft der Freunde	.01	-.05	.04
R2	.38	.42	.35

*** $p < .001$, ** $p < .01$, + In den anderen Schulformen war die Ausfallquote zum 2. Messzeitpunkt deutlich höher als in den Gymnasien. ++ Die politische Selbsteinschätzung der Jugendlichen wurde anhand einer 10-stufigen Links-Rechts-Skala erhoben. Jugendliche, die sich exakt in der Mitte einstuften, sowie Jugendliche, die keine Angaben machten, wurden ausgeschlossen.

3. Fazit und Konsequenzen für die Eltern

Insbesondere die querschnittlichen Analysen bestätigten die These, dass die politische Gewaltbereitschaft von Jugendlichen ähnlichen Entstehungsbedingungen unterliegt, wie andere Formen abweichenden Verhaltens.

Die Frage, was Eltern tun können, lässt sich vor dem Hintergrund des dargestellten Modells und den Analyseergebnissen zuspitzen auf die Frage, wie Eltern es verhindern können, dass ihre jugendlichen Kinder negative Gefühle ihnen gegenüber entwickeln. Persson, Kerr und Stattin (2007) machen dazu zwei Vorschläge:

(1) Eltern sollten Jugendliche in Entscheidungsprozesse, die sie selbst betreffen, einbeziehen, ihnen eine Stimme geben. Wird regelmäßig über die Köpfe der Jugendlichen hinweg bestimmt, hinterlässt das bei den Jugendlichen schnell den Eindruck, nicht respektiert und wertgeschätzt zu werden. Dadurch wird die Wahrnehmung der Bevormundung durch die Eltern geschürt und der Aufbau des Gefühls, Kontrolle über das eigene Leben zu erringen, verhindert. Mangelnde Kontrollüberzeugungen sind, wie die Forschung gezeigt hat, mit einer Reihe psychischer Probleme verbunden, wie beispielsweise depressiven Symptomen.

(2) Eltern sollten Jugendlichen in Kommunikationsprozessen mit Sensibilität und Respekt begegnen. Es wirkt sich negativ auf das Vertrauensverhältnis aus, wenn persönliche Informationen der Jugendlichen von Seiten der Eltern nicht ernst genommen oder mit Indiskretion behandelt werden.

Sicherlich ist das Verhalten von Eltern immer auch als eine Reaktion auf die Persönlichkeit und die Verhaltensweisen ihrer jugendlichen Kinder zu betrachten. Es fällt Eltern zudem häufig schwer, von ihren Erziehungsvorstellungen abzurücken oder von ihrer eigenen Persönlichkeit abzusehen. Gemäß dem Vorschlag der Autor_innen könnten sich Eltern dennoch darum bemühen, zuerst über die Gefühle und Reaktionsweisen ihrer jugendlichen Kinder nachzudenken, bevor sie auf deren Fehlverhalten reagieren. Sie sollten außerdem versuchen herauszufinden, welche Domänen ihre Kinder legitimerweise unter elterlicher Autorität und Kontrolle sehen und welche nicht und sich nicht auf unnötige Konflikte mit ihnen einlassen. Schließlich sollten sie die Jugendlichen mit demselben Respekt behandeln, mit dem sie sich selbst behandelt sehen wollen oder mit dem sie ihre Freund_innen oder Kolleg_innen behandeln würden.

Literatur

- Dishion, Thomas J., Patterson, Gerald J., Griesler, Pamela C. (1994). Peer adaptations in the development of antisocial behavior. In: L. R. Huesmann (Hg.). *Current perspectives on aggressive behavior*. New York. S. 61-95.
- Fischer, Arthur (1997). Engagement und Politik. In: Jugendwerk der Deutschen Shell (Hg.). *Jugend 97. Zukunftsperspektiven, Gesellschaftliches Engagement, Politische Orientierungen*. Opladen. S. 303-341.
- Kerr, Margaret, Stattin, Hakan, Biesecker, Gretchen, Ferrer-Wreder, Laura (2003). Relationship with parents and peers in adolescence. In: Richard M. Lerner & M. Ann Easterbrooks Jayanthi Mistry (Hrsg.). *Handbook of Psychology* (Vol. 6 Developmental Psychology). New York u.a. S. 395-419.
- Oswald, Hans, Kuhn, Hans-Peter, Rebenstorf, Hilke, Schmid, Christine (1999). *Brandenburger Jugendlängsschnitt. Politische Sozialisation von Gymnasiasten in Brandenburg (Teilprojekt B). Ausgewählte Bereiche politischer Identitätsbildung: Entwicklungsverläufe, Übereinstimmungen mit Eltern und gleichaltrigen Freunden (Erhebungswellen 1 - 3)*. Unveröffentlichtes Arbeitspapier, Universität Potsdam.
- Persson, Andreas, Kerr, Margaret, & Stattin, Hakan (2007). Staying in or moving away from structured activities: Explanations involving parents and peers. *Developmental Psychology*, 43(1), S. 197-207.
- Schmid, Christine (2008). Familiäre und peerkontextuelle Bedingungen von Ausländerfeindlichkeit und politischer Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen. In: Angela Ittel, Ludwig Stecher, Hans Merckens, Jürgen Zinnecker (Hg.). *Jahrbuch Jugendforschung. 7. Ausgabe 2007*. Wiesbaden. S. 323-343.
- Schneider, Helmut (1995). Politische Partizipation - zwischen Krise und Wandel. In: Ursula Hoffmann-Lange (Hg.). *Jugend und Demokratie in Deutschland. DJI-Jugendsurvey 1*. Opladen. S. 275-335.
- Stattin, Hakan, & Kerr, Margaret (2000). Parental Monitoring: A Reinterpretation. *Child Development*, 71(4). S. 1072-1085.
- Weiss, Karin, Brauer, Janette, Isermann, Katrin (2000). *Politische und berufliche Sozialisation Jugendlicher in Brandenburg (Teilprojekt A). Entwicklungsverläufe ausgewählter Bereiche politischer Identitätsbildung (Erhebungswellen 1-3). Arbeitspapier A2/1999*. Potsdam: Fachhochschule Potsdam.

KINDESWOHL IM SPANNUNGSFELD VON (NEO)NAZISTISCHEN FAMILIEN UND STAATLICHEM FÜRSORGEANSPRUCH

Hakenkreuze als Weihnachtsbaumschmuck, Ferien im „Führerbunker“, das Verbot nichtdeutscher Freund_innen und Hüpfburgen bei NPD-Festen prägen die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen, die in (neo)nazistisch geprägten Elternhäusern aufwachsen. Sie werden von frühester Kindheit an im Sinne des Nationalsozialismus erzogen und nur selten ist Hilfe „von Außen“ möglich.

Nach dem Verbot der völkischen Kinder- und Jugendorganisation „Heimattreue Deutsche Jugend e.V.“ im März 2009¹ wurde auch über die Fürsorgepflicht des Staates gegenüber Kindern aus (neo)nazistisch geprägten Elternhäusern diskutiert. Die Jugendämter sollten bei solchen Familien prüfen, ob das Kindeswohl gefährdet ist.

Aber was heißt Kindeswohlgefährdung im Kontext extrem rechter Elternhäuser? Sind Nazis per sé schlechte Eltern, weil sie ihren Nachwuchs auf Menschenverachtung trimmen? Wie verhält es sich, wenn sich Kinder und Jugendliche der rechten Indoktrination durch ihre Eltern und Großeltern zur Wehr setzen wollen? Darf bzw. muss der Staat in Form der Jugendämter eingreifen? Der Klärung dieser Fragen wird sich der folgende Artikel aus juristischer Perspektive annähern.

Ausgangspunkt sind verschiedene verfassungsrechtlich abgesicherte Positionen, die der Staat verpflichtet ist, zu schützen. Dabei stehen insbesondere das Grundrecht der freien Persönlichkeitsentfaltung der Kinder und Jugendlichen im Widerstreit mit dem elterlichen Erziehungsrecht.

¹ Siehe Pressemitteilung des Bundesinnenministeriums vom 31. März 2009. Im Internet unter http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2009/mitMarginalspalte/03/verbot_hdj.html [zuletzt gesehen am 19. Juni 2010].

Grundrechtspositionen von Minderjährigen

Kinder und Jugendliche sind von Geburt an grundrechtsfähig. Diese Grundrechtsfähigkeit wurzelt in der unantastbaren Würde des Menschen (Art. 1 Absatz 1 GG). Der_ die Minderjährige ist ein eigenes Wesen mit eigener Menschenwürde und eigenem Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit (Art. 2 Abs. 1 GG). Darüber hinaus hat jeder Mensch von Geburt an das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Das Grundrecht auf freie Persönlichkeitsentfaltung unterliegt zunächst dem Bestimmungsrecht der Eltern, solange der_ die Minderjährige noch nicht in der Lage ist, eigene Positionen zu entwickeln. Mit fortschreitendem Alter erstarkt jedoch die Selbstbestimmungsfähigkeit und das Interpretationsprimat der Eltern tritt zurück. Dieser zunehmenden Grundrechtsmündigkeit müssen die Erziehungsberechtigten Rechnung tragen. Im Spannungsfeld zwischen Elternrecht und Persönlichkeitsrecht des Kindes hat immer das Wohl des Kindes den Vorrang.

Erziehungsrecht der Eltern

Das Grundgesetz stellt die Familie unter den besonderen Schutz der Verfassung und schützt somit den hohen Stellenwert der Familie in der Gesellschaft.

Der Art. 6 Abs. 2 Grundgesetz räumt den Eltern das Recht und die Pflicht zur Pflege und Erziehung ihrer Kinder ein. Dieses Elternrecht wird in §§ 1626 ff. BGB als elterliche Sorge näher definiert und ausgestaltet. Dabei wird ein bestimmtes Erziehungsziel bewusst nicht verfassungsrechtlich vorgegeben. Die Eltern können ihre Kinder frei von staatlichen Eingriffen nach ihren eigenen Vorstellungen erziehen. Diese Freiheit resultiert aus den negativen Erfahrungen des Nationalsozialismus, indem Eltern ihren Nachwuchs im Sinne der Volksgemeinschaft zu prägen hatten.

Die elterliche Erziehungsgewalt ist aber nicht grenzenlos. So haben Eltern ihre Kinder unter Beachtung der Mindestanforderungen der Sozialethik, bei größtmöglicher Entfaltung ihrer Individualität zur Selbstständigkeit und Selbstverantwortung zu erziehen. Darüber hinaus haben sie das graduell zuwachsende Selbstbestimmungsrecht ihrer Kinder zu beachten. Distanzieren sich Kinder und Jugendliche mit zunehmenden Alter von den politischen Positionen ihrer Eltern, so haben diese das zu akzeptieren und nicht das Recht, ihre Kinder gegen deren Willen zu indoktrinieren.

Erziehungsrecht der Schule

Neben den Eltern genießt nur die Schule einen verfassungsrechtlich verbürgten Erziehungsauftrag. Das Erziehungsrecht der Schule leitet sich aus Art. 7 Abs. 1 Grundgesetz ab und steht dem Elternrecht gleich. Die Bildungs- und Erziehungsziele der Schule leiten sich, aufgrund der Zuständigkeit der Länder für das Schulwesen, aus den jeweiligen Länderverfassungen und Schulgesetzen ab. So ist es in Sachsen erklärtes Bildungsziel, junge Menschen zu einer freiheitlich demokratischen Haltung zu erziehen (§1 Absatz 2 Satz 2 SächsSchulG). Diesem Erziehungs- und Bildungsauftrag nachzukommen, ist Aufgabe und Pflicht der Lehrerinnen und Lehrer, so sehr dies neonazistischen Eltern auch missfallen mag. Diese sind aufgrund der Schulpflicht weder berechtigt, ihre Kinder aus dem Unterricht „zu befreien“ noch deren Mitarbeit zu verweigern. Denn Schulpflicht bedeutet mehr als bloße physische Anwesenheit, sie beinhaltet vielmehr aktives Einbringen in die Unterrichtsgestaltung bspw. in Form von Hausaufgaben.

Stufen staatlicher Erziehung

Die Einflussnahme des Staates auf die Erziehung von Kindern und Jugendlichen erschöpft sich aber nicht in der Schulpflicht und der damit verbundenen Wertevermittlung. Allerdings ist eine weitergehende staatliche Einmischung gegen den Willen der Eltern nur unter engen Voraussetzungen möglich.

So definiert § 1 Abs. 1 SGB VIII ein Recht junger Menschen auf Entwicklungsförderung und Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit, womit die Heranbildung zu demokratischen Bürger_innen gemeint ist. Problematischerweise ist dieser Paragraph als bloße Erklärungsformel ausgestaltet, die juristisch nach überwiegender Meinung nicht als Rechtsanspruch wirkt. So kann beispielsweise ein_e Jugendliche_r keinen Anspruch gegen Jugendhilfeeinrichtung zur Unterstützung ableiten, wenn er_sie sich gegen seine_ihre rechten Eltern zur Wehr setzen will. Der Jugendhilfe sind zunächst die Hände gebunden. Sie hat zwar den eigenständigen Auftrag, die Erziehung junger Menschen zu unterstützen, aber eben im Gegensatz zur Schule keinen eigenen, grundrechtlich verbürgten Erziehungsauftrag.

Eine Einschränkung des elterlichen Erziehungsrechts erfolgt in Art. 6 Abs. 2 Grundgesetz dahingehend, dass über das Elternrecht die staatliche Aufsichtspflicht wacht,

was konkret durch die Jugendhilfe gestaltet wird. Die Jugendhilfe ist damit (verfassungsrechtlich) berechtigt und verpflichtet, im Falle des Missbrauchs einzugreifen.

Dabei gliedert sich der Handlungsbedarf der Jugendhilfe in folgende drei Stufen:



Nichtvorliegen einer Kindeswohlgefährdung

Gewährleisten die Eltern das Kindeswohl, so hat der_ die Minderjährige die Möglichkeit, an Regelangeboten zur Förderung und Erziehung, wie beispielsweise den Besuch von Kindertagesstätten oder Jugendclubs teilzunehmen.

Wird seitens der Erziehungsberechtigten das Kindeswohl nicht gewährleistet (Stufe 2), besteht ein Anspruch der Eltern auf Hilfen zur Erziehung. Eine Nichtgewährleistung liegt vor, wenn sich die Sozialisationslage des_ der Minderjährigen im Vergleich als benachteiligt erweist. Maßgeblich ist dabei ein Vergleich zwischen der konkreten Lebenslage und den potenziellen Entwicklungsmöglichkeiten.

Allerdings haben in diesen Fällen nur die Personensorgeberechtigten Anspruch auf Hilfen zur Erziehung (§§ 27 ff. SGB VIII). Problematischerweise kann der Anspruch auf Hilfen zur Erziehung nicht vom Minderjährigen selbst, obwohl er_ sie Adressat_in der Hilfeleistung ist, geltend gemacht werden. Somit hat der_ die Minderjährige auch bei Einsichtsfähigkeit und selbstformulierten Bedarf nicht die Möglichkeit, Hilfen zur Erziehung wie beispielsweise sozialpädagogische Familienhilfe oder betreutes Wohnen zu erhalten. Denn das Einverständnis bzw. die Geltendmachung des Anspruchs

muss seitens der Eltern geschehen. Dies wird sowohl in der Literatur als auch in der Praxis sehr kritisch gesehen und daher eine gesetzliche Veränderung gefordert.² Erst bei Vorliegen einer Kindeswohlgefährdung kann gegen den Willen von Erziehungsberechtigten gehandelt werden, was eine unnötige rechtliche Schutzlücke für die Minderjährigen hinterlässt.

Kindeswohlgefährdung

Bei Vorliegen einer Kindeswohlgefährdung, der dritten und höchsten Stufe, kann und muss seitens des Staates notfalls auch gegen den Willen der Eltern gehandelt werden. Der Eingriff in das Elternrecht ist verfassungsrechtlich abgesichert. So schränkt Art. 6 Absatz 3 Grundgesetz das Elternrecht dahingehend ein, dass Kinder ihren Eltern dann entzogen werden dürfen, wenn diese versagen oder die Minderjährigen aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.

Kindeswohlgefährdung ist definiert als eine gegenwärtige, in einem solchem Maße vorhandene Gefahr, dass sich bei der weiteren Entwicklung eine erhebliche Schädigung mit ziemlicher Sicherheit voraussagen lässt.³ Dies ist insbesondere der Fall, wenn Eltern das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit, Menschenwürde und/oder Leben des Kindes gefährden. Dies sind unveräußerliche Rechte, deren Schutzgehalt der elterlichen Interpretation entzogen ist. Die Gefährdung ist eine deutlich höhere Schwelle als die „Nichtgewährleistung des Kindeswohls“ und Anhaltspunkte können das äußere Erscheinungsbild, das Verhalten des_der Minderjährigen oder die familiäre Situation sein.

Unter Kindeswohlgefährdung ist daneben auch die missbräuchliche Ausübung der elterlichen Sorge zu verstehen. Diese liegt vor, wenn die persönliche Entfaltungsfreiheit der Kinder und Jugendlichen behindert wird, denn dem im Grundgesetz verbürgten Elternrecht steht das Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit seitens der_ des Minderjährigen aus Art. 2 Abs. 1 GG gegenüber. Der wachsenden Persönlichkeit des Kindes haben die Eltern Rechnung zu tragen.

2 Siehe bspw. Münder u.a. (2006), vor §27 Rn. 6, §1 Rn. 13 ff. oder Bindzus u.a. (1999). S. 191 Rn. 360.

3 Palandt u.a. (2010), § 1666 Rn. 16.

Kindeswohlgefährdung durch völkische Erziehung

Bisher existieren keine öffentlichen Präzedenzfälle, die vorgeben, ob durch eine (neo)nazistische, menschenverachtende Erziehung das Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit von Minderjährigen als eingeschränkt gelten kann und eine Kindeswohlgefährdung vorliegt. Als juristische Vergleichsgruppe dienen daher fundamentalistische Elternhäuser bzw. solche mit Sektenzugehörigkeit. Bei jenen ist nach Maßgabe der Einzelfallbetrachtung eine wesentliche Beeinträchtigung der Entwicklung zu einer eigenständigen und verantwortungsbereiten sowie beziehungs- und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit durch körperliche oder seelische Gewalt anerkannt worden. Insbesondere wurde in solchen Kontexten eine Kindeswohlgefährdung festgestellt, wenn der Erziehungsstil der Eltern autoritär geprägt war und nur auf Gehorsam sowie Unterwerfung unter den elterlichen Willen abzielte.

Eine Kindeswohlgefährdung aufgrund völkischer Erziehung kommt demgemäß in Betracht, wenn es zu körperlichen Bestrafungen, seelischen Verletzungen oder anderen entwürdigenden Maßnahmen kommt. Dies ist der Fall, wenn aufgrund der Ausübung der elterlichen Sorge die körperliche und/oder psychische Entwicklung behindert wird, persönliche Bindungen unterdrückt oder überfordernde Loyalitätskonflikte ausgelöst werden. Insbesondere das Hervorrufen extremer Ängste, überzogene Verhaltensregeln und das Hineindrängen in eine Außenseiter_innenrolle deuten auf eine missbräuchliche Ausübung der elterlichen Sorge hin.

Darstellungen⁴ beispielsweise über die „Heimattreue Deutsche Jugend e.V.“ (HDJ) lassen darauf schließen, dass in solchen Sozialisationskontexten Kindeswohlgefährdungen vorgelegen haben. Die Aussteigerin aus der Neonaziszene, Tanja Privenau, berichtete, dass ihre Tochter in HDJ-Lagern bei Morgenappellen in Reih und Glied antreten musste; Morgenlauf, Liegestütze, Kniebeuge und der strenge, zackige Ton der Betreuer_innen Standard waren. Wer aus der Reihe tanzte, musste zusätzliche Liegestütze machen. Kinder und Jugendliche sollen nach dem Willen ihrer Eltern in solchen neonazistischen Kadenschmieden bereits im jungen Alter gegen, als „schädlich“ deklarierte äußere Einflüsse immunisiert und dem Einfluss einer humanistischen Werteerziehung entzogen werden. Dabei wird nach Innen ein Gemeinschafts- und elitäres „Wir“-Gefühl aufgebaut und nach Außen völkische Abgrenzung betrieben. So werden die freiheitliche Gesellschaft als drogen- und konsumverseucht diskreditiert

4 Die Beispiele im folgenden Abschnitt sind Röpke (2007), S. 38 ff. entnommen.

und die eigene Überlegenheit deklariert. Gegenüber Mitschüler_innen und Lehrer_innen haben sie Schweigen über ihr Doppelleben am Wochenende und in den Ferien zu bewahren. Kinder und Jugendliche werden aufgrund der indoktrinierten Ablehnung jugendlichen Lifestyles in eine Außenseiter_innenposition gedrängt, wobei der Druck auf die Minderjährigen durch dieses Doppelleben unerträglich werden kann.

Aufgrund dieser Beschreibungen ist davon auszugehen, dass das Wohl des Kindes gefährdet ist. Den Minderjährigen wird durch Drill, Gehorsam und körperliche Züchtigung die Möglichkeit zur freien Entfaltung ihrer Persönlichkeit genommen. Darüber hinaus geraten die Kinder in Loyalitätskonflikte, die sie überfordern. Statt das sich Jugendliche selbst einen autonomen Bezirk schaffen, in dem sie lernen, Subjekte ihrer eigenen Entwicklung zu werden, werden sie durch politisch interessierte Kreise zum Objekt gemacht.⁵ Ein solcher Umgang, der auf bedingungslose Disziplin und Autorität angelegt ist, steht der freien Entfaltung der Persönlichkeit eklatant entgegen und stellt eine Gefährdung des Kindeswohls dar.

Dafür, dass auch staatlicherseits solch völkische Indoktrination als Gefährdung des Kindeswohls angesehen wird, spricht die Verbotsbegründung⁶ der HDJ. Dabei führt das zuständige Bundesinnenministerium aus, dass die Zielsetzung des Vereins die Herausbildung einer neonazistischen „Elite“ sei. Unter vorgeblich unpolitischen Freizeitangeboten sollten Kinder und Jugendliche durch die Verbreitung völkischer, rassistischer, nationalistischer und nationalsozialistischer Ansichten ideologisch beeinflusst werden. Das Ministerium erläuterte weiter, dass die Indoktrination und zwanghafte Disziplinierung der Kinder im Sinne des Nationalsozialismus gegen die verfassungsmäßige Ordnung verstoßen und eine Kindeswohlgefährdung darstellen. Allerdings ist diese Gefährdung fallbezogen am Inhalt sowie der Art und Weise der Veranstaltungsdurchführung festzumachen.

Handeln des Staates

Grundrechte können immer nur gegen den Staat und nicht gegen andere Personen gelten gemacht werden. Missbrauchen die Erziehungsberechtigten also ihr Elternrecht bzw. verletzen Grundrechte des_der Minderjährigen, so kann Schutz nur über

5 ebd. S. 15..

6 Vgl. im Internet: http://www.bmi.bund.de/cln_104/SharedDocs/Standardartikel/DE/Themen/Sicherheit/ohneMarginalspalte/verbot_hdj.html?nn=109632 [zuletzt gesehen am 02.07.2010]

den Staat erlangt werden. Dieser ist in Form des Jugendamts zum Eingreifen bei Kindeswohlgefährdung verpflichtet (Schutz- und Wächterfunktion des Staates). Ein Beispiel für eine schnelle Hilfemaßnahme war das Handeln der Behörden im Sommer 2008 in Mecklenburg-Vorpommern bei einem Lager der HDJ: Ordnungs- und Jugendamt ließen gemeinsam mit der Polizei das Camp räumen, da Kindeswohlgefährdungen und Straftaten befürchtet wurden.⁷ Die Kinder wurden nach Auflösung ihren Eltern übergeben⁸.

Nur wenn die Eltern nicht bereit oder in der Lage sind, bei der Abwendung der Gefährdung mitzuwirken und die erforderlichen erzieherischen oder anderen Hilfen in Anspruch zu nehmen, muss das Jugendamt das Familiengericht anrufen. Diese Anrufungspflicht ist in § 8 a SGB VIII verankert, der allerdings nur allgemein von Kindeswohlgefährdung spricht. Gerade in Zusammenhang mit der Indoktrination von Minderjährigen in (neo)nazistischen Familien wurde die Forderung aufgestellt, diese Regelung zu erweitern und Rechtsextremismus explizit zu benennen.⁹

Prinzipiell besteht ein Anhörungsrecht der Minderjährigen bei familiengerichtlichen Entscheidungen. Wird seitens des Gerichts eine Kindeswohlgefährdung festgestellt, so können verschiedene Maßnahmen vom Umgangsbestimmungsrecht mit Dritten über das Aufenthaltsbestimmungsrecht bis hin zum (teilweisen) Entzug der elterlichen Sorge angeordnet werden. Dabei ist grundsätzlich das Prinzip der Verhältnismäßigkeit zu beachten. Da gerade die Eltern-Kind-Beziehung elementar für das Wohlergehen der/des Minderjährigen ist, muss immer die Maßnahme ergriffen werden, die für das Kindeswohl am besten geeignet erscheint. Öffentliche Hilfen sind gegenüber dem (teilweisen) Entzug der elterlichen Sorge unbedingt vorrangig.

Ohne gerichtliche Entscheidung darf die öffentliche Jugendhilfe prinzipiell nicht gegen den Willen der Eltern tätig werden. Sollte allerdings eine dringende Gefahr für

7 Dieser Fall wurde in den Medien breit aufgegriffen, siehe bspw.: Der Spiegel. Wandidyll mit Hakenkreuz. Im Internet unter: <http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/0,1518,571885,00.html> [gesehen am 02. Juli 2010] oder Schweriner Volkszeitung. Ferien unterm Hakenkreuz. vom 12. August 2008.

8 In diesem Lager waren 39 Kinder zwischen acht und vierzehn Jahren anwesend, die entweder eine Einverständniserklärung der Eltern dabei hatten oder deren Eltern mit im Lager waren.

9 Vgl. die Forderungen auf einer Tagung der Amadeu-Antonio-Stiftung (Berlin) und des Bündnis 90/Die Grünen vom 7. Mai 2009 unter dem Motto: „Rechtsextreme Frauen: Alles andere als harmlos“. Im Internet unter: <http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/aktuelles/lola-tagung/> [zuletzt gesehen am 20. Juni 2010].

das Kindeswohl bestehen und die Entscheidung des Familiengerichts nicht abgewartet werden können, ist die Jugendhilfe nicht nur befugt, sondern verpflichtet, den die Minderjährige in Obhut zu nehmen (§ 42 SGB VIII). Eine In-Obhutnahme ist auch auf Bitten des der Minderjährigen möglich (Selbstmelder_in). Auch wenn deren konkrete Dauer nicht gesetzlich geregelt ist, gilt sie nur als kurzfristige, vorläufige Intervention.

Kritikwürdig an der Ausgestaltung des Kinder- und Jugendhilferechts ist, dass jenseits der beschriebenen Optionen wenige Möglichkeiten zur Selbsthilfe der Minderjährigen bestehen. Dieses Problem besteht vor allem für Kinder und Jugendliche, die sich von ihren (neo)nazistischen Familien lösen wollen. So besteht aufgrund mangelnder eigener Ansprüche immer der Zwang, eine Kindeswohlgefährdung seitens des Familiengerichts feststellen lassen zu müssen. Dies ist schon eine immense Herausforderung. Stellt das Familiengericht dann eine solche Gefährdung nicht fest, gibt es nur sehr wenige Hilfeoptionen. Neben der kurzfristigen Inobhutnahme bietet allein § 8 SGB VIII konkrete Beteiligungsrechte an. Danach sind Kinder und Jugendliche entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen zu beteiligen und anzuhören.

Der einzige elternunabhängige Anspruch ist eine Beratung beim Jugendamt gem. § 8 Abs. 3 SGB VIII. Danach können sich Minderjährige auch unabhängig von ihren Eltern und ohne deren Wissen an das Jugendamt wenden. Dieses Gespräch darf seitens des Jugendamtes den Eltern verheimlicht werden, wenn eine Not- und Konfliktlage dies erfordert und die Mitteilung den Beratungszweck vereiteln würde.

Fazit

Die Forderung, völkische, (neo)nazistischer Elternhäuser per se als Kindeswohlgefährdend einzustufen, ist juristisch kritisch zu bewerten. Eine solche explizite Nennung würde die Struktur des § 8a SGB VIII durchbrechen. Vielmehr kommt es auf die konkrete Einzelfallbetrachtung an. Mit der Spezifikation würde dem Familiengericht die Last auferlegt, den politischen Hintergrund der Familien zu durchleuchten und zu bewerten. Dies ginge zu Lasten einer demokratischen Ordnung und Wertevorstellung. Die staatlichen Einflussmöglichkeiten sind über den expliziten Erziehungsauftrag der Schule hinreichend gewährleistet.

Es ist davon auszugehen, dass auch bei (neo)nazistisch orientierten bzw. organisierten Eltern eine große Breite des Umgangs mit Kindern und der Qualität von Eltern-

Kind-Beziehungen existiert. Eine Kindeswohlgefährdung ist nach der hier vertretenen Ansicht nicht allein durch das Aufwachsen im völkischen Milieu gegeben. Die Verfassung garantiert eine Erziehung frei von staatlichen Einflüssen.

Daher sollte in Bezug auf (neo)nazistische Familien bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung jeweils konkret geprüft werden, inwieweit die menschenverachtende Einstellung der Eltern das Selbstbestimmungsrecht der Kinder beschneidet bzw. diese durch Gewalt, autoritäre Unterordnung oder Loyalitätskonflikte geschädigt werden. Nur wenn aufgrund der Erziehung eine körperliche oder seelische Schädigung der Kinder zu erwarten steht, kann und muss der Staat handeln.

Gesetzlicher Handlungsbedarf besteht vielmehr in der Ausgestaltung eigener Rechtsansprüche von Minderjährigen, die sich aus ihren völkischen Familien lösen wollen. So wären neben einem bloßen Beratungsanspruch sowie den kurzfristigen In-Obhutnahmen Maßnahmen zur Hilfe und Betreuung notwendig, auf welche die Minderjährigen gemessen an ihrem Reifegrad einen eigenen Rechtsanspruch haben.

Darüber hinaus sind die jetzigen Möglichkeiten jenseits von den Eingriffsbefugnissen bei Kindeswohlgefährdung intensiver zu nutzen. Vor allem die Schule ist gefordert, ihren Erziehungsauftrag im Sinne von Demokratie sowie Humanismus wahrzunehmen. In der schulischen Bildung und in offenen Angeboten der Jugendhilfe liegen die Chancen, Kindern und Jugendlichen Alternativen zur rechten Einstellung aufzuzeigen und für ein Leben in „Vielfalt statt Einfalt“ zu begeistern. Es muss darüber hinaus verdeutlicht werden, dass allein staatliches Agieren in Form von Jugendamt und/oder Schule Kinder aus solchen Milieus oft nicht erreichen kann. Ein zivilgesellschaftliches Engagement durch Initiativen und Vereine ist notwendig, um das Problem transparent und wahrnehmbar zu machen. Im Idealfall entstehen für die Jugendlichen Ansprechpartner_innen jenseits des „verhassten Systems“ und es öffnen sich (Rück)wege in eine demokratische Gesellschaft.

Literatur:

Bindzus, Dieter, Musset, Karl-Heinz. (1999). Grundzüge des Jugendrechts, Vahlen.

Bundesministerium des Inneren. (2009). BMI verbietet rechtsextremistische HDJ. Im Internet: http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2009/mitMarginalspalte/03/verbot_hdj.html [zuletzt gesehen am 2. Juli 2010].

Lang, Kati. (2009). *Rechtsextreme Erziehung und Kindeswohlgefährdung*. Im Internet: <http://www.lichtblicke.org/elternstaerken2/erziehung.pdf>, [zuletzt gesehen am 20. Juni 2010].

Leffers, Jochen/Titz Christoph. (2008). *Waldidyll mit Hakenkreuzen*. Im Internet: <http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/0,1518,571885,00.html>, [zuletzt gesehen 2. Juli 2010].

Münder, Johannes u.a. (2006). Frankfurter Kommentar zum SGB VIII. 5. Auflage. Weinheim; München.

Palandt, Otto u.a. (2010). *Bürgerliches Gesetzbuch*. 69. Auflage. München.

Raack, Martin. *Wie sind religiös geprägte Erziehungs- und Sozialisationspraktiken im Hinblick auf Kindeswohlgefährdungen einzuschätzen?* Im Internet: <http://db.dji.de/asd/22.htm>. [zuletzt gesehen am 20. Juni 2010]

Handbuch Kindeswohlgefährdung nach § 1666 BGB und Allgemein Sozialer Dienst (ASD). Im Internet: http://db.dji.de/asd/ASD_Handbuch_Gesamt.pdf. [zuletzt gesehen am 20. Juni 2010].

Regina, Rahe. (2009). *Rechtsextreme Frauen. Alles andere als harmlos*. Im Internet: <http://www.ama-deu-antonio-stiftung.de/aktuelles/lola-tagung/> [zuletzt gesehen 2. Juli 2010].

Röpke, Andrea. (2007). *Ferien im Führerbunker*. Braunschweig.

Schmid, Heike, Meysen, Thomas. (2006). *Was ist unter Kindeswohlgefährdung zu verstehen?* http://db.dji.de/asd/F002_Schmid_Meyesen_lv.pdf. [zuletzt gesehen am 20. Juni 2010]. In: Kindler, Heinz u.a. (2006). Handbuch Kindeswohlgefährdung nach § 1666 BGB und Allgemein Sozialer Dienst (ASD).

Schweriner Volkszeitung.(2008). *Ferien unterm Hakenkreuz*. Im Internet: <http://www.svz.de/artikel/article//ferien-unterm-hakenkreuz.html?print=1&chash=8718b179da> [zuletzt gesehen 31.10.2008]

Spürk, Dieter. (2006). *Wie ist die Zugehörigkeit von Eltern/Sorgeberechtigten zu sog. „Sekten“ und „Psychogruppen“ in Bezug auf Kindeswohlgefährdung einzuschätzen?* Im Internet: http://db.dji.de/asd/F023_Spuerk_lv.pdf. [zuletzt gesehen am 20. Juni 2010]. In Kindler, Heinz u.a. (2006). Handbuch Kindeswohlgefährdung nach § 1666 BGB und Allgemein Sozialer Dienst (ASD). Im Internet: http://db.dji.de/asd/ASD_Handbuch_Gesamt.pdf. [zuletzt gesehen am 20. Juni 2010].

Wiesner, Reinhard. (2006). Was sagt die Verfassung zum Kinderschutz? Im Internet: http://db.dji.de/asd/F001_Wiesner_lv.pdf. [zuletzt gesehen am 20. Juni 2010]. In: Kindler, Heinz u.a. (2006). Handbuch Kindeswohlgefährdung nach § 1666 BGB und Allgemein Sozialer Dienst (ASD). Im Internet: http://db.dji.de/asd/ASD_Handbuch_Gesamt.pdf. [zuletzt gesehen am 20. Juni 2010].

„MEIN SOHN IST EIGENTLICH EIN GUTER MENSCH...“

Settings der Elternarbeit im Spannungsfeld Rechtsextremismus. Ein Praxisbericht.

Rechtsextremismus ist ein hochschwelliges und im Bereich Familie tabuisiertes Thema.

In Dresden wurde mit dem Projekt „Recall-Mit Eltern gegen Rechts!“ modellhaft ein Informations- und Beratungsangebot für Eltern von rechtsextrem orientierten oder gefährdeten Kindern entwickelt. Die gewonnenen Praxiserfahrungen sollen in vorhandene Strukturen der Jugendhilfe in Sachsen z.B. in Erziehungsberatungsstellen und offene Angebote der Familienarbeit, übertragen werden.

Die Beratung zielt einerseits auf Eltern, die der Entwicklung rassistischer, antisemitischer, nationalistischer Einstellungen und Handlungen ihrer Kinder kritisch gegenüberstehen und die in ihrem individuellem sowie familiärem Alltag dadurch belastet werden. Nicht selten leiden Eltern unter der menschenfeindlichen Einstellung ihrer Kinder, welche sich zu diesem Zeitpunkt schon sehr häufig im jungen Erwachsenenalter befinden.

Mütter und Väter berichten:

„Es geht darum, dass ich mit der rechten Gesinnung meines Sohnes absolut nicht klar komme und ich es zuerst auf seine pubertäre Phase geschoben habe, mittlerweile aber den Eindruck habe, es könnte mehr daraus werden.“

„Uns ist mit der Zeit das Lachen verloren gegangen.“

„Ich schlafe abends mit dem Gedanken ein und wache morgens mit ihm auf.“

In einigen Fällen zeigte sich auch, dass es Eltern gibt, die den Ansichten ihrer Kinder inhaltlich wenig kritisch gegenüberstehen aber aufgrund befürchteter Sanktionen, wie z.B. der Gefährdung der beruflichen Perspektive, besorgt sind. Andere Eltern wiederum registrierten Verhaltensänderungen an ihren Kindern. Sie wurden

infolgedessen verunsichert oder besorgt, da sie befürchteten, dass ihre Kinder in rechtsextremen Gruppen aktiv seien oder durch rechtsextreme Aktivitäten in ihrem Lebensumfeld gefährdet würden.

Eltern berichteten, dass ihre Sorgen bei der Suche nach Unterstützung wenig beachtet und ernst genommen wurden.

Beispielsweise schildert eine Mutter: „Das Jugendamt hat gesagt, es ist alles in Ordnung bei ihnen. Es wäre ein politisches Problem.“

Eltern bleiben wichtige Bezugspersonen, auch wenn Kinder sich rechtsextrem orientieren und von der Familie ablösen. Das Recall-Projekt bietet die Möglichkeit, Eltern in ihrer Erziehungs- und Selbsthilfekompetenz im Umgang mit ihren rechtsextrem orientierten Kindern zu stärken sowie die Wiedererlangung individueller Lebenszufriedenheit zu unterstützen. Es versteht sich nicht als Ausstiegshilfe für rechtsextrem orientierte Jugendliche.

Neben Eltern wandten sich in geringem Maße auch andere Angehörige, wie z.B. Geschwister, an uns. In vielen Fällen wurden auch einzelne Elternteile bzw. Alleinerziehende beraten. Im Text wird im Folgenden von Eltern gesprochen, um wiederholende Aufzählungen zu vermeiden. Gemeint sind jedoch auch andere Angehörige, Alleinerziehende und einzeln beratene Mütter oder Väter.

Inwieweit eine Unterstützung gelingt, ist maßgeblich von dem Kontext abhängig, in dem sie stattfinden kann aber auch von den Kompetenzen der Berater_innen. Deshalb suchten wir von Anfang an die Kooperation mit anderen Hilfsangeboten, Beratungsdiensten und Institutionen, deren Zielgruppe Eltern und Jugendliche sind, wie z.B. Schulen oder soziale Dienste der Jugendämter. Parallel zur beginnenden Beratungs- und Vernetzungsarbeit absolvierten wir eine Weiterbildung beim Kooperationspartner Kulturbüro Sachsen e.V. In der Folge wurde das bestehende Curriculum weiterentwickelt und anderen Multiplikator_innen in Sachsen angeboten. Rechtsextremismus und Familie ist ein Bestandteil dieses Curriculums, der inzwischen von den Berater_innen des Projekts durchgeführt wird.

Im Folgenden wollen wir über unsere Erfahrungen von den Zugängen zu Eltern und dem Verlauf der Beratungsgespräche berichten.

Statistischer Überblick

Zwischen Februar 2008 und Mai 2010 wurden 60 Anfragen von Eltern und Angehörigen an unser Projekt gestellt. In 50 Fällen kam es zu Erst- und Einmalberatungen, zehn wurden längerfristig begleitet. Insgesamt wurden 83 Beratungen durchgeführt. Die rechtsextremen und rechtsextrem gefährdeten Söhne und Töchter waren zwischen 11 und 21 Jahre alt.

Es wurden Eltern und Angehörige aus unterschiedlichen sozialen Schichten mit verschiedenen Lebensformen erreicht.

Settings

Das Projekt orientiert sich an den individuellen Bedürfnissen der Eltern. Aus diesem Grund sind verschiedene Settings angeboten und erprobt worden.

Eltern können über sozialräumliche Angebote eine Beratung erhalten. Die Berater_innen leisten darüber hinaus landesweit aufsuchende Arbeit. Der wesentliche Grundsatz ist, den Eltern einen sicheren und wertschätzenden Gesprächsraum zu bieten.

Die Gespräche sind offen, die Beratung orientiert sich an den Anliegen der Ratsuchenden. Dabei ist die Rolle der Berater_innen aktiv und reflektierend, indem relevante Inhalte herausgefiltert und benannt werden. Diese Herangehensweise ist in der Erfahrung begründet, dass das Thema Rechtsextremismus nicht für sich steht, sondern immer an andere Themen gekoppelt ist, die mit Biographien, Familiensituationen und -geschichten verbunden sind. Der mehrgenerationale Aspekt spielt in den Beratungen eine wichtige Rolle.

Darüber hinaus wurden interessierte Eltern zur Gründung von einer Selbsthilfegruppe beraten und begleitet.

Die Auseinandersetzung mit dem Thema wurde auch über bürgerschaftliches Engagement ermöglicht. Die Elternberater_innen organisierten eine Lesung zu dem Buch „Wenn Kinder rechtsextrem werden“ von Claudia Hempel und leiteten die anschließende Diskussion.

Eltern setzten sich über die redaktionelle Arbeit an einer Broschüre zu sozialen und kulturellen Angeboten im Sozialraum mit dem Thema Vielfalt im Stadtteil auseinander.

Zugänge

Am häufigsten fanden Eltern den Weg zu uns über zivilgesellschaftlich engagierte Projekte oder Angebote der Jugendhilfe. Andere nahmen das Angebot nach einer Eigenrecherche im Internet in Anspruch. Überwiegend stellten Mütter den Erstkontakt her. Nach rechtsextremen Großveranstaltungen im öffentlichen Raum nahm der Beratungsbedarf zu.

Die Arbeit mit Eltern in niederschweligen, nicht problemorientierten Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe ist ein weiterer Zugang. Insbesondere Eltern aus bildungsfernen Schichten zeigen ihre Problemlagen über interaktive Zusammenhänge an. Angebote, die eine Themen- und Rollenvielfalt ermöglichen, geben ihnen die Möglichkeit, einen Zugang für die eigenen Belange zu wählen. Das Recall-Projekt nutzt demzufolge die sozialräumlichen, nichtproblemorientierten und partizipativen Zugänge der Einrichtungen der Jugendhilfe wie z.B.:

- offene Angebote für Eltern und Kinder,
- Elternbildungs- und Freizeitangebote,
- allgemeine, niederschwellige Beratungsangebote für Eltern.

Der Vertrauensaufbau zur Zielgruppe über einen längeren Zeitraum und in unterschiedlichen Interaktionszusammenhängen bildet die Grundlage für die Öffnung des tabuisierten, hochschwellig-zugänglichen Themas Rechtsextremismus in der Familie. Wird ein Beratungsbedarf sichtbar, werden Übergänge zur Elternberatung durch die Berater_innen gestaltet. Die Beratung erfolgt dann in einem geschützten Rahmen. Das heisst, es wird ein themenbezogenes Gespräch mit den betroffenen Eltern in einem Beratungsraum geführt. Um diesen Prozess zu ermöglichen und erfolgreich zu gestalten, bedarf es sensibilisierter Helfer_innen, Berater_innen und Unterstützer_innen. Wenn Eltern den Schritt gehen, über Rechtsextremismus in der eigenen Familie zu sprechen, ist der innere Leidensdruck bereits sehr hoch. Ihre Not hat schon lange vorher begonnen und wird auf verschiedenen Wegen, zum Beispiel durch Ambivalenz und Unsicherheit, gezeigt. Sensibilisierte Helfer_innen können mit einer gezielten Nachfrage Zugänge herstellen. Insofern sind auch sensibilisierte Helfer_innen selbst als ein Zugang zu betrachten.

Beispiel

Bei einem offenen Angebot einer Einrichtung für Eltern und Kinder wurde von Eltern über eine rechtsextreme Großveranstaltung gesprochen. Dabei erkannten die Berater_innen, dass ein Mitglied in der Familie der anwesenden Frau M. rechtsorientiert ist. Im Verlauf des Gesprächs ging es um den Slogan „Todesstrafe für Kindererschänder“. Frau M. berichtete, dass ihr 16-jähriger Sohn die Absicht habe, sich diesen tätowieren zu lassen. Das wollte Frau M. verhindern. Sie sorgte sich insbesondere um seine Zukunftsperspektiven. Der Sohn soll nach ihren Vorstellungen eine Ausbildung im öffentlichen Dienst absolvieren.

M. beteuerte die nette und intelligente Art ihres Sohnes. Dabei wies sie auch darauf hin, dass er eigentlich „nicht so sei“. Auf die Nachfragen, welche Unterstützungsmöglichkeiten es in ihrem Umfeld gebe, schwieg Frau M. und zeigte Anzeichen von Angst. Da sie nicht in der Gruppe über das Thema sprechen wollte, wurde ihr ein Angebot für ein Einzelgespräch in einem geschützten Raum gemacht, das sie annahm.

Rahmenbedingungen und Qualitätsstandards der Elternberatung

Zur Umsetzung der Beratung wurden von den Mitarbeiter_innen Bedingungen erarbeitet, die erfüllt sein müssen, um eine qualitativ hochwertige Arbeit leisten zu können.

Beratungen erfolgen grundsätzlich durch ein Team von zwei Personen. Dieser Ansatz ist Teil des Sicherheitskonzeptes und schafft darüber hinaus erweiterte Möglichkeiten der Reflexion und des Austausches.

Daneben sind die Fallbesprechung im gesamten Team sowie eine externe Fallsupervision wichtige Qualitätsstandards.

Um den Ratsuchenden einen Rahmen von Sicherheit zu bieten, werden persönliche Daten nicht weitergereicht und anonym gespeichert. Bei Bedarf kann die gesamte Beratung anonym stattfinden.

Das Recall-Projekt ist mit Angeboten vernetzt, die einen niedrighwelligen Zugang zu Eltern bieten, um die hochschwellige Hürde, eine explizite Beratungseinrichtung aufsuchen zu müssen, zu vermeiden. Daneben bestehen eine Vernetzung und der Austausch mit zivilgesellschaftlichen Institutionen und Angeboten der Jugendhilfe.

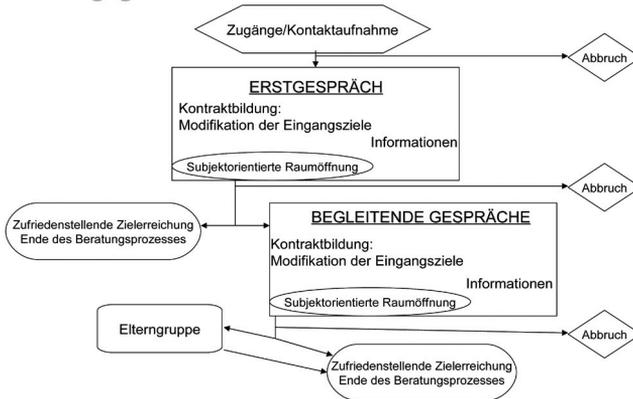
Die individuelle Beratungsarbeit mit Eltern beinhaltet schließlich auch die Orientierung auf lokale Problemlagen wie z.B. rechte Jugendclubs, Aktivitäten Rechtsextremer sowie die Verknüpfung mit demokratiefördernden Initiativen und Ressourcen. Damit setzt das Projekt seine Ausrichtung auf das Gemeinwesen um und versucht so demokratiefördernd zu wirken.

Kenntnisse, wie Fachwissen zum Thema Rechtsextremismus sowie Beratungs- und Jugendhilfeeferfahrung sind für die Berater_innen wichtige Voraussetzungen. Hinzu kommen eine Sensibilität für die Thematik Rechtsextremismus und Familie sowie eine Auseinandersetzung und Positionierung auf individueller Ebene und im Team. Zudem sind Sicherheitsaspekte, über die Beratung in Zweierteams hinaus, abzusprechen. Dazu gehören der Umgang mit eigenen Unsicherheiten und die Entwicklung von Schutzmechanismen. Dieses Vorgehen begründet sich in der Erfahrung, dass organisierte Neonazis bei Kenntnis der Inanspruchnahme einer spezifischen Beratung seitens der Eltern, diese als Bedrohung wahrnehmen und dementsprechend reagieren. Vor diesem Hintergrund bestehen schließlich Kriterien, nach denen ein Gespräch ausgeschlossen ist:

- als Arbeit mit den rechten Jugendlichen selbst,
- als Hausbesuch,
- nach einer Gefährdung der Berater_innen und ihres Umfeldes durch Angehörige der Ratsuchenden.

Zusammenfassung:

- Beratung erfolgt zu zweit
- Datenschutz, Schweigepflichtszusicherung, bei Bedarf Anonymität
- Supervision/ Reflexionsmöglichkeiten für die Berater_innen
- Kenntnisse und Erfahrungen der Berater_innen (Fachwissen Rechtsextremismus, Beratungs- und Jugendhilfeeferfahrung, Sensibilität, Auseinandersetzung und Positionierung sowohl individuell als auch im Team)
- Einbindung und Vernetzung der Beratungsmöglichkeiten in Angebote mit niederschweligen Zugängen und die Vernetzung mit Fachinstitutionen
- Sicherheitskonzept (Unsicherheiten thematisieren, Schutzmechanismen entwickeln)
- Gemeinwesenorientierung
- Ausschlusskriterien entwickeln



Die Gespräche beginnen mit der Herstellung des Kontraktes. Dabei geht es zunächst darum, das Projekt vorzustellen, Rahmenbedingungen mitzuteilen sowie die Ziele der Ratsuchenden zu erfahren. Diese sind anschließend auf eine realistische und gemeinsame Ebene zu führen. Alle Eltern kommen mit dem Wunsch, jemanden zu finden, der ihr Kind ändert, es aus der Szene holt, klare, aufklärende Worte findet. Das Ringen um das Kind steht zentral in ihrem Blickfeld. Dabei nehmen sie die eigenen Handlungsoptionen als sehr begrenzt wahr. Ohnmachts-, Scham- und Schuldgefühle sind spürbar und werden von den Eltern auch benannt.

Eltern sagten:

„Mein Sohn ist eigentlich ein guter Mensch.“

„Können sie nicht mal mit ihm reden. Damit er mal hört, worauf er sich eingelassen hat. Vielleicht kommt er dann dort raus“.

Das Anliegen der Berater_innen ist es, die Eltern sowohl im Umgang mit dem Thema als auch mit ihren Kindern zu stärken und zu unterstützen. Der Fokus der Eltern soll dabei zunehmend auf die eigenen Handlungsmöglichkeiten und -felder sowie die eigene Position gelenkt werden. Ihre Erfahrungen und damit verbundenen Gefühle werden in den Mittelpunkt des Gespräches gerückt.

Um die Vorgehensweise in der Beratung beschreiben zu können, wurde durch die Berater_innen der Begriff subjektorientierte Raumöffnung eingeführt. Dieser kenn-

zeichnet die Methode, die Fokussierung von Eltern auf den Rechtsextremismus ihrer Kinder um die Berücksichtigung anderer bedeutsamer Anliegen und Problemlagen in der Familie zu erweitern. Rechtsextreme Affinität oder Zugehörigkeit wird nicht als isoliertes Phänomen verstanden. Die Erweiterung des Blickfeldes sowohl für andere Probleme in der Familie als auch auf innerfamiliäre und personale Ressourcen ist eine wichtige Voraussetzung, um mit den Eltern im Beratungsprozess neue Handlungsfelder und –möglichkeiten zu erschließen. Wertschätzung und Respekt sowie Verständnis für die Not der Eltern sind Voraussetzungen für die Beratungsgespräche. Nur auf dieser Grundlage entsteht die Möglichkeit einer umfangreichen Beschreibung der Problemlagen durch die Eltern. Die politische Dimension der Lebensgeschichte wird dabei von den Berater_innen beachtet.

In der Beratungsarbeit ergaben sich folgende Inhalte als zentrale Themenfelder:

- Zugehörigkeit des Kindes zur rechten Szene,
- Verlust von Lebensfreude und hohe Anspannung,
- Fremdwerden des eigenen Kindes (verändertes Verhalten, anderer Sprachgebrauch, neue Musik oder Freund_innen usw.),
- Wunsch, das Kind nicht aufzugeben,
- Möglichkeiten der Entwicklung entgegenzusteuern,
- Stärkung im Hinblick auf ambivalentes Verhalten des/der Jugendlichen,
- Ablösung des Kindes vom Elternhaus und Bedeutungszuwachs der Peer Group,
- Angst vor einer Straffälligkeit / Straffälligkeit mit rechtsextremen Hintergrund des Kindes,
- Angst vor Gewalt / Umgang mit Gewalt,
- Schuldgefühle,
- Wunsch nach Austausch mit anderen Eltern,
- rechtsextreme Orientierung als Verführung oder eigene Entscheidung,
- Tabuisierung, Ängste hinsichtlich des Images der Familie im Verwandten-, Freund_innen- und Bekanntenkreis,
- Suche nach anderen Bezugspersonen für ihre Kinder und der Wunsch nach Orientierungs- und Ausstiegshilfen für Jugendliche.

Eltern erzählten:

„Ich komme überhaupt nicht mehr an sie ran.“

„Er ist voller Hass in den Augen, überhaupt nicht mehr wie mein Kind.“

„Ich hatte zum ersten Mal Angst vor meinem Kind.“

„Ich habe Angst, dass er den anderen in der Familie etwas tut.“

„Ich habe mit ihm schon mehrfach über seine Ansichten gesprochen, die sind allerdings haarsträubend“

Neben bzw. in Folge dieser Gesprächsinhalte bestand ein weiterer Teil der Arbeit in der Vermittlung von Informationen. Diese umfassten:

- Informationen zum Thema Rechtsextremismus,
- juristische Informationen (Verbote von Symbolen u.ä.),
- Attraktivität der rechten Szene für Jugendliche,
- Informationen zu Entwicklungen im Jugendalter,
- Vermittlung an andere Unterstützungs- und Hilfsangebote.

Eltern erzählten:

„Was ich eben nicht weiß ist, wie gehe mit der Situation um, um sie nicht zu verschärfen. Denn ich will ihn trotzdem ja nicht fallen lassen und aufgeben. Und somit weiß ich, dass ich mit Gemecker und Vorwürfen nichts erreiche.“

„Ich bin mir nicht ganz sicher, ob er weiß, was er tut. Denn er ist in seiner Pubertät auch auf Identitätssuche, wo man so manchen komischen Weg geht. Allerdings kann auch mehr daraus werden.“

Die Erarbeitung von Handlungsstrategien ist ein weiterer Inhalt von Beratungsprozessen. Aufgrund der Komplexität und Einzigartigkeit von individuellen Lebenslagen gibt es keine Patentrezepte, die zum gewünschten Ziel führen können. Gemeinsam suchen die Eltern mit den Berater_innen nach Wegen, bisherige Handlungsweisen zu reflektieren, eine Entlastung, Strategien im Umgang mit dem Thema sowie Schutz- und Sicherheitsstrategien für sich und die Familie zu finden.

Entlastung kann dann geschaffen werden, wenn Eltern die Erfahrung machen, dass ihnen zugehört wird, sie in ihrer Not Akzeptanz und Wertschätzung erfahren. Dazu gehört auch, dass Schuldgefühle wertfrei angesprochen und bearbeitet, Ressourcen aufgezeigt und sie in einen normalen Lebensalltag bestärkt werden können. Darüber hinaus ist es wichtig, dass Eltern feststellen, dass sie nicht allein mit dem Thema sind. Viele Eltern haben das Bedürfnis, sich mit anderen Betroffenen auszutauschen.

Um eigene Handlungsstrategien zu erarbeiten, sind Kenntnisse zur Entwicklung im Jugendalter sowie die Reflexion bisheriger Verhaltensweisen notwendig: Was war erfolgreich? Was schafft Unzufriedenheit? Wie sieht die eigene Position aus und wie wird sie nach Außen hin vertreten? Viele Eltern unterschätzen die Fähigkeit ihrer jugendlichen Kinder, eigene Entscheidungen zu treffen, besonders, wenn diese erst 12 oder 13 Jahre alt sind. Deshalb sind sie oft überrascht, wenn sie den Weg ihrer Kinder zum Rechtsextremismus als bewusste Entscheidung erkennen müssen.

Zu den Schutz- und Sicherheitsstrategien gehört schließlich, den Umgang mit Ag-

gression und Gewalt des Kindes / Partners zu thematisieren, Eskalationsmuster aufzuzeigen und alternative Verhaltensmuster zu besprechen.

Was ist unterstützend für Eltern?

- informiert sein
- eine eigene Position finden und gegenüber dem Kind thematisieren
- eigene Grenzen setzen
- Eigenschutz entwickeln
- Beziehung zum Kind pflegen
- Unterstützung und Entlastung organisieren

Wenn es innerhalb des Kontrakts zu einer Erleichterung und Erweiterung von Handlungsoptionen kommt, wenn Eltern mit einer Strategie aus der Beratung gehen, dann kann von einer zufriedenstellenden Zielerreichung gesprochen werden.

In einigen Fällen hatten Eltern den Wunsch nach weiterführenden Gesprächen. Die Eltern befanden sich wiederholt in akuten Drucksituationen, woraus sich der Bedarf nach erneuter Unterstützung, Entlastung sowie einer Erweiterung ihrer Handlungsoptionen ergab. Zudem bestand der Bedarf einer erneuten Reflektion der bisherigen Aktivitäten. Diese folgenden Gespräche fanden unter denselben Rahmenbedingungen statt, wie die bisher erfolgten Erstgespräche.

Elterngruppen

Selbsthilfegruppen und Initiativen betroffener Eltern werden als geeignete Möglichkeit angesehen, dass sich die Betroffenen gegenseitig Entlastung verschaffen, Handlungsweisen reflektieren und verändern. Verständnis und gegenseitiger Respekt als Grundlage eines förderlichen Austausches sind aufgrund der gemeinsamen Konfrontation mit der spezifischen Situation, ein rechtsorientiertes Kind zu haben, schnell herstellbar.

Der häufig geäußerte Wunsch nach Vernetzung mit anderen Betroffenen, um die eigene Isolation zu überwinden, wurde durch Selbsthilfeangebote unterstützt. So wurde zum Beispiel ein Treffen mit einer Selbsthilfegruppe aus Berlin ermöglicht.

Beratungspraxis als Spannungsfeld

Die Beratung von Eltern rechtsextremer Jugendlicher ist ein Spannungsfeld mit verschiedenen Ebenen:

- Elternarbeit im Spannungsfeld Rechtsextremismus zwischen Konfrontation und Empathie
- Konfrontation der Eltern mit menschenfeindlichen Einstellungen ihrer Kinder
- Umgang der Eltern mit vermuteter und real vollzogener Gewalt ihrer Kinder
- Pubertät und Rechtsextremismus

Elternarbeit im Spannungsfeld Rechtsextremismus zwischen Konfrontation und Empathie

Eltern sind konfrontiert mit einer Entscheidung ihres Kindes, die sie nicht akzeptieren. Manche wollen sie unbedingt ändern, können es aber nicht. In vielen Fällen herrscht die Auffassung und der Wunsch vor, dass eine externe Person auf das Kind einwirkt und es zur Abkehr von rechtsextremen Gedankengut bewegt. Andere suchen nach einem Umgang. Gemeinsam ist ihnen, dass sie ihre Kinder lieben, Angst um sie haben und eine Veränderung anstreben. Aber sie wissen nicht, wie dies geschehen kann und fühlen sich in der Folge hilflos.

Eltern äußerten:

„Was kann ich jetzt noch machen? Ihn laufen lassen, weil er 18 ist?“

„Am liebsten würde ich ihn einsperren, damit er keinen Mist macht.“ wurden häufig in Beratungsgesprächen geäußert.

Die Berater_innen sind mit den nicht realisierbaren Wünschen der Eltern konfrontiert und stehen vor der Aufgabe, mit ihnen die Modifikation der Ziele auf ein realistisches Maß zu verhandeln. In diesem Prozess kommen beide Seiten nicht umhin, einen klaren Standpunkt zu beziehen und Veränderungswünsche zu benennen. Dabei gibt es Eltern, die eine ambivalente Haltung haben, und es gibt Eltern, die die rechtsextreme Einstellung ihrer Kinder klar ablehnen. Die Positionierung bildet die Grundlage zur Erschließung von Handlungsfeldern und -strategien im Beratungsprozess.

Eltern, die ein ambivalentes Verhältnis haben, in dem sie die rechtsextreme Haltung ihrer Kinder in Gänze oder teilweise vertreten, sind an der Klärung alltagspraktischer Fragen, wie der Verhinderung von gewalttätigem Verhalten und/oder der Wahrung der beruflichen Perspektive interessiert.

Ihnen geht es weniger um eine inhaltliche Auseinandersetzung mit ihren Kindern als vielmehr um deren ungestörte Entwicklung und die Wahrung des sozialen Ansehens der Familie.

Eltern erzählen:

„Was kann ich tun, damit sich mein Kind seine berufliche Entwicklung nicht verdirbt?“
„Wie kann ich verhindern, dass mein Kind gewalttätig wird?“

Eltern, die Rechtsextremismus für sich klar ablehnen, suchen in der Beratung auch nach Formen der inhaltlichen Auseinandersetzung und nach einer Stärkung ihrer Argumentationen.

Die Berater_innen setzen mit der Offenlegung ihrer Position sowie der Vermittlung von Informationen den Rahmen, in dem sie hilfreich sein können. Sie bewegen sich dabei zwischen Empathie für die Eltern, der eigenen Position und der des Teams. Dabei sind der Empathie für die Eltern durch die eigene Haltung und die der Eltern Grenzen gesetzt.

Unter Empathie verstehen wir in diesem Zusammenhang die Fähigkeit, einen anderen Menschen in seinen Einstellungen und Gefühlen, seinen bewussten und unbewussten, seinen kognitiven und emotionalen Prozessen zu erkennen und nachvollziehen zu können.

Sie ist notwendig, um die Sorgen und Nöte der Eltern zu hören und zu verstehen sowie das Ausmaß ihres Leidensdruckes zu erfassen. Empathische Zuwendung vermittelt die Erfahrung von Akzeptanz und Wertschätzung bei den Ratsuchenden. Sie schafft einen Rahmen, in dem Entlastung und Erleichterung für die Eltern und Angehörigen möglich werden, in dem wertfrei Fragen zur familiären Situation angesprochen werden können. Wenn es um die Erarbeitung von Handlungsstrategien geht, ist empathische Zuwendung allein nicht hilfreich.

Wo empathische Zuwendung nicht mehr möglich und/oder hilfreich ist, beginnt Konfrontation. Empathie ist ohne Konfrontation nicht denk- und praktikierbar.

Konfrontation der Eltern mit menschenfeindlichen Einstellungen ihrer Kinder

In vielen Fällen besitzen Mütter und Väter ein von elterlicher Fürsorglichkeit geprägtes Bild ihrer Kinder. Daraus resultiert die Vorstellung, dass diese lediglich in Folge einer externen Verführung dem Rechtsextremismus erlegen sind. Andere, innere Motivationen für nationalistische, rassistische, antisemitische Einstellungen werden zumeist nicht berücksichtigt. Dass die Kinder menschenfeindliche Ansichten vertreten und in diesem Rahmen handeln, klingt in vielen Gesprächen nur unterschwellig an und wird im Alltag vielfach verdrängt. In der Beratung werden die Täterrollen sowie Entscheidungsfindungen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen thematisiert.

Umgang der Eltern mit vermuteter und real vollzogener Gewalt ihrer Kinder

Daneben ist das Thema Gewalt häufig Gegenstand von Beratungen. Sowohl innerhalb der Familien als auch als politisch motivierte Übergriffe. Da hier in der Regel auch ein hoher Grad an Tabuisierung vorliegt, wird durch die Berater_innen zunächst geklärt, inwiefern die Eltern gewaltaffines Verhalten bei ihren Kindern vermuten bzw. erleben. Oft wird verbales oder tatsächlich physisches gewalttätiges Verhalten innerhalb der Familie heruntergespielt bzw. nicht wahrgenommen. Durch die Berater_innen werden diese Handlungen jedoch explizit als Gewalt gekennzeichnet. Eltern reagieren oft überrascht, wenn z.B. Anschreien oder Schubsen als gewalttätiges Verhalten benannt werden. Im weiteren Beratungsverlauf wird nach Strategien im Umgang damit gesucht. Dies kann auch durch eine Vermittlung zu anderen Beratungsangeboten geschehen. Beispielhaft sei im Falle des Bekanntwerdens von häuslicher Gewalt die Vermittlung an ein entsprechendes Beratungsangebot genannt. Die Bereitschaft und Mitwirkung der Betroffenen sind hierbei Voraussetzung.

Wenn sich aus den Schilderungen der Eltern politisch motiviertes gewalttätiges Handeln der Kinder schlussfolgern lässt, wird auch dies benannt. In vielen Fällen reagieren Eltern entsetzt und hilflos. Sie benötigen dann Stärkung um sich zu positionieren und diese Position dann zu vertreten.

Pubertät und Rechtsextremismus

Jugendliche befinden sich in einer Phase der Identitätsfindung bzw. –bildung. Die Ablehnung von familiären und gesellschaftlichen Wertvorstellungen kann Bestandteil dieses Abschnitts sein. Rechtsextreme Symbolik bietet dabei eine Möglichkeit der Abgrenzung oder auch Provokation innerhalb der familiären Sphäre sowie der gesellschaftlichen Umgebung.

Jedoch ist die Wahrnehmung von rechten Einstellungen und Äußerungen als bloße pubertäre Rebellion und Protest zu kurz gegriffen, da rassistische, antisemitische, nationalistische und/oder homophobe Einstellungen keineswegs nur bei Jugendlichen oder jungen Menschen vorzufinden sind. Vielmehr handelt es sich um Denkweisen, die in allen Bereichen der Gesellschaft anzutreffen sind. Insofern muss auch die Möglichkeit berücksichtigt werden, dass sich das Kind für eine rechtsextreme Weltsicht entschieden hat und sein Leben dementsprechend gestaltet. Dies kann dann das Tragen von rechter Symbolik, rassistischen, nationalistischen, antisemitischen, homophoben Äußerungen und die Suche nach einem neuen Freundeskreises beinhalten. Gerade letzteres besitzt in der Phase der Pubertät eine große Gewichtung. In der Abgrenzung zu Eltern ist der Kreis an gleichaltrigen Freund_innen von großer Bedeutung. In der Beratung werden diese Aspekte verdeutlicht, um den Eltern eine realistische Sicht auf ihre familiäre Situation zu ermöglichen und damit verbunden auch Möglichkeiten zum Handeln bzw. Reagieren zu eröffnen.

Ausblick und Entwicklungsoptionen

Aktuell engagiert sich das Bundesmodellprojekt „Recall-Mit Eltern gegen rechts“ für die Verstärkung als Netzwerkstelle im Land Sachsen. Damit sollen Fachkräfte, die Eltern im Spannungsfeld Rechtsextremismus unterstützen, vernetzt und fachlich begleitet werden. Hierzu zählen die Fortführung des Curriculums als auch die Begleitung von Fachkräften, die in ihrer Arbeit mit dem Themengebiet Eltern mit rechtsextremen Kindern konfrontiert sind.

Eine Handreichung für Eltern wird erarbeitet und im September 2010 herausgegeben.

Seit Beginn des Projektes zeichnete sich ab, dass das Beratungsangebot überwiegend von Müttern in Anspruch genommen wird. Väter müssen jedoch als bedeutsame Bezugspersonen für Kinder betrachtet werden. Daher sind sie auch bei der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus wichtig. Ein Projekt, das Eltern mit rechtsextremen Kindern unterstützt, muss versuchen diese Ressourcen zu erreichen und zu aktivieren. In der Beratungspraxis hat sich gezeigt, dass dies nur in geringem Maße umgesetzt werden konnte. Väter besser zu erreichen und einzubeziehen, kann als Herausforderung für die Entwicklung der Elternberatung im Spannungsfeld Rechtsextremismus gesehen werden.

Im Projektverlauf wurde das Arbeitsfeld der Beratung von Eltern mit rechtsextremen Kindern erweitert. Von weiteren Problemlagen im Spannungsfeld Familie und Rechtsextremismus erfuhren wir durch Eltern, die als Jugendliche selbst rechtsextrem orientiert waren oder durch junge Menschen, die rechtsextreme Eltern haben oder durch Eltern mit Sorgerechts- und Umgangsproblemen, weil neue Partner_innen des getrennten Elternteils rechtsextrem aktiv sind.

Für diese Personengruppen ist eine Elternberatung nur bedingt nutzbar, da diese - sozialräumlich orientiert - in anderen Kontexten arbeitet und somit kaum Berührungspunkte zu den sozialräumlichen Standorten dieser Personengruppen aufweist. Um andere Angehörige von Rechtsextremen zu erreichen, wäre es notwendig Beratungskompetenzen in niedrigschwellige Angebote, die die jeweilige Zielgruppe besser erreichen zu implementieren. Bevor dies geschehen kann, müsste jedoch untersucht werden, welche Angebote ansprechend sind und wie die Strukturen dieser aussehen. Eine Analyse hierzu steht bisher aus. Diese wäre jedoch notwendig um bestehende Potentiale zu erkennen und nutzbar zu machen.

Eine E-Mail an Recall:

UNTERSTÜTZUNGSANFRAGE EINER MUTTER

Der geschilderte E-Mail Austausch ist frei erfunden. Name und E-Mail Adresse der betroffenen Frau sind nicht real. Das geschilderte Anliegen steht repräsentativ für die verschiedenen Erfahrungen der Elternberatung. Bei aller Vielfalt und Problemlagen der Eltern stellt der Austausch ein repräsentatives Beispiel dar.

Empfänger: kontakt@recall-sachsen.de

Gesendet: 03.04.2010, 17:19:41

Absender: kerstin.schröter@fake.de

Betreff: Was kann ich tun?

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich habe einen Sohn, der 17 Jahre alt ist. Ich befürchte, dass er sich in der rechten Szene bewegt. Ich mache mir große Sorgen, dass er da weiter reinrutscht und möchte etwas tun. Weiss aber nicht was. Ich komme kaum noch an ihn heran.

Alles begann als wir vor zwei Jahren auf dem Land ein Haus gebaut haben und dort hin gezogen sind. Unser Sohn war immer gegen den Umzug, da er nicht aufs Land ziehen und seine Freunde verlassen wollte. Dann lief es aber doch ganz gut. Anfangs haben wir uns gefreut, dass er im Fußballverein neue Freunde gefunden hat. Seit einiger Zeit hat er sich jedoch sehr verändert. Er ist viel mit den Leuten unterwegs. Auch mit Älteren. Von einem weiss ich, dass er bei den Rechten organisiert ist. Von dem hat mein Sohn auch rechte CD's und Aufkleber bekommen. Seit einiger Zeit, bringt er ständig Sprüche gegen Ausländer, hört auf niemanden mehr, macht nur noch was er will. Oft weiss ich auch nicht wo er ist, da er nicht mehr Bescheid sagt. Wenn es nicht nach seinem Willen geht, wird er schnell wütend und wirft die Türen zu. Ich erkenne ihn dann kaum wieder. Wenn ich ihn auf seine rechten Sprüche anspreche, wiegelt er sofort ab. Ich denke aber, dass da mehr ist. Von Bekannten weiss

ich, dass die Leute mit denen er zu tun hat, eindeutig Rechte sind. Die sind im Ort bekannt. Auch für Schmierereien und kaputte Bushaltestellen. Ich habe große Angst, dass mein Sohn da auch beteiligt ist. Ich will verhindern, dass er straffällig wird und dadurch seine Ausbildung und seine Perspektiven gefährdet. Ich weiss nicht mehr, was ich da noch tun kann. Das beschäftigt mich immer. Für andere Sachen ist kaum noch Zeit. Können Sie mir mit ihren Erfahrungen vielleicht weiterhelfen?

Empfänger: kerstin.schröter@fake.de
Gesendet: 04.04.2010, 10:15:49
Absender: kontakt@recall-sachsen.de
Betreff: Re: Was kann ich tun?

Sehr geehrte Frau Schröter,

vielen Dank für Ihre Nachricht. Nun haben Sie Ihre Situation und Sorgen schon anschaulich geschildert.

Wir möchten Ihnen anbieten, in einem persönlichem Gespräch Ihre derzeitige Lage gemeinsam einzuschätzen und Möglichkeiten eines Umgangs mit der rechtsextremen Orientierung Ihres Sohnes zu finden.

Wenn Sie an einem Gespräch interessiert sind, können wir dies für Sie räumlich nah organisieren. Sie müssten uns mitteilen, welche Stadt gut für Sie zu erreichen ist. Gern können Sie uns zu weiteren Absprachen telefonisch erreichen (0176 101 96 930). Die Beratung ist vertraulich und kostenfrei.

Viele Grüße
Ihr Recall Team

Recall - Mit Eltern gegen rechts!

Ein Kooperationsprojekt von
Verbund Sozialpädagogischer Projekte e.V.
Kulturbüro Sachsen e.V.
Der PARITÄTISCHE Sachsen

FAMILIEN IN AUFRUHR – ENDE EINES NORMALEN FAMILIENLEBENS?

Drei Ansätze von Elternberatung

In meiner Beratungspraxis als Psychologin und Supervisorin konnte ich beobachten, wie Menschen (sowohl Laien als auch Profis im Umgang mit Rechtsextremismus) immer wieder in der Begegnung mit dem Phänomen Rechtsextremismus¹ im Alltag oder der näheren Umgebung stark irritiert sind und mit einem diffusen „Gefühlscocktail“ reagieren: Mehr oder weniger bewusst werden Emotionen von Überforderung, Angst oder Bedrohung, Schuld- oder Schamgefühlen, Verleugnung, Faszination oder Abwehr erlebt. Hintergründe dafür sind meiner Erfahrung nach familiär und gesellschaftlich vererbte Geschichte(n) der insgesamt noch wenig bewusst gemachten und aufgearbeiteten nationalsozialistischen Vergangenheiten. Dieses emotionale Gemisch lähmt oder bringt in Aufruhr. Werden die Irritationen aufgegriffen, kann so angestossen eine Auseinandersetzung zu einem unverkrampften und selbstbewussten Umgang mit dem Phänomen Rechtsextremismus in seinen verschiedenen Facetten führen.

Des Weiteren stelle ich als Psychologin und Elternberaterin in Beratungen mit Eltern und Erziehungsprofis immer wieder fest, wie wenig Erziehung als wechselseitiger Wachstumsprozess von Eltern und Kindern begriffen wird. Dieser verlangt von Erwachsenen, sich immer wieder zu hinterfragen und neu zu orientieren. Es gibt keine Patentrezepte, keine Methoden, die rezeptartig umgesetzt werden können. Während der Entwicklung ihrer Kinder sind Eltern ständig mit neuen Entwicklungsschritten, -phasen und damit verbundenen Aufgaben und Herausforderungen konfrontiert. Sie

1 Zur Definition von Rechtsextremismus: Hülsemann, Wolfram (2007). Rechtsextremismus - oder: Worum reden wir eigentlich? In: Einblicke II. Ein Werkstattbuch. Eigenverlag, Potsdam.
Stöss, Richard (2000). Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin. Wilhelm Heitmeyer (Hg. 2005): Deutsche Zustände. Folge 3. Frankfurt a. M.

treffen immer wieder aufs Neue Entscheidungen, überprüfen das eigene Handeln, gehen neue Wege der Problemlösung. In der öffentlichen Diskussion um Erziehung findet dieser Prozess jedoch kaum Ausdruck. Eine häufig bestehende negative Fehlerkultur mit einer Fokussierung auf das wenige Gelingene als etwas zu Vermeidendes und Peinliches erzeugt eine hohe Anspruchshaltung an Erziehung. Das macht Druck. Mütter und Väter haben immer auch Angst, etwas falsch zu machen. Manchmal haben sie sogar - bewusst oder unbewusst - Angst an den eigenen Kindern zu versagen.

Eltern, deren Töchter oder Söhne sich einer rechtsextremen Szene zuordnen, stehen also vor der doppelten Herausforderung des Umgangs mit zwei gesellschaftlichen Tabus:

1. Wie gehe ich mit dem Phänomen Rechtsextremismus um? (Wie bewerte ich die rechtsextreme Orientierung meines Kindes, wie die rechtsextreme Szene? usw.)
2. Wie gehe ich mit Erziehungskrisen um? (Welche inner- und außerfamiliären Lösungen finde ich für die Entwicklungen meines Kindes? usw.)

Eltern benötigen also die Fähigkeit, das Spannungsfeld „Rechtsextremismus und Familie“ in all seiner Komplexität wahrzunehmen und darüber hinaus den Mut, sich damit angemessen persönlich und gemeinschaftlich innerhalb und außerhalb der eigenen Familie auseinanderzusetzen.

Im vorliegenden Band *„Elternarbeit im Spannungsfeld Rechtsextremismus. Erfahrungen und Perspektiven“* bekommen Sie in der Einleitung von Grit Hanneforth, Hartmut Mann, Sigrid Möser, den Artikeln der Elternberater_innen des Recall-Projektes, dem Artikel der Recall-Arbeitsgruppe und dem von Michael Nattke einen guten Ein- und Draufblick in das Konzept und die Praxis von „Recall – Mit Eltern gegen rechts!“

Um den Recall- Projektansatz für sich deutlicher werden zu lassen und darüber hinaus einen kleinen Ausblick zu geben, stelle ich im Folgenden drei weitere Beratungskonzepte für Eltern im Kontext von Rechtsextremismus vor.² Alle drei sind in der Art der Zugänge zu den Eltern und in ihren Wirkungsmöglichkeiten sehr verschieden.

2 Auf der Internetseite von Komplex Rheinland-Pfalz: <http://www.komplex-rlp.de> [gesehen am 11.06.2010] finden Sie einen Überblick über die in den jeweiligen Bundesländern bestehenden Angebote an Information, Beratung und Begleitung von Eltern und Angehörigen im Kontext von Rechtsextremismus.

1. Online-Beratung für Eltern

Die Koordinaten

Die Online-Beratung gegen Rechtsextremismus des Vereins „Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.“ gibt es seit Mai 2008. Sie wird gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das Bundesprogramm „Vielfalt tut gut“ und die Bundeszentrale für politische Bildung. Die Online-Beratung ist konzipiert als Ergänzung zum bestehenden bundesweiten Beratungs- und Informationsangebot für alle, die sich privat oder beruflich mit rechtsextremen Phänomenen konfrontiert sehen. Sie steht durch Auskünfte, Weitervermittlung, Anregung von Vernetzung vor Ort oder durch eine professionelle psychosoziale Beratung bei verschiedensten Anlässen in Familie, Schule, Sport oder Arbeit zur Verfügung.

Alle Beratungen finden aus Gründen von Daten- und persönlichem Schutz mittels einer Software über einen gesicherten Server verschlüsselt im Internet statt.

(www.online-beratung-gegen-rechtsextremismus.de)

„Unverbindlich verbindlich“: Stärkung der Familie im anonymen virtuellen Raum

„Wie kann ich den Ausstieg meines Kindes befördern?“ „Will und muss ich mir die Berichte der rechtsextremen Demo meiner Tochter anhören?“ „Wann ist meine persönliche Grenze erreicht?“ „Können wir endlich einen normalen Familienalltag gestalten und wie machen wir das konkret?“ „Was habe ich falsch gemacht?“

Eltern mit bunt gemischten familiären oder beruflichen Hintergründen stellen solche Fragen im Rahmen der Onlineberatung. Ihre Gemeinsamkeit: Die Töchter oder Söhne sind (mehr oder weniger) aktiv in der rechtsextremen Szene. Die Anonymität und Sicherheit des Internets, die zeit- und räumliche Flexibilität lassen die Eltern auf den Punkt kommen: Informationen, Anregungen und Unterstützung beim Finden von Lösungen und Alternativen frei Haus und jederzeit.

Einige Eltern schreiben eine einzige E-Mail oder nutzen die Online-Beratung in drei oder fünf E-Mails. Andere nutzen sie als Beratungsprozess über ein Jahr hinweg oder kommunizieren regelmäßig in einem festen monatlichen Gruppen-Chat, einer Art Selbsthilfe- und Therapiegruppe im Netz. Die betroffenen Mütter - seltener Väter - informieren sich und tauschen sich aus, je nach Wunsch anonym, unter einem Pseudonym oder in ihrer wahren Identität. Sie werden durch ein Berater_innenteam von

professionellen Fachkräften moderiert und lösungsorientiert beraten. Je nach Bedarf werden zusätzlich Expert_innen von außen eingeladen, beispielsweise ein Aussteiger oder eine Familientherapeutin.

In der Onlineberatung geht es in erster Linie um die Arbeit an und in der Familie. Das familiäre System soll durch Beratung stabilisiert und entlastet werden, damit es für das Herauslösen des/der Jugendlichen aus der rechtsextremen Szene seinen Beitrag leisten kann. Dazu geht es einerseits um die Stärkung der Auseinandersetzungskompetenz in Bezug auf den Rechtsextremismus, um Auswege aus der Hilflosigkeit, dem Verschweigen und den Machtkämpfen in der Familie, um die Angst vor Stigmatisierung im familiären Freund_innenkreis. Andererseits geht es aber auch um die Verbesserung der familiären Situation ganz allgemein, um mehr Selbstfürsorge der Eltern und um die elterliche Verantwortung jenseits von Scham und Schuld. Die Anonymität scheint diesbezüglich einen Schutz vor Ablehnung und gesellschaftlicher Stigmatisierung zu bieten.

In den Onlineberatungen zeigt sich, dass im Laufe der Beratungen die Eltern positiv gestimmter klingen, sie mehr für sich selbst tun und sich weniger aufreiben in Auseinandersetzung mit den Kindern und deren ideologischen Phasen, kurzum – sie kommen dadurch psychisch besser zurecht .

„Das Highlight einer langfristigen Beratung“, sagt Projektleiter Martin Ziegenhagen, „war der Ausstieg eines jungen Mannes. Für die zunehmende innere Distanz des Sohnes zur rechtsextremen Szene waren bestimmt mehrere Faktoren verantwortlich. Die konsequente Grenzsetzung der Mutter, das Bedürfnis des Sohnes nach Zuwendung durch die Mutter und die Angst um die neue Arbeitsstelle. Hilfreich war in jedem Fall, die Familie wieder miteinander in Kommunikation gebracht zu haben.“

2. Elterninitiative „Eltern gegen Rechts“

Die Koordinaten

„Eltern gegen Rechts“ ist eine der zwei Säulen des Projektes „ElternStärken“ der Netzwerkstelle Licht-Blicke in Berlin-Lichtenberg. Die zweite Säule umfasst den Bereich der dezentralen, berlinweiten Vernetzung und Fortbildung von Multiplikator_innen, wie Lehrer_innen, Erzieher_innen bis hin zu Sozialarbeiter_innen in Beratungsstellen, Kitas, Schulen, Institutionen und Einrichtungen der Jugendhilfe. Träger von „ElternStärken“ ist der Verein pad e.V., der seit 20 Jahren an der Schnittstelle von Ju-

gendhilfe, Sucht- und Gewaltprävention tätig ist. Finanziert wird „ElternStärken“ von der Landeskommission Berlin gegen Gewalt und dem Berliner Senat für Integration und Migration.

(www.lichtblicke-elternprojekt.de)

„Ich bin damit nicht allein!“, aus der Familie hinein in die Öffentlichkeit

„Ein Highlight ist es, wenn eine Mutter zum ersten Mal erlebt, dass andere ihre Situation nachvollziehen können, wenn sie sich mit ihren drängenden Fragen in der Gruppe gut aufgehoben und angenommen fühlen kann“, sagt Eva Prausner, die Leiterin des Projektes.

Die erste Berliner Selbsthilfegruppe und Initiative „Eltern gegen Rechts“ gründete sich im Jahr 2004. Mütter schlossen sich damals für ihr gemeinsames Anliegen zusammen: den Ausstieg ihrer rechtsextrem orientierten und zum Teil auch organisierten Kinder aus der Szene zu erreichen. Ein Dauerbrenner war das Ringen der Eltern um ihre Haltung zu Rechtsextremismus und ihren in der rechtsextremen Szene mehr oder weniger stark organisierten Kindern. Immer wieder tauchte die Frage nach dem Sinn der Handlungen der Mütter und Väter im Alltag, nach ihren Grenzen und ihrem eigenen Schutz auf: Nehme ich der/m Jugendlichen die CDs mit rechtsextremer Musik weg? Öffne ich die Post meines Kindes? Welche Verbote spreche ich aus? Kann ich einen annähernd „normalen“ Familienalltag mit einer guten Beziehung zur/m Heranwachsenden gestalten, ohne den Rechtsextremismus zu verharmlosen?

Die Eltern fragten nach dem Zusammenhang der rechtsextremen Ausrichtung ihrer/s Heranwachsenden und den verschiedenen Zeiten ihrer gemeinsamen Erziehungsgeschichte: Wo hätten Mütter und Väter präsenter sein können? Sie erlebten, wie attraktiv die Sozialisationsangebote der rechtsextremen Szene sind. Was hätten sie tun können, damit er/sie weniger empfänglich dafür gewesen wäre? Wo hätten andere Institutionen hilfreich eingreifen können und müssen? Alle hatten sie die Erfahrung gemacht, wie wenig hilfreich das Schweigen um sie herum war, dass es nach wie vor gesellschaftlich schwierig ist, „darüber“ zu sprechen. Durch die Verharmlosung der frühen Anzeichen rechtsextremer Orientierung ihrer Kinder durch Institutionen wie Schulen und Beratungsstellen fühlten sich die Mütter allein gelassen. An Unterstützung mangelte es ihnen oft auch innerhalb der eigenen Familien.

In den folgenden Jahren gingen die betroffenen Mütter an die Öffentlichkeit, um

ihr Wissen im Kontext von Familie und Rechtsextremismus über mögliche elterliche Erfahrungen und Empfehlungen für eine positive Entwicklung weiter zu geben. Seitdem bieten sie Beratung, Unterstützung und Qualifizierung von Eltern, Multiplikator_innen und anderen Interessierten im öffentlichen Rahmen an. Dies kann die schulische Gesamtelternvertretung sein oder eine öffentliche Veranstaltung im Sozialraum Berlin-Lichtenberg zum Thema „Rechtsextremismus und Familie“. Sie rücken dabei immer wieder ins Bewusstsein: Die Familie spielt als zentraler Ort von Sozialisation junger Menschen sowohl bei der Ausbildung rechtsextremer Orientierung als auch bei deren Bearbeitung eine entscheidende Rolle.

3. Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung - demos

Die Koordinaten

Die Mobilen Beratungsteams des Brandenburgisches Instituts für Gemeinwesenberatung demos arbeiten seit 1993 in sechs Regionalbüros in Brandenburg. Die Arbeit der Mobilen Beratungsteams wird finanziert über das Bundesprogramm „kompetent. Für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ und das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“.

Das Projekt Elternwege-Beratungsweg wurde 2007-2008 finanziert über das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das Bundesprogramm „Vielfalt tut gut“ und das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“.

(www.gemeinwesenberatung-demos.de)

„Raus aus der Familie, hinein ins Gemeinwesen“: vom Betroffenen Sein hin zum Engagement als Bürger_in

„Bei den Freunden meiner Kinder gibt es auf dem Tisch eine Hakenkreuz-Decke. Das macht mir Angst. Was soll ich tun? Sind meine Kinder dort sicher?“ „Der Fußballverein vor Ort spielt am Sonntag in Trikots mit dem Aufdruck einer verfassungsfeindlichen Gruppe. Dieser Verein ist aktiv in der Förderung des Nachwuchses, mein Sohn spielt dort auch Fußball.“ „Die rechtsextreme Mutter will sich in der Elternvertretung der Kita meiner Tochter engagieren. Das will ich nicht. Was kann ich tun?“

Das Mobile Beratungsteam berät alle gesellschaftlichen Initiativen und Einzelper-

sonen - vom besorgten Elternteil bis zur/m haupt- oder ehrenamtlichen/r Bürgermeister_in, vom kreisweiten „Netzwerk für Toleranz“ bis zur örtlichen freiwilligen Feuerwehr, vom Unternehmen bis zum Landrat. Ziel ist die Stärkung und Entwicklung einer umfassend demokratisch verfassten Gesellschaft. Die Beratungsanlässe des Brandenburgischen Instituts für Gemeinwesenberatung sind demzufolge sehr unterschiedlich und heterogen. Mütter oder Väter werden nicht vorrangig als Zielgruppe angesprochen, aber werden immer mitgedacht als Bürger_innen der Dörfer und Kleinstädte, als Nachbar_innen oder Engagierte, die auf unterschiedliche Art beschäftigt sind mit dem komplexen Spannungsfeld Rechtsextremismus in Gemeinwesen. Dirk Wilking, der Leiter des Instituts, spricht von „Problem-Amalgamen“, einer Vermischung verschiedener Inhalte und Themen des Gemeinwesens: Bei der Vorbesprechung mit der Bürgermeisterin für den Informationsvortrag in der Gemeindeverwaltung über die vor Ort bestehende rechtsextreme Szene stellt sich z.B. heraus, dass der Sohn der Bürgermeisterin in der lokalen rechtsextremen Szene organisiert und fest verankert ist.

Mobile Beratung sei erfolgreich, „wenn die Menschen vor Ort das Thema Rechtsextremismus besprechbar machen und ins Miteinander Tun kommen“: Aus einem Engagement „gegen“ Rechtsextremismus im Sportverein könne dann ein Engagement für die Nachwuchsförderung durch die demokratische Beteiligung der betroffenen Jugendlichen werden. Oder durch einen mehrjährigen Beratungs- und Interventionsprozess mit dem gesamten Gemeinwesen kann die erfolgreiche gesellschaftliche Reintegration einer Frau erfolgen, die 20 Jahre zuvor selbst rechtsextrem straffällig geworden war.

2007-2008 wurden die Mobilen Beratungsteams durch das Beratungsprojekt Elternwege-Beratungswege mit dem Ziel der Stärkung der Erziehungskompetenz(en) vor Ort im Gemeinwesen unterstützt. Als eine Art „Mobiles Beratungsteam in Erziehungsfragen“ förderte Elternwege-Beratungswege³ Vernetzung und Selbsthilfekultur von Eltern und Erziehenden in Familien (Elternwege) und Gemeinwesen (Beratungswege). Eltern wurden hier in aufsuchenden Beratungen gezielt als aktiv Handelnde im Gemeinwesen angesprochen, gestärkt und ermutigt. So konnte sich z.B. aus einer Informationsanfrage besorgter Eltern anlässlich einer rechtsextremen Unterwanderung des lokalen Jugendclubs das Engagement von Eltern und Heranwachsenden für die gemeinsame Neugestaltung des dörflichen Jugendclubs entwickeln.

3 Reichmann, Katarina (2010): „Eltern mischen mit. Ergebnisse aus dem Pilotprojekt Elternwege-Beratungswege.“ In: Dirk Wilking, Michael Kohlstruck (Hg.), „Einblicke III. Ein Werkstattbuch.“ Eigenverlag. 208 Seiten. Potsdam, Januar 2010

Zum Schluss

Nur kurz skizziert, wird hier das breite Spektrum der Elternberatung im Kontext von Rechtsextremismus in drei sehr unterschiedlichen Beratungsangeboten deutlich: Anonymität als Schutz, Rückenstärkung für den deutlichen Schritt in die Öffentlichkeit oder Förderung von Engagement im Gemeinwesen vor Ort – elterliche Auseinandersetzung mit „Rechtsextremismus und Familie“ drei mal anders. Drei mal gleich bleibt das Angebot von Hilfe für Eltern und Familien: Die Unterstützung, das Verschweigen und Tabuisieren rechtsextremer Orientierung und Einstellung von Kindern inner- und außerhalb von Familien zu „bereden“, und somit familiären und gesellschaftlichen Normalisierungstendenzen entgegen zu wirken.

Von besonderer Bedeutung im Kontext jeder Elternberatung ist immer die Frage der Ansprache von Eltern: Wie wird welche Form von Elternberatung angeboten und wie ist sie eingebunden in die Lebenswelt von Familien? Was erleichtert Eltern trotz der beschriebenen doppelten Tabuisierung das Anfragen und Annehmen von Beratung? Auch die Chance des Auffindens des Beratungsangebotes für Eltern ist wichtiges Kriterium: Langfristig angelegte Angebote werden Eltern eher bekannt werden und sind damit erreichbarer als kurz- und mittelfristig konzipierte Projekte.

Geldgeber_innen sind gefragt, langfristig und mit Ausdauer in Beratungsangebote zu investieren, um Wirkungen zu erzielen und diese zu verstetigen. Mut ist v.a. dann gefragt, wenn der Beratungserfolg in Fallzahlen kaum zu evaluieren ist. Professionelle und nachhaltige Beratung (nicht nur) im Kontext von Rechtsextremismus und Familie braucht verlässliche Rahmenbedingungen, das beobachte ich immer wieder in meiner Coaching- und Supervisionspraxis: Können Fachkräfte und Berater_innen auf verlässliche Arbeitsstrukturen⁴ zurückgreifen, so werden sie ihr Fachwissen und ihre Expertise gewinnbringend einsetzen, um Eltern in Erziehungskrisen stärkend zur Seite zu stehen. Besonders wichtig ist dies im Kontext von Rechtsextremismus: Sind Berater_innen durch ihre Arbeitsstrukturen versichert und stabilisiert, werden sie die oben angesprochenen „Gefühlscocktails“ selbstreflexiv begreifen, professionell beraten und den verunsichert-suchenden Eltern Stabilität und Sicherheit geben. So können die „Familien in Aufruhr“ schrittweise ihr „normales Familienleben“ zurückgewinnen.

4 Darunter verstehe ich v.a. unbefristete Arbeitsverträge, eine angemessene Entlohnung und fachliche Standards wie Supervision und Fortbildung.

SOZIALE ARBEIT MIT TÄTERSYSTEMEN

Die Elternarbeit im Spannungsfeld von Neonazismus, Rassismus und völkischem Nationalismus ist eine Aktivität, welche die unmittelbaren Beziehungsnetzwerke neonazistischer oder rechtsaffiner Jugendlicher in den Fokus nimmt. Es findet ein direkter Kontakt mit ihren Angehörigen und/oder Eltern und damit eine aktive Intervention in die unmittelbare Lebenswelt von jungen Neonazis statt. In den nachfolgenden Überlegungen soll dieses familiäre Beziehungsnetzwerk als ein Tätersystem bezeichnet werden. Die Soziale Arbeit mit Tätersystemen geht weit über den üblichen Rahmen von Eltern- und Familienberatung hinaus und zeichnet sich durch spezifische Fragestellungen und Problemlagen aus. Sie unterscheidet sich dabei auch grundlegend von der Arbeit mit den Täter_innen selbst. Die Erfahrungen und der Umgang mit diesen Herausforderungen sollen nachfolgend exemplarisch am Modellprojekt „Recall-Mit Eltern gegen rechts!“ ausgeführt und zur Diskussion gestellt werden.

1. Warum ist es zweckmäßig, die Familien von Neonazis als ein Tätersystem zu betrachten?

Die Familie ist nicht der einzige Bereich, welcher Einfluss auf die politische Sozialisation von Jugendlichen nimmt. Eine Vielzahl von Faktoren ist in die Betrachtungen um eine neonazistische, rassistische, antisemitische oder sexistische Grundhaltung junger Menschen einzubeziehen. Birgit Rommelspacher weist insbesondere auf Peer-groups, Musik, die niedrigschwiligen Einstiegsmöglichkeiten und das Machtmotiv hin, welche bei der Entscheidung der Jugendlichen für neonazistisches Gedankengut entscheidende Rollen spielen.¹ Christine Schmid konnte in ihren Untersuchungen aufzeigen, dass Zusammenhänge zwischen politischer Gewaltbereitschaft und Konflikten im Elternhaus bestehen können, der Gleichaltrigenkontext allerdings nicht zu vernachlässigen ist.² Um aus den gruppenfeindlichen Einstellungen junger Menschen

1 Rommelspacher, Birgit. In diesem Band.

2 Schmid, Christine. In diesem Band.

manifeste politische Überzeugungen werden zu lassen, sind Angebote neonazistischer Menschen oder Organisationen förderlich. Wie Andreas Speit aufzeigte, ist die Angebotspalette, welche die Attraktivität der modernen Neonazi-Szene ausmacht, facettenreich und anpassungsfähig.³

Nach Auffassung zahlreicher Autor_innen sind emotionale und soziale Beziehungserfahrungen in der Familie sowie deren subjektive Verarbeitung von elementarer Bedeutung für die Herausbildung rechtsextremer Einstellungen.⁴ Als bedeutsam werden darüber hinaus auch Gewalterfahrungen in der Familie beschrieben.⁵ Reiner Becker konstatierte in einer umfangreichen Studie zur Interaktion und Kommunikation rechter Jugendlicher mit ihren Eltern, dass in den Familien von Jugendlichen mit einer sehr ausgeprägten rechtsextremen Einstellung überhaupt nicht oder nur sehr selten über politische Themen gesprochen werde. Dies gehe oft mit der Einschätzung der Jugendlichen einher, dass mindestens ein Elternteil eine eher „linke“ politische Meinung habe. Eine zweite Gruppe rechter Jugendlicher gibt an, dass die Einstellungen der Eltern den eigenen sehr ähnlich seien. Ebenfalls eruiert wurde die Einschätzung der Jugendlichen, dass ein Elternteil eher „links“ sei und es trotzdem zahlreiche Gespräche über Politik gebe. Hierbei wurde von den Jugendlichen der Versuch unternommen, die Eltern von den eigenen politischen Anschauungen zu überzeugen. Nach Becker geht es bei der Analyse des familialen Umgangs mit Rechtsextremismus neben den Fragen der politischen Sozialisation auch um die Beziehungsqualitäten und Erziehungspraxen in den Familien.⁶ Diese Erkenntnis deckt sich mit den Ergebnissen anderer empirischer Studien.⁷

Der Autor des Textes geht davon aus, dass junge Neonazis keine fremdgesteuerten oder verführten Opfer von geschulten Ideolog_innen sind, sondern aus eigener Überzeugung und mit eigener Verantwortung die Entscheidung getroffen haben, sich einer politischen Gruppe anzuschließen, die die eigenen politischen Ideen mindestens in Teilen umzusetzen vorgibt. In der Regel werden diese Gruppen von ihren Mitgliedern maßgeblich mitbestimmt und gestaltet. Diese freien Entscheidungs- und Verantwortungsprozesse sollen auch jungen Menschen nicht abgesprochen werden.

3 Speit, Andreas. In diesem Band.

4 Decker/Brähler (2006). S. 102 ff.; Hopf/Rieker/ Sanden-Marcus/Schmidt (1995). S. 129 ff.

5 Baier/Pfeiffer/Simonson/Rabold (2009). S. 126 ff.

6 Becker (2010). S. 11 ff.

7 Vgl. u.a. Schmid in diesem Band.

Es ist davon auszugehen, dass Jugendliche ihre politische Orientierung sehr bewusst wählen.⁸ Neonazis sind unabhängig von begangenen Straftaten Täter im nicht-juristischen Sinne. Täterschaft ergibt sich aus der Ablehnung der fundamentalen Gleichheit von Menschen und den damit einhergehenden Konsequenzen. Den Kern neonazistischer Ideen bildet eine Ideologie, welche Menschen auf Grund von Herkunft, Hautfarbe, Religion, Geschlecht oder sexueller Orientierung ungleich bewertet. Oft wird dieses Denken durch die Akzeptanz von Gewalt als legitimes Mittel zur Erreichung politischer oder persönlicher Ziele ergänzt.

In Anlehnung an die Ausführungen von Christina Thürmer-Rohr zu den Veränderungen der feministischen Gewaltdebatten ist für die Eltern und Angehörigen neonazistischer Jugendlicher festzustellen:

Familien „sind beteiligt, sofern sie die Verhältnisse dulden, nicht eingreifen, sich verstecken, sich nicht zuständig sehen, sich arrangieren und so selbst zum unentbehrlichen ergänzenden oder verstärkenden Bestandteil des ganzen Ensembles werden.“⁹

Die Überlegungen von Feminist_innen sollen insofern auf das vorliegende Spannungsfeld übertragen werden, dass diese Mittäterschaft eine Denkform darstellt, die auf eine Wert-Demontage setzt und als eine Art von moralischer Schuld in Form von Handlungen und Haltungen in der Familie abzielt.¹⁰ Diese Mittäterschaft spricht den jungen Neonazi in keiner Weise von der eigenen Verantwortung für sein/ihr Denken und Tun frei. Erst durch ihr selbstbestimmtes Entscheiden und Handeln wird es überhaupt möglich, dass die Familie zu einem Tätersystem wird. Auch soll damit nicht der großen Belastungen und Anstrengungen widersprochen werden, die viele Eltern, welche das Recall-Beratungsangebot aufgesucht haben, verbindet.

Eine Familie ist darüber hinaus mehr als die Beziehung zwischen Eltern und Kindern. Auch Großeltern, Geschwister oder andere nahe Verwandte können an der Entstehung oder Manifestation gruppenfeindlicher Einstellungen beteiligt sein. Das Aufsuchen des Beratungsangebotes von „Recall-Mit Eltern gegen rechts!“ ist ein erster Schritt, sich mit diesen Verhältnissen nicht mehr abfinden oder arrangieren zu wollen. Ein Ausstieg aus einem Tätersystem ist mit der Inanspruchnahme des Beratungsangebotes für die Eltern jedoch nicht automatisch gegeben. Dass die Familie im Spannungsfeld von Neonazismus, Rassismus und völkischem Nationalismus, als

8 Vgl. u.a.: Shell Deutschland Holding. (Hg.). (2006).

9 Thürmer-Rohr (2003). S.20.

10 Thürmer-Rohr (1989). S. 12-21.

Tätersystem verstanden wird, meint, dass sie nicht frei von Mitwirkungs- und Einflussmöglichkeiten auf den die Täter_in ist. Dabei ist der stark begrenzte Einfluss von Eltern auf pubertäre oder jugendliche Kinder zu berücksichtigen. In einem Beratungsangebot für Familienangehörige von organisierten Neonazis oder rassistischen Gewalttäter_innen kann es nicht in erster Linie um die Veränderung der Peer-Groups der delinquenten Person oder ausschließlich um die Veränderungen der politischen Kultur gehen. Mittelpunkt ist das Potenzial des Sozialisations- und Beziehungsortes Familie selbst. Dazu ist es notwendig, diese als eigenes oder Teilsystem innerhalb einer komplexen Systemwelt zu sehen. Im Verständnis systemischer Beratung erschaffen Probleme die Systeme und nicht andersherum. Die Rekursivität sozialer Prozesse bedingt, dass das Verhalten des Einzelnen durch das Verhalten der Anderen mitbestimmt wird und ein wechselseitiges Aufeinandereinfließen stattfindet. Es bestehen keine Kausalitäten zwischen dem Verhalten der Eltern und dem Handeln der Kinder, aber es gibt Interaktionsstrukturen, welche identifizierbar sind. Hieraus ergeben sich Muster, die es zu verändern gilt. Dies ist nicht möglich, ohne die Selbstreflexion der eigenen Verantwortung und Ressourcen der Familie als ein Teil des Gesamtproblems.

In den Elternberatungsprozessen des Modellprojektes „Recall-Mit Eltern gegen rechts!“ eröffneten die betroffenen Eltern das Erstgespräch häufig mit dem Satz: „Mein Sohn ist eigentlich ein sehr guter Mensch, aber...“. Danach folgte eine Vielzahl von Rechtfertigungen, die größtenteils nachvollziehbare Elemente in der Rekonstruktion der Gründe für die Gesinnung der Kinder darstellten. Diese Bausteine bildeten die gesamte Breite der oben beschriebenen Faktoren zur politischen Sozialisation von Jugendlichen ab. Oft waren es aber einfach nur „die neuen Freunde“, „der ältere Nachbarsjunge“ oder andere externe Personen, die für die neonazistischen Äußerungen oder Handlungen des Sohnes oder der Tochter verantwortlich gemacht wurden. Der hohe Einfluss von Peer-Groups auf rassistische, antisemitische oder sexistische Einstellungen und Verhaltensweisen konnte in zahlreichen empirischen Studien nachgewiesen werden.¹¹ In der Konstellation des Elternberatungsgesprächs kann das Abschieben der Verantwortung auf die Peer-Groups allerdings einer systematischen Ablenkung vom eigenen Anteil an der politischen Entwicklung des Kindes dienen. Die Reflexion eigener Mitverantwortung für die politischen Einstellungen oder Handlungen der Kinder fand in der Beratungspraxis entweder nur äußerst marginal oder in Form ohnmächtiger Schuldgefühle statt. Reflektierte Haltungen trafen die Berater_innen nicht an. Die Familie als ein Tätersystem zu begreifen, ist nicht mit

11 Vgl. u.a.: Shell Deutschland Holding. (Hg.). (2006).

der Zuweisung von Schuld zu verwechseln, sondern ermöglicht die Reflexion der eigenen Mitverantwortung innerhalb sozialer Prozesse.

2. Der Umgang der Eltern mit den gruppenfeindlichen Einstellungen und dem neonazistischem Verhalten ihrer Kinder im Beratungsprozess

Eine fremdenfeindliche, rassistische, antisemitische, nationalistische, homophobe, sexistische oder andere gruppenfeindliche Orientierungen sind oft die Grundlage für neonazistisches Verhalten. Im Gegensatz zu diesem sind die Einstellungen jedoch viel seltener ein Anlass für öffentliche Empörung oder gezieltes Intervenieren. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist in allen Bevölkerungsschichten unterschiedlich stark vorhanden.¹² Nur in wenigen Ausnahmefällen waren die Einstellungen der Kinder ein Thema, dass von den Eltern in den Beratungsgesprächen selbst problematisiert wurde. Überwiegend wurde der Anschein erweckt, dass erst die entsprechenden Verhaltensweisen und daraus resultierenden Konsequenzen die Ursache für das Aufsuchen externer Hilfe darstellen. Einige Male teilten Eltern einzelne Aspekte der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. In Einzelfällen berichteten Mütter von Vätern, die selbst der Neonazi-Szene angehören. Diese praktischen Erfahrungen des Recall-Projektes decken sich mit den Ergebnissen der Untersuchungen von Reiner Becker. Er konstatiert, dass eine entsprechende Einstellung nur in Ausnahmefällen zu Interventionsbemühungen der Eltern führt: „Alle anderen >begnügten< sich damit zu verhindern, dass die Jugendlichen allzu exponiert ihre rechte Gesinnung zur Schau tragen.“¹³

Die Frage, ob das eigene Kind an der Ausübung neonazistischer Gewalt bereits beteiligt war, ist in den Beratungsgesprächen des Modellprojektes „Recall-Mit Eltern gegen rechts!“ oft ein zentraler Aspekt gewesen. Es handelt sich um einen Grundkonflikt, mit welchem Eltern zu kämpfen haben und der sich in den Gesprächen mit ihnen deutlich widerspiegelt: Ist mein Kind Gewalttäter_in? Das Thema ist im Rahmen des Beratungsangebotes von einer starken Ambivalenz gekennzeichnet. Einerseits ist die Befürchtung, dass das eigene Kind bereits in neonazistische Gewaltaktionen verwickelt war, bei den Eltern deutlich zu spüren. Nicht selten wurde in den Gesprächen augenfällig, dass die Kinder eindeutigen politischen Zusammenhängen angehören, bei denen eine Ablehnung von Gewalt zur Durchsetzung der eigenen

12 Heitmeyer (2003-2010).

13 Becker (2010). S. 14.

politischen Ziele sehr unwahrscheinlich ist. Auf der anderen Seite sind die Eltern beim Kontakt mit den Recall-Berater_innen massiv darum bemüht, eine Reihe von vermeintlichen Indizien dafür zusammenzutragen, dass das eigene Kind kein_e Gewalttäter_in sei. Oft wurde dabei auch die Erwartung an die Recall-Berater_innen markant, den Eltern auf dieser Grundlage zu bestätigen, dass das eigene Kind noch nicht zum Kreis neonazistischer Gewalttäter_innen zu zählen sei. Die Palette der Verarbeitungsformen bei den Eltern ist dabei sehr breit. Sie reicht von unscheinbaren Bemerkungen in Nebensätzen bis hin zu verzweifelten Szenarien, die den Elternberater_innen präsentiert werden. So gab eine Mutter im Gespräch wieder, dass sie ihren Sohn absichtlich stark provoziert habe, um zu testen, ob er ihr gegenüber gewalttätig werde. Die Tatsache, dass er sie nicht geschlagen habe, war für sie der beruhigende Beweis, dass der Sohn keine Gewalt anwende. Die Mutter wollte diese Einschätzung von den Recall-Berater_innen bestätigt haben. In anderen Fällen wurde Gewalt bagatellisiert, um sie nicht als solche erscheinen zu lassen. So schilderte eine Mutter, wie ihr Sohn einen Familienangehörigen in der elterlichen Wohnung durch den Flur geschubst habe, so dass der Angegriffene zu Boden fiel. Diese Handlung des Sohnes wurde durch die Mutter insofern als positiv bewertet, dass er keine Schläge ausgeführt und damit ihrer Meinung nach keine Gewalt ausgeübt habe.

Einige Eltern versuchen der expressiven Zur-Schau-Stellung der neonazistischen Einstellungen ihrer Kinder in der Öffentlichkeit mit strengen Verboten und Sanktionen zu begegnen. Ein Familienvater berichtete z.B., dass er der Freundin seines Sohnes verboten habe, eine Jacke mit SS-Runen zu tragen, wenn sie mit ihm in der Öffentlichkeit verkehre. Er drohte an, den Kontakt zwischen den Beiden bei Zuwiderhandlungen zu verbieten. Von einigen Eltern wurde dabei nicht mehr im Auge behalten, dass diese Art von Drohungen nicht kontrollier- oder durchsetzbar sind. Diese Reaktionsformen gingen bei einigen beratenen Eltern mit dem Versuch der Überwachung und Kontrolle über das jugendliche Kind einher.

In Fällen, in denen die Kinder von Rat suchenden Eltern bereits Gewalt ausgeübt hatten und deshalb z.B. vor einem Gericht angeklagt wurden, drehte sich das besorgte Denken der Eltern nahezu ausschließlich um das eigene Kind und die vermeintlichen Konsequenzen der Tat. Es wurde sich um die Zukunft des eigenen Kindes gesorgt, dass es auf Grund einer Verurteilung in Haft müsse oder wegen der Vorstrafe Probleme bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz habe. Nur in wenigen Einzelfällen empfanden Eltern Empathie für die Opfer der Gewalttaten ihrer Kinder. Eine Auseinandersetzung mit den Taten aus Opferperspektive findet nur sehr begrenzt statt.

3. Anforderungen an die Arbeit mit Tätersystemen am Beispiel der Elternberatung im Modellprojekt

Um im Sinne professioneller systemischer Beratung in das Tätersystem zu intervenieren, ist es notwendig, die Räume familialer Interaktion und Kommunikation zu identifizieren und von diesen ausgehend individuelle Handlungsansätze zu entwickeln. Becker hat in seinen Untersuchungen vier typische Interaktions- und Kommunikationsräume rechter Jugendlicher mit ihren Eltern abgebildet. Die Spannweite reicht dabei von geschützten Räumen, in denen eine positive und offene Beziehung zwischen den Eltern und ihren Kindern besteht, über Konstellationen, in denen sich die Familien so eingerichtet haben, dass mit einem überschaubaren Handlungsrepertoire gearbeitet wird, welches keinen Anlass für Konflikte bietet, bis hin zu stark gefährdeten oder verlassenen Kommunikationsräumen, in denen große Belastungen auszuhalten sind. „Unsicherheiten und Uneindeutigkeiten oder gar das Schweigen über die *>rechte<* Gesinnung des Jugendlichen bei gleichzeitiger Radikalisierung seiner politischen Orientierung können dazu führen, dass die beteiligten Akteure den familialen Interaktions- und Kommunikationsraum – zumindest auf diese Auseinandersetzung bezogen – *verlassen*.“¹⁴ Es geht laut Becker bei der Sozialen Arbeit mit dem Tätersystem Familie um die Analyse der Ressource des familialen Beziehungskapitals.

Professionelle Familienberatung im Spannungsfeld Rechtsextremismus kann einen Anteil dazu beitragen, diese Ressource nutzbar zu machen, um einen unterstützenden Beitrag für die Reduzierung rechtsextremen Einstellungspotenzials zu leisten. Dabei sind auch die Prozesse der zunehmenden Autonomie von jungen Erwachsenen und der damit einhergehenden Ablösung vom Elternhaus zu beachten.¹⁵ Die Beratungspraxis kann sich demzufolge auch in einer Unterstützung der Eltern bei diesem Prozess bewegen. In zahlreichen Beratungsfällen wurde auf Grundlage der Problembeschreibungen der Eltern festgestellt, dass eine Rückkehr zu einem geschützten Interaktions- und Kommunikationsraum mit Einflussmöglichkeiten auf den oder die jungen Neonazis in der vorliegenden Konstellation sehr unwahrscheinlich scheint. Hier sind die Berater_innen angehalten, die Eltern in dem schwierigen Prozess des Distanzaufbaus zum eigenen Kind zu unterstützen. Ein Ausstieg aus dem Tätersystem Familie ist für Eltern in dieser Konstellation nur durch eine deutliche (auch

14 Becker (2010). S. 19

15 Becker (2010). S. 14. Schuster/Uhlendorff (2009). S. 288 ff.

räumliche) Distanzierung möglich, die dem jungen Menschen durch die Eltern nachvollziehbar kommuniziert werden sollte. Im Sinne systemischer Familienberatung geht es hierbei um die Unterstützung der Eltern bei der Akzeptanz des momentan Unveränderbaren. Eine Rückkehr zu einem Bindungsort Familie ist in diesem Fall an klare Bedingungen zu knüpfen. Im Falle von vorhandenen geschützten Interaktions- und Kommunikationsräumen zwischen Eltern und ihren rechten Kindern geht es hingegen darum, die Muster zu identifizieren, die das Tätersystem möglicherweise speisen oder aufrecht erhalten. Diese Muster sollten innerhalb der Familie dann konsequent verändert werden.

Die Idee vom Tätersystem Familie im Spannungsfeld von Neonazismus, Rassismus und völkischem Nationalismus setzt angelehnt an feministischen Theorien am gesellschaftlichen Normal-Verhalten von Familien an. Akzeptanz und Nichthinterfragen gesellschaftlicher Normen, die auf die eigene Familie übertragen werden, können zur Herausbildung gruppenfeindlicher Einstellungen beitragen. In der Familienberatung ist deshalb einem eingerichteten Interaktions- und Kommunikationsraum, in welchem es vor allem darum geht, dass die Kinder ihre rechten Einstellungen nicht allzu exponiert zur Schau stellen, entgegen zu wirken. Das aktive Intervenieren zahlreicher Eltern setzt erst dann an, wenn auf Grund gruppenfeindlicher Einstellungen des Kindes durch Schule, Ausbilder_innen oder Justiz von außen in die Familie eingewirkt wird. Aus den Erfahrungen im Rahmen des Modellprojektes „Recall-Mit Eltern gegen rechts!“ zeigt sich, dass dieser Zeitpunkt zu spät ist, um gemeinsam mit Eltern und Kind einen Weg zu finden, der alle beteiligten Akteur_innen zufrieden stellen kann.

Soziale Arbeit mit dem Tätersystem Familie im vorliegenden Spannungsfeld meint auch, dass die Berater_innen diejenigen Fakten, die das Kind zum Täter machen, klar und deutlich benennen. Berater_innen sollten sich unmissverständlich von den Eltern abgrenzen, eigene Positionen klar machen und keine Tabus entstehen lassen. Es geht darum, sich nicht auf die Logik der Familienideologie einzulassen („Eine Backpfeife ist doch normal.“ oder „Schubsen ist ja noch keine Gewalt.“), sondern gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit oder Gewalt auch deutlich als das zu benennen, was sie sind.

Im Beratungsgespräch ist eine Abfrage von familialen Gewalterfahrungen oft hilfreich. Die eigenen Definitionen von Menschenverachtung und Gewalt sind denen der Eltern entgegenzusetzen: „Das Schubsen ist eindeutig eine Form von Gewalt!“ und auch das Anschreien von Familienmitgliedern kann als Gewalt bezeichnet werden. Konfrontationen mit den oft stark belasteten Eltern sollten zwar vermieden wer-

den, aber das klare Benennen von Fakten auch auf die Gefahr des Gesprächsabbruchs können nicht umgangen werden. Professionelle Berater_innen wissen um die hohe Verletzlichkeit der Eltern, wenn die Gewalttätigkeit des eigenen Kindes nicht zu leugnen ist. Familienberatung im Spannungsfeld Rechtsextremismus meint, die Mütter und Väter bei der Verarbeitung dieser Prozesse zu unterstützen, ohne sie oder ihr neonazistisches Kind als Opfer zu betrachten.

Wenn der Fokus der Eltern sich ausschließlich um das eigene Kind als „Opfer“ dreht, dann gilt es, diese Fokussierung aufzuheben. Stattdessen heißt es, Empathie für die eigentlichen und potenziellen Betroffenen gruppenfeindlicher Einstellungen zu erzeugen. Es ist völlig verständlich, dass Eltern ihren Kinder helfen und sie unterstützen wollen. Die Frage ist die nach der Motivation, welche dahinter vorhanden ist. Es geht bei der Empathieperspektive darum, dass Eltern ihre Kinder nicht als Opfer, sondern als Täter_innen ansehen und dies der Grund für ihre Bemühungen wird. Die Wahrnehmung der Beziehung zum eigenen Kind muss im Sinne eines Reframing¹⁶ hierfür verändert werden.

Eine wichtige Frage ist die nach dem geeigneten Zeitpunkt für die Benennung menschenfeindlicher Einstellungen oder der Ausübung von Gewalt der Kinder. Ist es möglich, bereits in einem ersten Beratungsgespräch diesen Raum zu betreten oder braucht es dazu eine langfristige Prozessberatung? Die Erfahrungen aus dem Modellprojekt „Recall-Mit Eltern gegen rechts!“ zeigen, dass ersteres möglich ist. Die Konstellation der Einmalberatung ist die häufigste Nutzer_innenfrequenz, die Beratungsstellen der Sozialen Arbeit erleben. Auch im Rahmen des Modellprojektes bestand der überwiegende Teil der Kontakte in dieser Form. Durch eine bewusste und fokussierte Gestaltung kann auch die Einmalberatung sowohl für Berater_innen, wie auch für die Klient_innen als erfolgreich wahrgenommen werden. Zahlreiche Fachbeiträge weisen darauf hin, dass es für eine erfolgreiche Beratung keinen Zwang zu dauerhaften Beratungsprozessen bedarf.¹⁷ Die Ansprache von Gewalt und Gruppenfeindlichkeiten an geeigneter Stelle ist bereits bei der Einmalberatung grundlegend dafür, keine Tabus aufkommen zu lassen und die Basis für eine umfassende Beratung von Klient_innen zu gewährleisten. Gleichzeitig dient sie der notwendigen Abgrenzung der Berater_innen von Gruppenfeindlichkeit und Gewalt.

16 Sickendieck/Engel/Nestmann (2008). S. 187.

17 Vgl. u.a. Märtens (1999).

Eine Intervention in einem Tätersystem kommt nicht ohne die damit einhergehenden Spannungen, die sich in der Beratungskonstellation ergeben, aus. Grundlegend für einen professionellen Ansatz bei der Arbeit mit Tätersystemen ist deshalb auch die ständige Arbeit im Team und die Schaffung einer umfangreichen Reflexionsebene. Diese sollte sowohl durch internen Austausch der Berater_innen mit einer zusätzlichen Fachebene, aber auch durch regelmäßige gemeinsame Fall- und Team-Supervisionen gewährleistet werden. Verwiesen sei hier auf die Rahmenbedingungen und Qualitätsstandards der Elternberatung, die in diesem Band von den Elternberater_innen des Modellprojektes herausgearbeitet wurden.¹⁸ Ohne die Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen ist die professionelle Intervention in das Tätersystem nicht zu gewährleisten. Sie sind als eine Grundvoraussetzung anzusehen, um erfolgreich arbeiten zu können.

Auf der Sozialen Arbeit lastet der politische Druck, als schlichtende Kompetenz zwischen den sozial-kulturellen Ansprüchen der Gesellschaft und den individuellen Träumen und Gebaren ihrer Klient_innen wahrgenommen zu werden. Das reflektierte Wissen um die eigenen Grenzen und das selbstbewusste soziale Handeln auf Grundlage eines gefestigten Teams, können diesen Druck aushalten und in positive Ergebnisse umwandeln. Dies gilt umso mehr in der Arbeit mit einem Tätersystem, welches zusätzliche Belastungen mit sich bringt.

18 Elternberater_innen des Modellprojektes Recall. In diesem Band. S.56

Literatur

- Baier, Dirk/ Pfeiffer, Christian/ Simonson, Julia/ Rabold, Susann. (2009). *Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt: Erster Forschungsbericht zum gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesministeriums des Innern und des KFN*. KFN: Forschungsbericht. Hannover.
- Becker, Reiner. (2010). *Ein normales Familienleben*. In: Kulturbüro Sachsen e.V. (Hrsg.). *Mein Sohn ist eigentlich ein sehr guter Mensch. Zwischenergebnisse aus dem Bundesmodellprojekt Recall-Mit Eltern gegen rechts!* Dresden. S. 9-23.
- Decker, Oliver/ Brähler, Elmar. (2006). *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*. Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin.
- Heitmeyer, Wilhelm. (Hg.) (2003-2010). *Deutsche Zustände*. Frankfurt/M.
- Hopf, Christel/ Rieker, Peter/ Sanden-Marcus, Martina/ Schmidt, Christiane. (1995). *Familie und Rechtsextremismus. Familiäre Sozialisation und rechtsextreme Orientierung junger Männer*. Weinheim/München.
- Märtens, Michael. (1999). *Einmalberatung: Chancen, therapeutische Grundlagen und Grenzen*. Mainz.
- Schmid, Christine. (2008). *Familiäre und peerkontextuelle Bedingungen von Ausländerfeindlichkeit und politischer Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen*. In: Ittel, Angela/ Stecher, Ludwig/ Merkens, Hans/ Zinnecker, Jürgen (Hg.): *Jahrbuch Jugendforschung*. 7. Ausgabe 2007, Wiesbaden. S. 323-343.
- Schuster, Beate H./ Uhlendorff, Harald. (2009). *Eltern-Kind-Beziehung im Kindes- und Jugendalter*. In: Lenz, Karl/ Nestmann, Frank. (Hg.). *Handbuch persönliche Beziehungen*. Weinheim/München. S. 279-296.
- Shell Deutschland Holding. (Hg.). (2006). *Jugend 2006. 15. Shell-Jugendstudie*. Frankfurt/M.
- Sickendieck, Ursel/Engel, Frank/Nestmann, Frank. (2008). *Beratung. Eine Einführung in sozialpädagogische und psychosoziale Beratungsansätze*. Weinheim/München.
- Thürmer-Rohr, Christina. (1989). *Einführung – Forschen heißt wählen*. In: Studienschwerpunkt Frauenforschung am Inst. für Sozialpädagogik der TU Berlin. *Mittäterschaft und Entdeckungslust*. Berlin. S. 12-21.
- Thürmer-Rohr, Christina. (2003). *Veränderungen der feministischen Gewaltdebatte in den letzten 30 Jahren*. In: Hilbig, Antje/ Kajatan, Claudia/ Miethe, Ingrid. (Hg.). *Frauen und Gewalt. Interdisziplinäre Untersuchungen zu geschlechtsgebundener Gewalt in Theorie und Praxis*. Würzburg. S. 17-32.

THE LESSONS LEARNED.

oder Was ist zu tun um ein Elternberatungsprojekt im Spannungsfeld Rechtsextremismus vollständig scheitern zu lassen?

The Lessons Learned ist ein Fachbegriff aus dem Wissensmanagement in der Projektarbeit und beschreibt eine Retrospektive. Der nachfolgende Text ist im Rahmen eines Arbeitstreffens des gesamten Recall-Berater_innenteams entstanden. Er soll beschreiben, was man tun muss, um ein Elternberatungsprojekt im Spannungsfeld Rechtsextremismus vollständig scheitern zu lassen. In die Überlegungen sind sowohl eigene falsche Annahmen an die Arbeit, begangene Fehler aber vor allem Erwartungen und Vorurteile von Außenstehenden eingeflossen, die uns an unterschiedlichen Stellen in den letzten Jahren begegnet sind.

Wer ein Elternberatungsprojekt im Spannungsfeld von Neonazismus, Rassismus und Völkischem-Nationalismus erfolgreich durchführen möchte, der oder die sollte folgendes nicht annehmen oder tun:

Vorbereitung und Rahmenbedingungen

Eine grundlegende Voraussetzung für die Durchführung eines Elternberatungsprojektes im Spannungsfeld Rechtsextremismus ist es, dass man die einzelnen Schritte nicht bereits im Vorfeld plant. Es ist vielmehr wichtig, sich an keine Ablaufpläne und/oder Konzepte zu halten, um der freien Entwicklung eines solchen Projektes nicht zu viele Steine in den Weg zu legen. Für alle Beteiligten sollte klar sein, dass das Ziel nur der Ausstieg der Kinder von Hilfe suchenden Eltern aus der rechten Szene sein kann. Erfolg oder Misserfolg sollten direkt an der Wähler_innenzustimmung zur NPD und anderen neonazistischen Parteien gemessen werden. Wenn der Zuspruch nicht merklich geringer wird und die rechte Szene nicht sichtbar an Potenzial verliert, ist das Geld an anderer Stelle sinnvoller zu verwenden.

Von Bedeutung ist es auch, dass Trägervereine, die ein solches Projekt ins Leben rufen, niemals gemeinsam auftreten, sondern stets einzeln. Gerade motivierte Alleingänge können wirkliche Dynamiken entfalten. Absprachen sind dagegen hinderlich und hemmen den Entwicklungsfluss. Die Namen, Biographien, Adressen und Telefonnummern der Mitarbeiter_innen sollten so früh wie möglich im Internet veröffentlicht werden, um die notwendige Transparenz zu schaffen. Innerhalb der Träger sollte man Einzelpersonen bestimmen, die das Thema „Rechtsextremismus“ behandeln. Durch diese klare Zuordnung können Ressourcen gespart und eine Überbewertung des Themas vermieden werden. Die anderen Mitarbeiter_innen werden nicht mit politischen Inhalten genervt. Wenn es wider Erwarten Probleme mit Rechtsextremismus innerhalb des Trägers gibt, dann sind diese aus Imagegründen auf keinen Fall öffentlich zu machen.

Sollte Personalknappheit herrschen, so ist dies ein Bereich, mit welchem sich innerhalb der Träger Sekten- oder Drogenbeauftragte beschäftigen können. Auf Schulungen und Fortbildungen für den Vorstand und andere Mitarbeiter_innen sollte man verzichten, um das Themenfeld Rechtsextremismus nicht zu sehr in die Breite zu tragen. Darüber hinaus sollten die Kooperationspartner_innen keine Ressourcen für die Mitarbeit in regionalen oder überregionalen Netzwerken verschwenden. Es ist davon auszugehen, dass man als Single-Player seine Ansätze am besten vertreten kann. Träger von Projekten im Spannungsfeld Rechtsextremismus sollten zwingend unpolitisch und neutral sein. Wenn keine Toleranz gegenüber fremdenfeindlichen oder nationalen Positionen besteht, dann ist ein professionelles Verständnis für das zu bearbeitende Feld nahezu ausgeschlossen. Es sollten stets Trägervereine ausgewählt werden, die ausschließlich in die Zukunft schauen und sich nicht rückwärtsgerichtet mit der eigenen Geschichte oder Problemen aus der Vergangenheit beschäftigen. Kitas, Schulen und andere öffentliche Einrichtungen mit eigener Sozialarbeit kann man von vornherein als Netzwerkpartner_innen ausschließen, da sie im Themenfeld Rechtsextremismus bereits über umfangreiche Kompetenzen und Erfahrungen verfügen.

Familien- und Elternberater_innen können das Thema Rechtsextremismus automatisch bearbeiten, da es ein Arbeitsfeld wie jedes andere ist. Zusätzliche Fort- und Weiterbildungen sind nicht notwendig. Auch für die Mitarbeiter_innen gilt eine absolute Neutralitätspflicht, die eine eigene politische Haltung unbedingt ausschließt. Die wichtigste Kompetenz für die Durchführung von Elternberatungen im Spannungsfeld Rechtsextremismus liegt in der lückenlosen Kenntnis von neonazistischen Symbolen und Zeichen. Hier sollten Berater_innen bereits im Vorfeld und auch während der Projektdurchführung ständig recherchieren und sich auf dem Laufenden halten.

Eine Zusammenarbeit mit demokratisch gewählten Parteien wie der NPD sollte man nicht von vornherein ausschließen. Sinnvoll erscheint es außerdem, auf Vertreter_innen der rechten Szene vor Ort zuzugehen und das Gespräch zu suchen. Indem man Mitglieder der NPD einlädt und mit ihnen diskutiert, kann man auch Außenstehenden ein Bild von der Böswilligkeit dieser Partei vermitteln.

Die Räume von Familien- und Elternberatungsstellen sollte man den Jugendlichen, deren Eltern man berät, frei zur Verfügung stellen. So haben sie die Möglichkeit, sich fernab der Neonazi-Treffpunkte mit Freund_innen und Bekannten zu verabreden und ihre Freizeit zu verbringen. Den Schlüssel kann man unter anderem Hilfe suchenden Eltern anvertrauen.

In der Regel reicht eine Projektlaufzeit von drei Jahren aus, um das Angebot in einem Bundesland so bekannt zu machen, dass Eltern hinreichend informiert sind. Danach können die finanziellen Ressourcen für circa fünf bis sechs Jahre in andere Bereiche fließen, bevor eine Neuauflage des Projektes notwendig wird.

Wer ein Elternberatungsprojekt im Spannungsfeld von Neonazismus, Rassismus und Völkischem-Nationalismus erfolgreich durchführen möchte, der oder die sollte folgendes nicht annehmen oder tun:

Zugänge und Kontaktaufnahme zu Eltern

Die Familie ist als die Keimzelle unserer Gesellschaft zu verstehen. Im Rahmen einer Beratungsarbeit für Eltern im Spannungsfeld Rechtsextremismus sollte eine Anlaufstelle geschaffen werden, die sich ausschließlich mit dieser Problematik auseinandersetzt. Diese sollte zentral in der Hauptstadt des jeweiligen Bundeslandes gelegen und offen für alle sein. An Eltern gelangt man am besten durch eine enge Kooperation mit der Polizei und den Landesverfassungsschutzbehörden. Mit ihnen sind ständig Daten und Informationen auszutauschen. Zugänge zu Betroffenen erhält man aber beispielsweise auch über Recherchen im Internet, bei denen man auf Namen von Neonazis stoßen kann. Die Adressen sind anschließend über Telefonbücher und Meldebehörden in Erfahrung zu bringen. Mit den Anschriften wiederum ist es möglich, Eltern direkt aufzusuchen und auf die Gesinnung ihrer Kinder anzusprechen. Empfohlen werden kann auch ein Beratungsbuss, der am Rande von überregionalen Neonazi-Aufmärschen für das Projekt wirbt und besorgte Eltern direkt anspricht.

In Zeiten knapper werdender öffentlicher Kassen sollten Eltern angehalten werden, für die Früchte ihrer Erziehung Verantwortung zu übernehmen und einen Eigenanteil an das Projekt zu zahlen. Um den Überblick zu den erfolgten Beratungen zu behalten, könnten Eltern z.B. einen Antrag auf Beratung beim Innenministerium oder dem städtischen Jugendamt stellen. Um Wartezeiten zu sparen, wären hier Listen öffentlich auszuhängen, in die sich Eltern eintragen können, die eine Beratung im Spannungsfeld Rechtsextremismus erhalten möchten. Die Behörden können anhand des Einkommens der betroffenen Eltern den Eigenanteil berechnen.

Wer ein Elternberatungsprojekt im Spannungsfeld von Neonazismus, Rassismus und Völkischem-Nationalismus erfolgreich durchführen möchte, der oder die sollte folgendes nicht annehmen oder tun:

Unterschiedliche Beratungsstrategien

Die Beratung sollte grundsätzlich in der Anlaufstelle des Projektes oder in der Wohnung der betroffenen Familien stattfinden. Für den Rechtsextremismus bei Kinder und Jugendlichen sind grundsätzlich allein die Eltern verantwortlich.

Grundsätzlich gibt es zwei Beratungsstrategien, die im Wechsel angewendet werden sollten, um die unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen von Eltern zu berücksichtigen. Dabei ist ein festes Raster zu verfolgen, das sich durch einen strukturierten Fragebogen auszeichnet, der innerhalb der ersten 30 Minuten der Beratung abzuarbeiten ist. Im Anschluss daran ist ein standardisierter Fragebogen auszufüllen, mit dem möglichst viele Informationen über die Familie zu erhalten sind. Diese Daten ermöglichen in der späteren Analyse ein Bild typischer Eltern von rechtsextremen Kindern zu entwerfen. Damit müssen die Fälle nicht im Einzelnen betrachtet sondern können als Querschnitt behandelt werden. Gerade für die Präventionsarbeit ist es sinnvoll, über Daten zu verfügen, die anhand biographischer Merkmale von Eltern ein Frühwarnsystem zur rechtsextremen Gesinnung von Kindern installieren lassen.

Beratungsstrategie 1: Die eigene Schuld bewusst machen

Die Kinder sind grundsätzlich als Spiegelbild der Eltern zu verstehen. Rechtsextreme Einstellungen oder Verhaltensweisen sind ein Produkt der jeweils spezifischen Erziehungsmethoden. Gemeinsam mit den Eltern sollte in der Beratung analysiert werden, was sie falsch gemacht haben und was die Gründe für den Ist-Zustand ihres Kindes sind. Mütter haben auf Grund ihrer tragenden Rolle bei der Erziehung eine deutlich höhere Verant-

wortung als Väter. Mutter und Kind sollten daher im Mittelpunkt der Betrachtungen stehen. Strukturen, die darüber hinaus gehen, können aus Gründen der Vereinfachung vernachlässigt werden. Auf Grundlage der Ursachenanalyse sollte ein Maßnahmenplan zur Behandlung des Problems erarbeitet werden. Es ist eine schnelle Lösung anzustreben, die innerhalb einer Zeitspanne von höchstens einem Monat eine Verbesserung verspricht. Bei der anschließenden Erfolgskontrolle muss genau festgehalten werden, ob die Mütter ausreichend bemüht waren oder mehr tun können, um die Lage des Kindes zu verändern. Im Rahmen des Bewusstmachens der eigenen Schuld sollten Mütter gecoacht werden, selbst Initiative zu ergreifen. Zum Beispiel sollte man gemeinsam mit ihnen auf Demonstrationen und Konzerte von Neonazis fahren, die sie besuchen müssen, um die eigenen Kinder heraus zu holen. Darüber hinaus sollten sie geschult werden, mit den rechten Freunden_innen ihrer Kinder ernste Gespräche über deren Gesinnung führen zu können. Dazu ist es notwendig, dass die Mütter deren Adressen recherchieren und sie in ihren Wohnungen oder an ihren Treffpunkten aufsuchen. Das wiederum sollten sie allein machen, um keine Unruhe zu stiften. Ein konsequentes Arbeiten mit durchgreifenden Sanktionen bringt die Jugendlichen wieder auf den richtigen Weg. Die Maßnahmen sollten durch eine Kontrolle der Einstellung der Jugendlichen stetig überprüft werden. Dazu macht es aus Sicht von Müttern auch Sinn, den Kindern in ihrer Freizeit unauffällig zu folgen und deren Betätigungen zu dokumentieren. Straftaten sollten Mütter in jedem Fall sofort anzeigen. Eine Abwägung ist an dieser Stelle unangebracht, um sich nicht zur Komplizin zu machen.

Beratungsstrategie 2: Locker bleiben

Den rechtsextremen Einstellungen und Verhaltensweisen ist im Sinne dieses Beratungsansatzes mit Verständnis und Toleranz zu begegnen. Dem Thema sollte nicht zuviel Gewicht gegeben werden, da es nur eine Blüte in einem bunten Blumenstrauß darstellt. Oft ist Rechtsextremismus auch nur ein Symptom und es geht den Jugendlichen in Wirklichkeit um ganz andere Dinge. Die Eltern sollen sich die Frage stellen, warum sie die Einstellungen oder Verhaltensweisen der Kinder stören und warum sie ihnen gegenüber nicht tolerant sein können. Die Berater_innen sollten den Eltern bewusst machen, dass es vielfältige Meinungen gibt und dies eine davon sein kann. Dabei ist der Neutralitätsansatz der Berater_innen transparent zu machen und so zu vermitteln, dass man rechtes Denken selbst akzeptiert und toleriert. Die Einstellungen der rechten Kinder wachsen sich letztlich meistens von selbst heraus. Es handelt sich um normale Jugendphänomene. Wenn die Kinder straffällig geworden sein sollten, oder ähnliche Vorfälle die Eltern bedrücken, ist es die Aufgabe der Berater_innen zu trösten und zu beschwichtigen. Jede_r Täter_in ist auch ein Opfer. Eltern sollten einsehen, dass es für Jugendliche schwierig ist.

Sie sollten für die Kinder einspringen, Verständnis für Fehler zeigen und gerade beim Thema Rechtsextremismus nicht zu kleinlich sein. Insbesondere bei Eltern, die im öffentlichen Dienst oder gehobenen Berufsfeldern tätig sind, ist festzuhalten, dass sie im Gegensatz zu beispielsweise Hartz IV-Empfänger_innen keine Sorgen haben brauchen, da ihre Kinder schon auf Grund der gesellschaftlichen Stellung der Familie schnell wieder aus der rechten Szene heraus kommen werden. Den Eltern sollte bewusst werden, dass politische Einstellungen in der Regel vererbt werden und kein Grund zur Beunruhigung besteht, wenn das eigene Kind phasenweise Jagd auf Punker oder „Ausländer“ macht.

Für beide Ansätze gilt, dass die Bedürfnisse und Wünsche der Eltern oberste Priorität haben und ausnahmslos Beachtung finden sollten. Schließlich ist die Beratung ein Serviceangebot für Eltern und hat sich an den Kund_innen zu orientieren. Die therapeutische Neutralität ist maßgeblich und schließt eigene Meinungen und Positionen der Berater_innen vollständig aus. Die Eltern sollten stets darüber in Kenntnis gesetzt werden, welche eigenen Recherchen man am Rande der Beratungen über die Kinder vorgenommen hat. Hierbei sind möglichst auch Fotos vorzulegen. Wenn man Eltern näher kennengelernt hat, dann bietet sich für die Beratungen die gemütliche Atmosphäre z.B. von Bars oder Cafes an. Neue Perspektiven werden eröffnet, wenn man Journalist_innen mit zu den Beratungsgesprächen nimmt. Eltern sollte grundsätzlich angeraten werden, mit ihrem Problem in die Öffentlichkeit zu gehen und sich interviewen und filmen zu lassen, um das Thema weitreichend darzustellen. Um diese Prozesse zu beschleunigen, können Namen und Adressen von Betroffenen direkt an Journalist_innen weitergegeben werden. In den Gesprächen sollten die Berater_innen gründlich mitschreiben und bei Verständnisproblemen noch einmal nachfragen und die Antworten notieren. Besprechungen mit Kolleg_innen oder Supervisionen sind nicht nötig, da sie die Berater_innen in ihrer autonomen Arbeit zu sehr einschränken. Es macht Sinn, Beratungen von einem/einer Mitarbeiter_in allein durchführen zu lassen. Diese kann anschließend die Mitschriften und Protokolle zur Kenntnisnahme an die anderen Kolleg_innen weiterleiten. Besonders gute Ergebnisse werden erzielt, wenn die Beratungen spontan und aus dem Bauch heraus erfolgen. Schließlich ist dringend anzuraten, als Elternberater_in mit den Kindern das Gespräch zu suchen, um ihnen klar zu machen, was sie ihren Eltern eigentlich antun.

Autor_innenverzeichnis

Elternberater_innen des Recall-Projektes

Die Elternberater_innen des Recall-Projektes haben seit 2007 die Ansätze zur Beratung von Eltern neonazistischer und/oder rechtsaffiner Kinder und Jugendlicher mitentwickelt und modellhaft an einem Standort in Dresden erprobt. Die Erfahrungen aus dem Bundesmodellprojekt „Recall-Mit Eltern gegen rechts!“ haben gezeigt, dass die Anonymität der Berater_innen sowohl aus sicherheitsrelevanten Erwägungen heraus, wie auch zum Aufbau eines Vertrauensverhältnisses mit den betroffenen Eltern sehr wichtig ist.

Hanneforth, Grit

Grit Hanneforth ist seit 2001 Geschäftsführerin im Kulturbüro Sachsen e.V. Sie hat Kulturwissenschaften und –management studiert und ist Projektleiterin der Mobilien Beratungsteams in Sachsen.

Lang, Kati

Kati Lang ist Juristin und seit 2008 in der Beratungsstelle für Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt des RAA Sachsen e.V. tätig. Derzeit promoviert sie zum Thema der strafrechtlichen Bewertung rechtsmotivierter Gewalttaten an der Juristischen Fakultät der „Technischen Universität Dresden“. Für ihre Forschungsarbeit erhält sie ein Promotionsstipendium der „Hans-Böckler-Stiftung“.

Mann, Hartmut

Hartmut Mann ist seit 2000 Referent der Kinder- und Jugendhilfe beim Paritätischen Wohlfahrtsverband, Landesverband Sachsen e.V. und war seit 2007 am Bundesmodellprojekt „Recall-Mit Eltern gegen rechts!“ beteiligt.

Möser, Sigrid

Sigrid Möser ist seit 1991 Geschäftsführerin des Verbundes Sozialpädagogischer Projekte e.V. (VSP) in Dresden. Der VSP ist Träger des Bundesmodellprojektes „Recall-Mit Eltern gegen rechts!“ und seit 20 Jahren mit einem umfangreichen Angebot sozialer Dienste in der sächsischen Landeshauptstadt angesiedelt.

Nattke, Michael

Seit 2009 Fachreferent für den Wissenschaft-Praxis-Transfer beim Kulturbüro Sachsen e.V., studierte Wirtschaftspädagogik, Politikwissenschaft und Soziologie an der TU Dresden. Er beschäftigt sich seit mehreren Jahren wissenschaftlich und in ehrenamtlichen Gruppen mit neonazistischen Einstellungen und Strukturen in Sachsen.

Recall-Arbeitsgruppe

Die Recall-Arbeitsgruppe besteht aus den Elternberater_innen des Modellprojektes und der Fachbegleitung des Kulturbüros Sachsen e.V.

Reichmann, Katarina

Katarina Reichmann, lebt in Berlin und arbeitet bundesweit freiberuflich als Coach, Supervisorin, Organisationsberaterin, Psychologin und Elternberaterin. (www.viavisionen.de und www.kita-kreativ.de)

Rommelspacher, Birgit

Birgit Rommelspacher forscht und lehrt als Professorin für Psychologie mit dem Schwerpunkt Interkulturalität und Geschlechterstudien an der Alice-Salomon-Fachhochschule Berlin und arbeitet im Bereich „Theorie und Praxis von Mädchen- und Frauenarbeit“ an der Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik in Berlin.

Schmid, Christine

Christine Schmid habilitierte 2008 und vertritt seit 2010 die Professur für Schulpädagogik/Empirische Unterrichtsforschung und Schulentwicklung an der Georg August-Universität Göttingen. In den letzten Jahren veröffentlichte sie verschiedene empirische Studien zur politischen Sozialisation.

Speit, Andreas

Andreas Speit ist freier Journalist mit dem Arbeitsschwerpunkt Rechtsextremismus. Er ist Fachmann für aktuelle Entwicklungen neonazistischer Strukturen in der Bundesrepublik und hat zu diesem Thema in den letzten Jahren zahlreiche Publikationen veröffentlicht.

Organisationen

Verbund Sozialpädagogischer Projekte Dresden e.V. (VSP)

Der VSP ist ein Verbund verschiedener sozialpädagogischer Einrichtungen in Dresden. Die Adressat/innen sind Kinder, Jugendliche und deren Eltern sowie andere Bezugspersonen. Mit seiner Arbeit orientiert sich der VSP sowohl an den Personen als auch an ihren konkreten Lebenssituationen und -umständen.



Kulturbüro Sachsen e.V.

Das Kulturbüro Sachsen e.V. berät seit 2001 lokale Vereine, Jugendinitiativen, Kirchengemeinden, Netzwerke, Firmen sowie Kommunalpolitik und -verwaltungen mit dem Ziel, rechtsextremistischen Strukturen eine aktive demokratische Zivilgesellschaft entgegenzusetzen. In den Projekten werden Methoden und Inhalte erarbeitet, die bürgerschaftliches Engagement und konkretes Handlungswissen gegen Rechtsextremismus stärken und so eine demokratische Alltagskultur in sächsischen Kommunen und Landkreisen verankern.



Paritätischer Wohlfahrtsverband Sachsen

Der PARITÄTISCHE Sachsen ist mit fast 500 eigenständigen Organisationen, Einrichtungen und Gruppierungen aus dem sozialen Bereich, der größte Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege in Sachsen.



NEHMEN SIE KONTAKT ZU UNS AUF!

Wir beraten und unterstützen Eltern und Angehörige, die mit der Problematik des Rechtsextremismus ihrer Kinder konfrontiert sind. Die Beratungen sind vertraulich und kostenfrei. Auf Wunsch kann die beratene Person gegenüber der Beraterin oder dem Berater anonym bleiben.

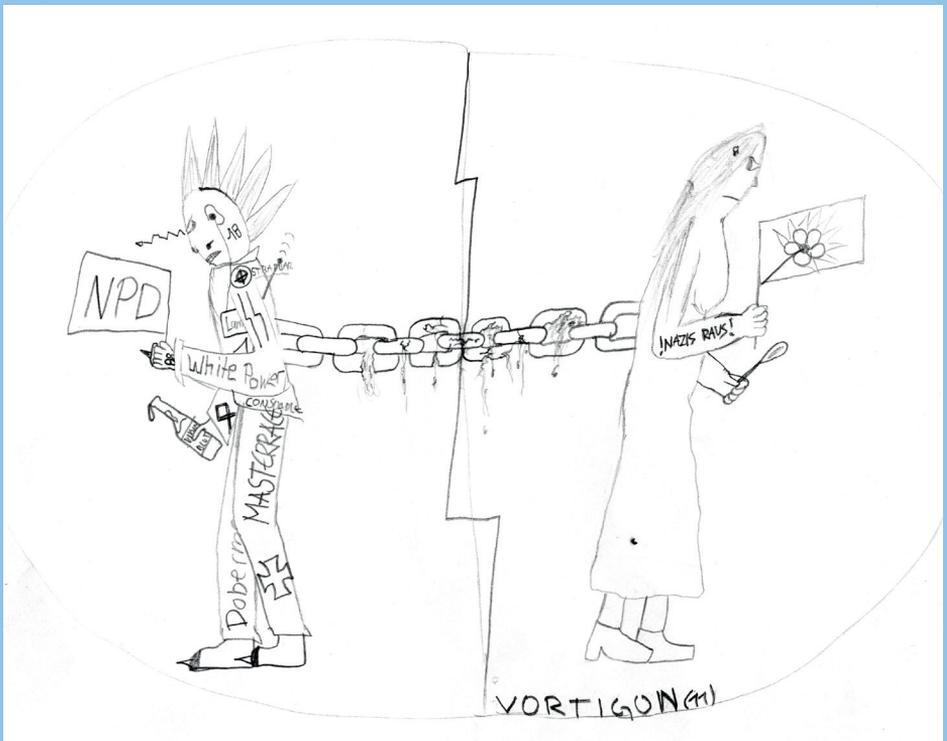
Für die Region Sächsische Schweiz-Osterzgebirge:

per Telefon:
03501 - 470 03-0

Für den Freistaat Sachsen:

per Telefon:
0176 - 101 96 930 oder 0351 – 323 36 60

per e-mail:
kontakt@recall-sachsen.de



Dieses Bild zeichnete ein 11-jähriger Schülerpraktikant im Kulturbüro Sachsen e.V.

ISBN 978-3-00-032092-7